HERDER-BÜCHEREI

BAND 35

West und Ost sind nicht nur durch den eisernen Vorhang getrennt, sie sprechen auch eine andere Sprache. Das erfährt jeder, der das Tagesgeschehen in Presse und Rundfunk verfolgt. Im Munde kommunistischer Politiker gewinnen die Wörter eine ganz andere Bedeutung, und das macht es oft schwierig, zu verstehen, was nun wirklich gemeint ist.

Darum sind in diesem Taschenbuch die Schlagwörter der kommunistischen Ideologie erläutert, und zwar von ihrer Entstehung her durch alle Wandlungen, die sie im Verlaufe der Entwicklung des Marxismus und vor allem der Geschichte der Sowjetunion erfahren haben, bis zu dem, was heute darunter verstanden wird.

So bekommt der Leser nicht nur eine umfassende Begriffserklärung, sondern wird auch durch die Art der Darlegung von einem hervorragenden Sachkenner eingeführt in die uns so befremdliche Methode des kommunistischen Denkens, deren Kenntnis aber für das Verständnis der Weltlage unentbehrlich ist. Er erfährt darüber hinaus Wesentliches über die interne Entwicklung des Parteiapparates, über die Rolle der einzelnen Organe, über den Kampf der Sowjetpolitiker um die Macht, über die inneren Gegensätzlichkeiten und Gefahren in den Ostblockstaaten und über die wirklichen Ziele der kommunistischen Politik.

So ist dieses Taschenbuch für jeden interessant und nützlich, der das Geschehen der Gegenwart mit Verständnis verfolgt.

R. N. CAREW HUNT

WÖRTERBUCH DES KOMMUNISTISCHEN JARGONS



HERDER-BÜCHEREI

Inhalt

Anmerkungen des Übersetzers

S. 22: Plechanow, Georgij Walentinowitsch (1856–1918), bedeutender marxistischer Philosoph und Politiker. Zunächst Anhänger der Narodniki, wurde später Marxist und schuf in Genf die Keimzelle der russischen Sozialdemokratie. Bei der Spaltung in Bolschewisten und Menschewisten entschied er sich nicht eindeutig. Seine Werke werden von Lenin gelobt. Die Stellung der heutigen sowjetischen Theoretiker zu ihm ist nicht eindeutig.

S. 41: Pariser Kommune (März/Mai 1871), linksradikale Sonderregierung gegen die französische Nationalversammlung.

S. 41: Bernstein, Eduard (1850–1932), Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie.

S. 53: NEP: Neue Ökonomische Politik.

S. 102: Fabianismus: Englischer Sozialismus, Grundlage der Labour Party. Lehnt Marx und seinen Materialismus und den Klassenkampf ab.

S. 112: Narodniki: (von russ. narod = Volk), Vertreter eines vormarxistischen Sozialismus in der russischen Intelligenz um 1870 mit dem Ziel einer sozialen Erneuerung aus dem russischen Bauerntum.

S. 112: Sozialrevolutionäre: russische Partei (gegründet 1902), die zusammen mit den Bauernunruhen das Zarentum stürzen wollte.

S. 113: Komsomol: Kommunistischer Jugendverband.

S. 127: Blanquisten: Revolutionäre französische Gruppe, genannt nach Louis Auguste Blanqui, einem französischen Kommunisten (1805-1881), dem Gründer der Pariser Kommune.

Einführung

Der Marxismus-Leninismus, das offizielle Glaubensbekenntnis des Kommunismus, hat eine Anzahl von politischen und halbpolitischen Begriffen hervorgebracht, welche die Kommunisten verwenden, um ihre Position zu erklären und zu verteidigen. Dieses Buch will nach der Bedeutung der wichtigsten dieser Begriffe fragen und zeigen, wie sie sich aufeinander beziehen. Die sowjetische Kommunistische Partei (und mit ihr auch andere kommunistische Parteien) mißt nämlich den Prinzipien, für die sie eintritt, und der Pflicht eines jeden Parteimitglieds, sie nach bestem Vermögen zu beherrschen, großen Wert bei. Darin folgt sie Lenin, der schon früh in seiner Laufbahn erklärt hat: „Ohne revolutionäre Theorie kann es keine revolutionäre Bewegung geben." Tatsächlich wäre der Kommunismus nicht, was er heute ist, wenn nicht sehr viele Menschen der Ansicht wären, daß sein Glaubensbekenntnis dem jeder andern politischen Partei gänzlich überlegen ist; und die oft gestellte und ziemlich einfältige Frage, wieweit denn die russischen oder andern kommunistischen Führer daran glauben, ist unerheblich. Denn das Wort „glauben" hat ja viele Abstufungen in der Bedeutung.

Es hat gute Gründe, das gleich zu Anfang klarzustellen. Wer sich nämlich mit dem Typ theoretischer Begriffe beschäftigt, wie sie in diesem Buch untersucht werden, setzt sich dem Vorwurf aus, Zeit zu vergeuden. So wird etwa angeführt, daß der gewöhnliche Sowjetbürger und die Kommunisten im allgemeinen diese Begriffe nicht wirklich ernst nehmen. In der Tat haben Besucher der Sowjetunion, die Gelegenheit hatten, mit Russen aller Schichten in Berührung zu kommen, eine Zeitlang berichtet, daß die Haltung gegenüber der offiziellen Ideologie vor allem in der jüngeren Generation allgemein gleichgültig und sogar spöttisch ist. Doch braucht uns das nicht zu überraschen. In den Jahren unmittelbar nach der Oktoberrevolution hatten die Ideen, die sie ausgelöst hatten, eine Macht, die sie heute füglich nicht mehr besitzen können. Man kann nicht erwarten, daß sich in einer Gesellschaft, in der sich ein Regime seit langem festgesetzt hat, die Mehrheit an der Darlegung und Diskussion politischer Abstrak-

tionen beteiligt, vor allem wenn sie ihr ständig von oben aufgedrängt werden. Die Sowjetbürger hatten Jahre intensiver theoretischer Schulung mit allen bekannten Mitteln der Propaganda auszuhalten, und es ist nur zu verständlich, daß sie ihrer überdrüssig geworden sind, um so mehr, als es den mit kritischem Sinn Begabten schwergefallen sein dürfte, deren häufige Wandlungen zu verstehen. Im Herbst 1956 wurde ein neuer Plan ideologischer Schulung herausgebracht, von dem Einzelheiten in der Oktobernummer des „Kommunist" veröffentlicht wurden, und es wurde verordnet, welche von Stalins Schriften weiterhin als kanonisch anzusehen seien. Es bestand tatsächlich ein Bedürfnis danach, da in dem vorangegangenen Sommer eine solche Unsicherheit geherrscht hatte, daß sich die Parteischulen genötigt sahen, die Prüfungen in der marxistisch-leninistischen Theorie auszusetzen, während auf den Hochschulen und Universitäten, die das nicht tun konnten, weil das Fach einen Teil des Stundenplanes bildete, die Kandidaten angewiesen wurden, ihre Antworten soweit wie möglich auf die Entscheidungen des Zwanzigsten Parteikongresses zu gründen. Aber es folgt daraus nicht, daß die Mehrzahl der Russen nicht an ihre „Idee" glaube oder daß sie bereit wäre, diese „Idee" gegen eine andere auszuwechseln. Und auf jeden Fall verdienen die Begriffe, die zusammen die offizielle Ideologie ausmachen, Aufmerksamkeit, weil sie alles das darstellen, was die Öffentlichkeit nach dem Willen der Führer glauben soll.

Denn diese Ideologie dient dem doppelten Zweck, eine rationale Basis für die sowjetische Form der Gesellschaft und das sowjetische Regierungssystem zu liefern und deren Kontrolle durch die Kommunistische Partei zu rechtfertigen. Da die Revolution zu ganz anderen Folgen führte, als ihre Väter gewollt hatten, war die daraus entspringende Ideologie unvermeidlicherweise verzerrt und mußte in zunehmendem Maße jenen Prozeß in sich aufnehmen, den George Orwell als „Doppeldenken" beschrieben hat. Es gibt z. B. nichts „Demokratisches" in der „proletarischen Demokratie" außer dem Gebrauch des Begriffes „Demokratie", der aus erklärlichen Gründen beibehalten wurde. Er ist nur eine aus einer Anzahl von Konzeptionen, die ausgedacht wurden, um das Sowjetregime zu verteidigen und die Ansprüche der Partei aufrechtzuerhalten. Aber das berührt an sich nicht die Frage, ob die Kommunisten nicht doch solche Konzeptionen annehmen, weil es noch zu keiner Zeit schwierig gewesen ist, eine große Anzahl von Menschen zur Übernahme von

Positionen zu überreden, die weder vom gesunden Menschenverstand noch von einem Appell an leicht feststellbare Tatsachen gestützt werden.

Auf den ersten Blick mag es seltsam erscheinen, daß die Kommunisten, die sich doch als Materialisten bekennen, den Ideen weit größere Bedeutung zumessen als ihre Gegner, die sie als Idealisten kennzeichnen. Doch ist das durchaus erklärlich. Je jünger eine Bewegung ist, desto mehr wird sie sich ihrer theoretischen Grundlage bewußt sein, die eine ältere Bewegung als selbstverständlich nimmt. Ferner neigt die Linke immer mehr zum Theoretisieren als die Rechte. Dem Konservativen scheint die geschichtete Form, welche die Gesellschaft annimmt, wenn sie sich selbst überlassen wird — obwohl sie zweifellos Mißbräuchen, welche nach Berichtigung verlangen, ausgesetzt ist —, im ganzen gesund und wünschenswert, da sie der natürlichen Ordnung der Dinge entspricht, in welcher die Fleißigeren und Klügeren sich gewöhnlich über ihre Mitmenschen erheben. Sein Instinkt gebietet ihm, diesen Prozeß sowenig wie möglich zu stören. Auf der andern Seite betrachtet der Sozialist eine solche Gesellschaft als von Grund auf ungerecht und glaubt, daß es Sache des Staates sei, sie in Übereinstimmung mit den Prinzipien der „sozialen Gerechtigkeit" umzubilden. Über die Frage, welcher Art diese Prinzipien sind und wie der Staat ihnen am besten Wirkung verleihen kann, gibt es natürlich eine Vielfalt von Meinungen und folglich eine entsprechende Fülle von politischen und wirtschaftlichen Theorien.

Die Form des Totalitarismus, den wir Kommunismus nennen, vertritt diese Geisteshaltung der Linken im Extrem. Denn der Totalitarismus anerkennt, wie J. L. Talmon es ausdrückt, nur eine Ebene der Aktion, nämlich die politische, und erweitert den Raum der Politik, bis sie die gesamte menschliche Existenz umfaßt, so daß alles, was Menschen denken oder tun, von gesellschaftlicher Bedeutung wird und daher geregelt und kontrolliert werden muß. Die Politik wird so zu der Kunst, diese Philosophie auf die Organisation der Gesellschaft anzuwenden, und ihr Endzweck wird erst erreicht sein, wenn ihr alles unterworfen ist[1].

Eben dies gibt dem Kommunismus seinen besonderen fanatischen Charakter. Es ist oft gesagt worden, daß er eine säkularisierte Religion sei (wir möchten ihn lieber einen Glauben nennen), so daß er seinen Himmel und seine Hölle hat, seine Auserwählten

---

[1] The Origins of Totalitarian Democracy, 1952, S. 3

und Verdammten, seine heiligen Bücher und die Menschen, die allein befugt sind, sie auszulegen. Die Väter der Oktoberrevolution hatten sich aufgemacht, den Kapitalismus abzuschaffen und die Produktionsmittel auf die Arbeiter zu übertragen, die man für fähig hielt, sie wirksam zu verwenden. Das erste dieser Ziele wurde leicht genug erreicht, aber bei dem zweiten erwies sich das als weit schwieriger, da die Wirtschaft des Landes im Grunde genommen zusammenbrach und, entgegen Lenins Erwartungen, das Proletariat des Westens sich weigerte, aufzustehen und zu Hilfe zu eilen. Allmählich wurde es sichtbar, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus — ganz zu schweigen von dem weiteren Schritt zur „höheren Stufe" des Kommunismus — eine äußerst mühselige Aufgabe sein würde, die noch obendrein weitreichende Veränderungen der menschlichen Natur verlangte. Doch ist der Aufbau einer neuen Gesellschaft das höchste Ziel des Kommunismus und hat einen absoluten Wert, so daß jede dahinführende Maßnahme gerechtfertigt ist.

Da das Werkzeug für den Aufbau dieser Gesellschaft die Kommunistische Partei ist, hindert jeder, der sich ihrer Politik entgegenstellt, eo ipso die Verwirklichung der Gesellschaft selbst. Solche Leute müssen daher unerbittlich ausgemerzt und die falschen Ideen, die ihre Opposition veranlassen, systematisch entlarvt werden. Denn die Wächter des kommunistischen Glaubens wissen sehr wohl um die Existenz von Häresien, welche ihn pervertieren, und haben eine große Menge von solchen entdeckt. Der Leser kommunistischer Propaganda sieht sich also zahlreichen Begriffen gegenüber, die ihm fremd sein mögen, und andern, deren Bedeutung von der ihm bisher bekannten abweicht. Viele von ihnen sind Schmähworte, die der nichtkommunistischen Welt oder kommunistischen Parteien und deren Führern, die angeblich von der Ideologie dieser Welt angesteckt sind, entgegengeschleudert werden. Ihre Bedeutung steht selten von Anfang an fest, während ihrer Natur nach oft der eine Begriff für den andern stehen kann, genauso wie in dem, was wir das kommunistische Vokabular zoologischer Beschimpfungen nennen möchten, bei dem es nicht viel ausmacht, ob man einen Gegner Schakal oder Hyäne nennt. Da einige Begriffe, mit denen wir uns beschäftigen werden, so verwandt sind, daß sie sich mit dem gleichen Gegenstand unter einem geringfügig verschiedenen Blickwinkel befassen, ließ sich bei ihrer Erörterung ein gewisses Maß an Wiederholung nicht vermeiden.

Einige dieser Begriffe finden sich in den Schriften von Marx

und Engels, aber die meisten wurden von Lenin geprägt und von Stalin übernommen. Einige haben ihren Ursprung in der besonderen Lage in Rußland zu der Zeit, als Lenin zuerst auf der politischen Bühne tätig wurde. Aus dieser Lage heraus kam er dazu, eine Partei zu fordern, die unvermeidlich dazu neigen mußte bestimmte Mängel aufzuweisen. Andere können auf seine Lehre vom Übergang des Kapitalismus aus der industriellen in die imperialistische Phase zurückgeführt werden, von der er behauptete, daß sie eine „revolutionäre Situation" beschworen habe, welche die Anwendung neuer Taktiken verlangte, die gleichfalls zum Mißbrauch führen mußten. Wieder andere stammen aus seinem Angriff gegen die Zweite Internationale während des ersten Weltkrieges und unmittelbar danach. Aber was auch immer ihre Quelle ist, sie haben zur Geburt eines neuen politischen Vokabulars geführt. Der Imperialismus z. B. wird seinem historischen Vorgänger, dem Kapitalismus, so eng verbunden, daß die „Kapitalisten" von Marx und Engels zu den „Imperialisten" der gegenwärtigen kommunistischen Propaganda geworden sind.

Wenn man diese Begriffe verstehen will, muß man sie jedoch verknüpfen mit gewissen fundamentalen Lehrsätzen, welche die weltrevolutionäre Bewegung unter der Ägide Moskaus aufgestellt hat. Die wichtigsten unter ihnen sind die folgenden:

1. Der Kommunismus ist im wesentlichen eine revolutionäre Bewegung, die beansprucht, daß die gesamte Struktur der Gesellschaft geändert werden muß, und die leugnet, daß das mit friedlichen Mitteln erreicht werden kann, zum mindesten in keinem Land, in dem die Bourgeoisie Widerstand leistet.

2. Die Oktoberrevolution hat es zum erstenmal in der Geschichte ermöglicht, einen multinationalen sozialistischen Staat zu errichten. Er ist der Prototyp des zukünftigen sozialistischen Weltstaates, der auf den gleichen Grundsätzen beruhen wird.

3. Als Ergebnis der Revolution ist die Welt in zwei feindliche Lager gespalten — das sozialistische und das imperialistische. Das erste hat immer „unter Führung der Sowjetunion" gestanden, während die Führung des zweiten immer dem Staat zugeschrieben wurde, den die Sowjetregierung gerade als Hauptgegner ansah. In den zwanziger Jahren war es Großbritannien und nach der Machtübernahme Hitlers Nazi-Deutschland. In seiner Kominform-Rede vom September 1947 erklärte Shdanow, daß der „anglo-amerikanische Imperialismus" sie innehabe. Dafür setzte Stalin im Jahre 1948 den „amerikanischen Imperialismus und seine Satelliten", womit er ausdrückte, daß der Krieg Großbritannien

so ernstlich geschwächt hatte, daß es ein amerikanisches Anhängsel geworden war.

4. Es ist aus taktischen Gründen ratsam, zu erklären, daß die „friedliche Koexistenz“ der beiden Lager möglich ist, und gelegentlich macht es die innere Lage der Sowjetunion besonders wünschenswert, das hervorzuheben. Die Bedingungen, unter denen die Koexistenz möglich ist, sind jedoch nicht eindeutig bestimmt, was auch nicht einfach wäre, da der dialektische und historische Materialismus nicht nur den Konflikt zwischen den beiden Lagern lehrt, sondern auch daß dieser Konflikt mit dem Sieg des Sozialismus enden muß, weil das „auf der Linie der Geschichte“ liegt. Dieser Glaube an die Unvermeidlichkeit des Sozialismus beruht auf der marxistisch-leninistischen Analyse, nach welcher der Fortschritt der Gesellschaft von der Evolution der Produktionskräfte abhängt, die unter dem Kapitalismus gehemmt werden und nur unter einer sozialistischen Wirtschaft voll entwickelt werden können.

5. Es ist die Aufgabe der kommunistischen Parteien, den Sieg des Sozialismus zu beschleunigen. Aber das kann nur erreicht werden, wenn diese Parteien die Führung der Sowjetunion gelten lassen, da nur sie die notwendige revolutionäre Erfahrung mit den materiellen Hilfsquellen verbindet. Jede Weigerung, sie gelten zu lassen, ist ein Anzeichen von „bürgerlichem Nationalismus“ im Gegensatz zum „proletarischen Internationalismus“, auf dem angeblich die Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern beruhen. Hier war bis vor kurzem Tito der Hauptsünder, da er als Vertreter des Anspruches galt, den „Sozialismus in *einem* Lande“ ohne die Hilfe der Sowjetunion und des Weltproletariats aufzubauen.

6. Die kommunistische Bewegung wird unweigerlich der Feindschaft der nichtkommunistischen Welt begegnen, und diese wird sich vor allem gegen die Sowjetunion als deren Zitadelle richten. Daß die Kapitalisten diese Haltung einnehmen, ist nicht anders zu erwarten, da sie sich natürlich nicht ihre bevorrechtigte Stellung rauben lassen wollen, die sie befähigt, ihre eigenen Arbeiter und die der von ihnen ausgebeuteten Länder zu unterdrücken. Die wahren Feinde der Arbeiterklasse sind jedoch die sozialdemokratischen (oder sozialistischen) Parteien und besonders die Führer ihres rechten Flügels, ohne deren Unterstützung die Kapitalisten ihre Macht nicht erhalten könnten. Diese Feindschaft beruht teils auf der Rivalität dieser Parteien mit den Kommunisten um die Führung der Massen, teils auf der „alles oder nichts“-Natur des

kommunistischen Denkens, das dahin führt, alles als „Opportunismus" zurückzuweisen, was vor dem absoluten Ziel der Revolution stehenbleibt.

7. Die Sowjetunion tritt für den Frieden ein, die Imperialisten für den Krieg, wobei sie wiederum von ihren sozialistischen „Lakaien" unterstützt werden. Das war der Kehrreim der laut angekündigten „Friedenskampagne", der stärksten je unternommenen Propagandawelle. Sie war ein äußerst kluger Schachzug, da sie nicht nur die gleichzeitige aggressive Politik des Kominform tarnte, sondern es auch zuwege brachte, in dem verwirrten Denken weiter Bereiche der Öffentlichkeit den Wunsch nach Bewahrung des Friedens mit vielfältigen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Beschwerden zu verbinden.

8. Eine der stärksten Waffen des imperialistischen Lagers ist die ideologische. Die „bürgerliche Ideologie", von der aus polemischen Absichten die der Sozialdemokratie als nicht zu trennen dargestellt wird, sucht immer wieder die Bürger der Sowjetunion und ihrer Satelliten zu bestechen, und jede Kapitulation vor ihr ist ein Verrat an der proletarischen Sache. Sie muß daher mit „revolutionärer Wachsamkeit" und mit gesteigerter ideologischer Schulung, deren Wichtigkeit ständig betont wird, bekämpft werden. Diese Schulung oder Indoktrination ist dazu bestimmt, die Prinzipien zu erklären, auf denen das kommunistische System beruht, und deren Überlegenheit zu erweisen, indem der Fortschritt in der Sowjetunion und der Wohlstand ihrer Bürger der Dekadenz des Westens und der Unsicherheit seiner Arbeiter entgegengestellt werden. Sie ist insofern empirisch, als die Autoritäten ständig betonen, daß sie auf die praktischen Ergebnisse bezogen werden muß, so daß, wenigstens auf den unteren Ebenen, den rein theoretischen Fragen wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Diese werden allerdings in den höheren Zentren kommunistischer Forschung erschöpfend studiert und laufend in Artikeln dargelegt.

Daß viele von den erörterten Begriffen zuerst in der Sowjetunion in Kurs gesetzt wurden, verbietet nicht, sie als „kommunistisch" zu bezeichnen, denn alle kommunistischen Parteien greifen sie auf und benutzen sie in ihrer Presse und Propaganda. Wir haben sie ausgewählt nach ihrer Verwendung in der russischen Presse und in andern Publikationen und in dem „Journal des Kominform" seit dem letzten Krieg. Zu ihrer Definition wurden als Hauptquellen benutzt: a) die „Große Sowjetenzyklopädie", Ausgabe 1952ff., b) das „Politische Wörterbuch" 1940, wiederaufgelegt 1956, herausgegeben von G. F. Alexandrow, V. Gal-

janow und N. Rubinstein, c) das „Kurze Philosophische Wörterbuch" 1939, wiederaufgelegt 1941, 1951/52 und 1954, herausgegeben von M. Rosenthal und P. Judin, d) das „Wörterbuch der Russischen Sprache" von S. E. Oshegow, 1952, e) das „Wörterbuch der Russischen Sprache" von D.N. Uschakow, 1935 und 1952 und f) das „Fremdwörterbuch" von J. V. Ljochin, 1949. Artikel in den wichtigsten sowjetischen theoretischen Zeitschriften, z. B. „Fragen der Philosophie" und „Kommunist", wurden ebenfalls benutzt. Das „Journal des Kominform" ist nur eine sekundäre Quelle, da seine Leitartikel und Aufsätze nur getreulich wiederholen, was die offizielle Lehre verkündet, wie sie z. B. in dem „Kurzen Philosophischen Wörterbuch" niedergelegt ist, einem unschätzbaren Werk, das wahrscheinlich jeder kommunistische Publizist auf seinem Schreibtisch stehen hat.

Die Werke von Lenin und Stalin mußten häufig und die von Marx und Engels gelegentlich zitiert werden, da sie den Kanon der kommunistischen Schriften bilden. Da dies Buch jedoch für einen breiten Leserkreis bestimmt ist, werden keine genauen Quellenangeben zu den zitierten Abschnitten gemacht, sondern nur die Titel der Schriften genannt, in denen sie erscheinen.

Einige Kritiker werden zweifellos sagen, daß zwar die in diesem Buch vorgelegte Bestandsaufnahme der kommunistischen Ideologie einigermaßen richtig die Lage zur Zeit von Stalins Tod darstelle, jedoch auf die Zeit nach Stalin nicht mehr anwendbar sei. Gewiß ist ein Wandel eingetreten, am deutlichsten vielleicht bei der Anwendung des „sozialistischen Realismus", des Prinzips, nach dem sich Literatur, Musik und die bildenden Künste richten müssen und in dem sich die „Parteigemäßheit" am fanatischsten darstellt. Die Romanschriftsteller z. B. brauchen nicht mehr die Fiktion aufrechtzuerhalten, daß der Arbeiter nur von dem Wunsch beseelt ist, der Sowjetunion zu helfen, und sie dürfen jetzt die Existenz anderer und natürlicherer Motive zugeben, wie zum Beispiel den Wunsch, mehr Geld zu verdienen oder in der Welt voranzukommen. Heute erscheinen Bücher, die in ihrer Kritik am Sowjetleben weit über Soschtschenko hinausgehen, dessen zwei bekannteste Werke, „Vor Sonnenaufgang" und „Abenteuer eines Affen", 1947 verdammt wurden. Bezeichnend jedoch ist, daß Soschtschenko nicht rehabilitiert worden ist. Das Urteil gegen ihn besteht und kann wieder angerufen werden, zumal die Dekrete Shdanows über die Literatur, obwohl zugegeben wird, daß sie gewisse „tatsächliche Ungenauigkeiten und falsche Verallgemeinerungen" enthalten, niemals offiziell verworfen worden sind und

noch im Oktober 1956 im „Kommunist" gestützt wurden. Ähnlich ist in Verbindung mit den Vorgängen in Polen offiziell festgestellt worden, daß die Lehre von den „getrennten Wegen zum Sozialismus" nicht die „führende Rolle" der sowjetischen Kommunistischen Partei aufhebt, welche weiterhin das Vorbild bleibt, dem die andern folgen müssen. Damit wird eine der „historischen Entscheidungen" des Zwanzigsten Parteikongresses, denen manche Kommentatoren seinerzeit so große Bedeutung beilegten, zur Farce.

Tatsache ist, daß die Begriffe, die wir untersuchen werden, nicht nur eng miteinander verknüpft sind, sondern sich logisch aus der totalitären Natur des kommunistischen Glaubens ableiten. Gewiß bedeutet die Aufstellung von Prinzipien noch nicht unbedingt, daß sie zur Geltung gebracht werden oder wenigstens überall mit dem gleichen Grad von Strenge zur Geltung gebracht werden; und die gegenwärtigen Herrscher mögen sich sehr wohl entschlossen haben, sie mit größerer Milde anzuwenden, wenigstens im Augenblick. Aber es gibt keine Anzeichen dafür, daß sie sie zu verwerfen beabsichtigen, und sie können es auch nicht, ohne ihre Stellung zu untergraben. Ob die innere Lage der Sowjetunion einen höheren Grad an Liberalismus nötig machen wird, ist unmöglich zu sagen. Aber wenn das der Fall sein sollte, können wir eine Fortführung dessen erwarten, was heute vorgeht, d. h. eine Art von Nachhutgefecht, bei dem die herrschende Clique Tätigkeiten erlaubt, die sie früher verdammt hätte, während sie sich das Recht vorbehält, ihre Politik zu ändern, wenn das „politisch wünschenswert" ist. Solch eine Politik läßt die grundlegenden Prinzipien unberührt, und ihre Anwendung unter bestimmten Umständen bietet keine Gewähr, daß sie auch unter andern verfolgt wird.

Ich schulde vielen Menschen Dank für ihre Unterstützung und besonders Dr. George Katkov, Herrn Max Hayward, Herrn E. E. Orchard und Oberst G. E. Wheeler. Vor allem bin ich Herrn Wolfgang Leonhard verbunden, der das ganze Manuskript gelesen hat und dessen Kenntnis der kommunistischen Ideologie, die er als früherer Student der höchsten Schulungseinrichtung des Kominform erworben hat, darüber hinaus für mich von höchstem Wert war.

Dezember 1956 R. N. Carew Hunt
St. Antony's College
Oxford

Abweichlertum

Nach E. H. Carr erschien das Wort Abweichung (uklon) im Parteivokabular zuerst in der Entschließung „Über die syndikalistische und anarchistische Abweichung in der Partei", die von dem Zehnten Kongreß im März 1921 angenommen und in der ausgesprochen wurde, daß die Verbreitung der Ideen der „Arbeiteropposition" mit der Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei unvereinbar sei. Lenin erkläre das so: „Eine Abweichung ist keine voll ausgebildete Bewegung. Sie ist etwas, das korrigiert werden kann. Die Leute sind ein wenig vom Pfad abgekommen oder sind dabei, es zu tun, aber es ist noch möglich, es zu korrigieren."[1] Daher war Abweichlertum ein weniger ernsthaftes Vergehen als „Fraktionalismus" (s. d.), der bereits die Bildung einer organisierten Oppositionsgruppe innerhalb der Partei bedeutet. Allerdings waren die Disziplinarmaßnahmen gegen Sünder beider Art gleich.

Die Dialektik setzt voraus, das es aus einer gegebenen These und Antithese nur eine mögliche Synthese geben kann, und darauf beruht ihr Anspruch, ein „wissenschaftliches" analytisches Instrument zu sein. Bei einer bestimmten Verknüpfung von Umständen kann es nur eine richtige Politik geben, und die Partei ist kraft ihrer Einweihung in die Dialektik in der Lage, zu entdecken, welche die richtige ist. Albert Camus hat bemerkt, daß die Konzeption von „alles oder nichts" etwas vom Wesen eines Aktes der Rebellion an sich hat[2]; und gewiß neigen die Kommunisten, vor allem wenn sie Russen sind, worauf Leites hingewiesen hat, dazu, in Begriffen absoluter Gegensätzlichkeit zu denken, so daß jeder Ausgang totaler Sieg oder totale Vernichtung ist und jede andere Entscheidung als die tatsächlich getroffene zu katastrophalen Folgen hätte führen müssen. Von da ist es nur ein Schritt bis zu der Folgerung, daß alle, die sich der Entscheidung widersetzt haben, diese Folgen wünschten. Leites bemerkt, daß dadurch eine oppositionelle Haltung psychologisch schwer gemacht wurde; denn wenn die Partei stärker wurde trotz einer Entscheidung, der ein Mitglied sich zu der Zeit, als sie getroffen

---

[1] The Bolshevik Revolution I, S. 200 u. Anm.
[2] L'Homme révolté, 1952.

wurde, widersetzt hatte, dann erwiesen sich nicht nur seine Befürchtungen als grundlos, sondern in ihm erwachte auch das unbehagliche Gefühl, daß die Partei gelitten hätte, wenn die von ihm verteidigte Politik befolgt worden wäre[3].

Abweichlertum ist also jedes Abweichen von der Linie, welche die Partei festgelegt hat, oder von dem, was sie später als richtige Linie ausgibt. Natürlich ist es unmöglich, daß eine revolutionäre Bewegung sich immer im gleichen Tempo bewegt. Es gibt Zeiten, wo es notwendig ist, sie voranzutreiben, und andere, wo es notwendig ist, halt zu rufen, um den gewonnenen Boden zu sichern. Und gerade dann macht sich die Neigung zum Abweichlertum bemerkbar. Die Abweichung kann nach rechts oder nach links geschehen, wobei jene manchmal als „Opportunismus“ (s. d.), diese als „Sektierertum“ (s. d.) bezeichnet wird. Der Unterschied zwischen den beiden ist, daß die Rechtsabweichler langsamer und die Linksabweichler schneller, als es die kollektive Weisheit der Partei für richtig erachtet, vorgehen wollen. Was das in Ausdrücken der Politik bedeutet, hängt von den jeweiligen Umständen ab. Gegenwärtig würde Rechtsabweichler in der Sowjetunion, soweit es die Innenpolitik betrifft, sein, wer die Kollektivierung lockern und mehr Konsumgüter verfügbar machen möchte, und Linksabweichler, wer für eine Intensivierung der Kollektivierung und die Beibehaltung der Priorität der Schwerindustrie um jeden Preis eintritt.

Wenn man sich aber entschlossen hat, einen Führer als Abweichler zu brandmarken, ist es unmöglich, zu sagen, welche Anklage man gegen ihn vorbringen wird, so daß ein Rechtsabweichler sich als Linksabweichler angeklagt finden kann und umgekehrt oder auch als beides gleichzeitig, wie es der Fall war bei Auguste Lecœur, dem Organisationssekretär der französischen Kommunistischen Partei. Häufig wird die Anklage auch rückwirkend erhoben. So kann ein Führer, der, gehorsam seinen Instruktionen, eine versöhnliche oder eine aggressive Politik betrieben hat, des Rechts- oder Linksabweichlertums angeklagt werden, wenn diese Politik sich als Mißerfolg erwiesen hat.

Aggression

S. E. Oshegows „Wörterbuch der Russischen Sprache“ definiert Aggression als „den bewaffneten Angriff eines oder mehrerer

---

[3] A Study of Bolshevism, 1953, S. 27, Anm. 1.

imperialistischer Staaten auf andere Länder mit dem Ziel der Besetzung ihrer Territorien und der gewaltsamen Unterjochung, Versklavung ihrer Bewohner". Ähnlich erklärt die „Große Sowjetenzyklopädie", daß sie eine typische Erscheinung der klassengeteilten Gesellschaft ist und daß sie ihren Höhepunkt in imperialistischen Ländern erreicht, deren hauptsächliches außenpolitisches Instrument sie ist. Der Atlantikpakt von 1949 wird als Beispiel dieser Politik angeführt.

Von Aggression kann man also nur bei imperialistischen Mächten sprechen. Das liegt auf einer Linie mit der Unterscheidung, welche die kommunistische Theorie zwischen „gerechten" und „ungerechten" Kriegen macht. Die ersten werden von der Sowjetunion geführt, um unterdrückte Länder zu „befreien" und ihnen den Kommunismus zu bringen, die andern von den imperialistischen Mächten gegeneinander oder gegen die Sowjetunion.

Daß Aggression erlaubt ist, wenn sie die revolutionäre Sache fördert, wurde von Lenin ausdrücklich festgestellt. In seiner Schrift „Kriegerischer Militarismus und die antimilitaristischen Taktiken der Sozialdemokratie" (1908) behauptete er nachdrücklich: „Augenscheinlich ... ist es nicht der offensive oder defensive Charakter des Krieges, sondern sind es die Interessen des Klassenkampfes des Proletariats oder vielmehr die Interessen der internationalen Bewegungen des Proletariats, die den einzig möglichen Gesichtspunkt darstellen, unter dem die Frage der Haltung der Sozialdemokratie gegenüber einem gegebenen Phänomen in den internationalen Beziehungen betrachtet werden kann."

Und in seiner Schrift „Die Diktatur des Proletariats und der Renegat Kautsky" (1918) erklärte er: „Der Charakter eines Krieges wird nicht dadurch bestimmt, wer der Angreifer ist und in wessen Lande der ‚Feind' steht, sondern dadurch, welche Klasse den Krieg führt, welche Politik infolge des Krieges weitergetrieben wird." Da die Sowjetregierung ihre Interessen mit denen der Weltrevolution gleichsetzt, hat sie nie, wenn es diesen Interessen diente, davor zurückgescheut, Länder anzugreifen, mit denen sie Nichtangriffspakte abgeschlossen hatte, wie z. B. Polen und die Baltischen Staaten.

Die Definition der Aggression, wie sie in die am 3. Juli 1933 zwischen der Sowjetunion und einer Anzahl von Ländern, darunter Polen und die Türkei, in London unterzeichnete Konvention eingearbeitet wurde und die auf einer in dem Politis-Bericht an das Komitee für Sicherheitsfragen vom vorhergehenden 24. Mai enthaltenen Definition beruht, legte ausdrücklich fest, daß eine

Aggression nicht gerechtfertigt wird durch „die innere Lage eines Staates, z. B. durch seine politische, wirtschaftliche oder soziale Struktur; angebliche Mängel in seiner Verwaltung; Störungen durch Streiks, Revolutionen, Konterrevolutionen oder Bürgerkrieg". Und doch hat die Sowjetunion nicht gezögert, solche Vorwände zu gebrauchen, um entweder selbst zu intervenieren oder ihre Satelliten dazu zu benutzen.

Die Rechtfertigung dafür ist der Grundsatz, daß die sozialistischen Staaten ihrer Natur nach unfähig zur Aggression sind und daher keine von ihnen unternommene militärische Aktion als solche definiert werden kann. Das ist ein Zug kommunistischen Denkens, den wir häufig antreffen — die Definitionen so zu fassen, daß der gewünschte Schluß aus ihnen folgt. Zu sagen, daß sozialistische Staaten keine Aggression begehen können, weil sie nicht aggressiv sind, heißt eine Tautologie aussprechen. Es gibt auch keinen Grund, warum gerade sie diese Eigenschaft besitzen sollten.

Agitation

Oshegows „Wörterbuch der Russischen Sprache" definiert Agitation als „mündliche und schriftliche Tätigkeit unter den breiten Massen mit dem Ziel, gewisse Ideen und Losungen zu ihrer politischen Erziehung zu verbreiten und sie für die Lösung der wichtigsten sozialen und politischen Aufgaben heranzuziehen". Ihre Lenkung ist eine der Aufgaben der Agitations- und Propagandaabteilung (Agit-Prop) des Zentralkomitees der KPdSU. Die kommunistische Theorie jedoch macht einen Unterschied zwischen Agitation und Propaganda gemäß der Definition Plechanows[1]: „Ein Propagandist präsentiert einer oder wenigen Personen viele Ideen; ein Agitator präsentiert nur eine oder einige Ideen, aber er präsentiert sie einer Masse von Menschen." In „Was tun?" (1902) greift Lenin das auf und nimmt als Beispiel die Behandlung der Arbeitslosigkeit. Ein Propagandist wird die Gründe dafür angeben — d. h., er wird darauf hinweisen, daß sie als Ergebnis der immer wiederkehrenden Krisen entsteht, die im kapitalistischen System unvermeidlich sind und deren Ursachen er dann erklären wird; ein Agitator hingegen wird eine leicht faßbare Tatsache herausgreifen — z. B. daß die Familie eines Arbeitslosen Hungers gestorben ist — und sie benutzen, um seinen Hörern einzig und allein einzuprägen, daß im kapitalistischen

---

[1] Vgl. Anm. d. Übers. S. 6.

System Armut inmitten von Überfluß existiert. Er wird nicht zu erklären versuchen, warum das so ist, da es sein Ziel ist, Unzufriedenheit und Entrüstung zu erregen.

Lenin wies also daraufhin, daß die Eigenschaften des Propagandisten und des Agitators nicht die gleichen sind, daß aber ihre Aufgaben sich ergänzen. In der Schrift „Die Kinderkrankheiten des Linken Flügels im Kommunismus" sagt er, wenn es sich darum handele, die Vorhut des Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen, nähme die Propaganda die erste Stelle ein, wenn es aber darauf ankomme, „alle Klassenkräfte für die letzte und entscheidende Schlacht auszurichten, sei die Propaganda allein, die bloße Wiederholung der Wahrheiten des ‚reinen' Kommunismus" nutzlos, weil man unter solchen Umständen nicht bis tausend zählen müsse, wie es der Propagandist tut, sondern „nach Millionen und zehn Millionen".

Im allgemeinen jedoch ist es die Aufgabe des Agitators, die Meinung der Massen zu lenken. Er muß den Fabrik- und Landarbeitern „verkaufen", was jeweils die Parteilinie ausmacht, und ihre aktive Mitarbeit bei ihrer Verwirklichung sichern. Man kann nicht erwarten, daß sie die Prinzipien des Marxismus-Leninismus voll und ganz verstehen, aber sie müssen mit ihrem Geist erfüllt werden, so daß sie bereit sind, die von ihnen verlangten Opfer zu bringen. Zu diesem Zweck veröffentlicht die Agit-Prop-Abteilung halbmonatlich ein „Notizbuch des Agitators", das die besonders zu behandelnden und zu rechtfertigenden Themen stellt. So muß der Agitator beispielsweise erklären, warum die Produktionsnorm erhöht und die Arbeitszeit verlängert worden ist; oder warum es einen solchen Mangel an Konsumgütern gibt, trotz der amtlichen Feststellungen, die Versorgung mit ihnen habe sich verbessert. Die Rolle, die der Agitator spielt, ist daher äußerst wichtig, denn er ist das Bindeglied zwischen der Parteiführung und den Massen, und von seinem Erfolg hängt in großem Maß die Loyalität der letzten zu der ersten ab.

Bourgeoisie

Weder Marx noch Engels gaben sich viel Mühe, die Bedeutung der von ihnen benutzten Begriffe festzulegen, und obwohl das „Kommunistische Manifest" ausführlich von den Verbrechen der Bourgeoisie handelt, versah doch Engels erst die englische Ausgabe von 1888 mit einer Fußnote, in der Bourgeoisie definiert

wird als „Klasse der modernen Kapitalisten, der Besitzer der sozialen Produktionsmittel und der Ausbeuter der Arbeitskraft". In ihren Schriften wird Bourgeoisie gleichgesetzt mit der neuen Mittelklasse, welche die industrielle Revolution geboren hatte. So erklärt Engels im Vorwort zu der Schrift: „Die Lage der arbeitenden Klasse in England", datiert vom 15. März 1845, daß er „das Wort ‚Mittelklasse' fortwährend im Sinne des englischen ‚middle-class' gebraucht habe, wo es gleich dem französischen Wort ‚bourgeoisie' die besitzende Klasse, speziell die von der sogenannten Aristokratie unterschiedene besitzende Klasse bedeutet". Es ist die Klasse, die Besitz hat, im Gegensatz zu dem besitzlosen Proletariat, so daß in Lenins Definition „die Bourgeoisie alle Besitzer von Eigentum umfaßt[1]". Nur erhielt Eigentum in Marx' Tagen immer mehr die Bedeutung von Kapitalbesitz in Form von Geschäften, Fabriken und ähnlichem im Gegensatz zu Landbesitz, und so wurde der Begriff Bourgeoisie in diesem Sinn für Kapitalisten gebraucht, wie es auch heute noch ist.

Da die Bourgeoisie das kapitalistische System schuf, das zu zerstören der Kommunismus verpflichtet ist, wird der Begriff in ababwertendem Sinn gebraucht. Gleichzeitig geben Marx und Engels zu, wie ihre Dialektik der Geschichte sie zu tun zwang, daß die Bourgeoisie im Anfang eine revolutionäre Klasse war, weil sie die zerfallende Feudalwirtschaft bekämpft hatte, und daß sie den produktiven Kräften zu einem beispiellosen Fortschritt verholfen hatte. Sie behaupteten im „Manifest" und anderswo, sie habe ihre Mission erfüllt, als es sich herausstellte, daß sie die Kräfte, die sie gerufen hatte, nicht mehr kontrollieren konnte und als „Fessel" für deren weitere Entwicklung wirkte. Wann sich das herausgestellt hatte, wird allerdings nicht gesagt.

Marx und Engels anerkannten ferner, zum mindesten für Westeuropa, das Bestehen einer „liberalen Bourgeoisie", deren Mitglieder bereit waren, den Arbeitern gewisse Zugeständnisse zu machen. Sie deuten an, daß dieser „Liberalismus" bewußt oder unbewußt die Vorstellung hegt, daß, falls das kapitalistische System fortdauern sollte, seine schlimmsten Mißstände abgestellt werden müßten; und da sie beide von der Unheilbarkeit des Systems überzeugt waren, betrachteten sie Reformen innerhalb seines Rahmens bestenfalls als Beruhigungspillen. Dennoch waren sie der Ansicht, das Proletariat solle sich mit solchen liberalen Elementen verbünden, um seine Position zu stärken und es zu

---

[1] Die ländlichen Armen, 1903.

befähigen, schließlich die Macht zu ergreifen. Aber in seiner Rede vor dem Neunzehnten Parteikongreß im Oktober 1952 leugnete Stalin, daß solche Kräfte noch existierten: „Die Bourgeoisie pflegte so zu tun, als spiele sie den Liberalen, sie pflegte bürgerliche demokratische Freiheiten zu behaupten und so für sich Popularität im Volke zu gewinnen. Heute ist keine Spur des Liberalismus geblieben. Die sogenannten ‚Freiheiten des Individuums' bestehen nicht mehr — die Rechte des Individuums werden heute nur noch denen zugestanden, welche Kapital besitzen, während alle anderen Bürger als menschliches Rohmaterial angesehen werden, das zur Ausbeutung geeignet ist."

Als Lenin das nach der Revolution errichtete System zu rechtfertigen suchte, hatte er die liberale Demokratie in gleich fanatischer Sprache angeklagt. Aber als Stalin sie gebrauchte, wollte er vermutlich damit sagen, daß die Zeit gekommen sei, den Klassenkampf zu verschärfen, und daß die kommunistischen Parteien nicht länger versuchen sollten, mit der sogenannten „progressiven Bourgeoisie" zusammenzuarbeiten — eine Haltung, die auf dem Zwanzigsten Parteikongreß im Februar 1956 ins Gegenteil verkehrt wurde.

Im gegenwärtigen kommunistischen Gebrauch jedoch wird der Begriff Bourgeoisie so ausgeweitet, daß er alle umfaßt, die, ob sie nun Kapital besitzen oder nicht, ein Interesse daran haben, das kapitalistische System zu bewahren, was sie zu Gegnern des Kommunismus macht, und die eine Ideologie entwickeln, welche trotz aller Vorwände nichts weiter als der Ausdruck ihrer Interessen ist. Diese Ideologie überlebt ihre Vernichtung als Klasse, und eine der Hauptaufgaben eines kommunistischen Regimes ist es, auch die letzten Spuren davon auszulöschen. Warum allerdings solche „bürgerlichen Überbleibsel" eine Gefahr für die Gesellschaft darstellen sollen, wenn das kommunistische System das ist, was es zu sein behauptet, wird nicht gesagt.

Bürgerliche Demokratie

Bürgerliche Demokratie ist ein Begriff, der auf Marx und Engels zurückgeht, wenn auch beide diesen Begriff nicht genauso gebrauchen, wie Lenin und Stalin es tun, Lenin vor allem in „Der Staat und die Revolution" (1917) und in „Die Diktatur des Proletariats und der Renegat Kautsky" (1918). Die These ist, kurz gefaßt, daß die Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft den

bürgerlichen demokratischen Staat (oder, wie Lenin gewöhnlich sagt, die Republik) hervorbringen, der sich auf parlamentarischen Einrichtungen und vor allem auf dem Parteisystem aufbaut. Wenn seine Macht sich schwächt, sieht sich die Bourgeoisie gezwungen, den Massen Zugeständnisse in Form von Erweiterung des Wahlrechts, der Zuerkennung von Presse- und Koalitionsfreiheit u. a. zu machen. Während ihr konservativer Teil sich solchen Zugeständnissen solange wie möglich widersetzt, erkennt ihr liberaler Teil deren Notwendigkeit an und treibt sie voran. Aus dieser Uneinigkeit der Meinungen entsteht das Parteisystem, das eigentliche Kennzeichen der bürgerlichen Demokratie. Allerdings sehen die Kommunisten den Streit der Parteien nur als Scheingefechte an, weil sie sich innerhalb des Rahmens der kapitalistischen Wirtschaft abspielen, die abzuschaffen keine der Parteien bereit ist. Je mehr sich die bürgerlich-demokratische Form der Regierung entwickelt, um so mehr wird sie zum Symbol des Kapitalismus im Verfall. Sie repräsentiert nach Marx „die politische Form der Revolution der bürgerlichen Gesellschaft" im Gegensatz zu ihrer „konservativen" Form, und sowohl er als auch Engels sagen, sie sei „die letzte Form der bürgerlichen Herrschaft, die, in der sie zerbrochen wird".

Wenn daher Lenin, der sich damit in voller Übereinstimmung befand, in seinen „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" (1905) erklärte, daß die Partei nur in der Form der demokratischen Republik zur Macht gelangen könne, so meinte er nicht, daß dieser Typ der parlamentarischen oder Parteiregierung in der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft übernommen würde, sondern daß er einfach die Form sei, in der die bürgerlich-demokratische Revolution, die der proletarischen Revolution vorausgeht, durchgeführt werden müsse. Sobald die proletarische Revolution sich ereignet habe, würde jene verschwinden und mit ihr der „Parlamentarismus" (s. d.), und eine höhere Form der Volksvertretung, die er „proletarische Demokratie" (s. d.) nannte, würde nachfolgen.

In der Tat sind die kommunistischen Schriften und vor allem die Lenins voll von Anschuldigungen gegen die Beschränkungen und die Unzulänglichkeit der bürgerlichen Demokratie. Der Gedankengang ist völlig logisch, wenn man die Voraussetzungen gelten läßt. In kapitalistischen Ländern ist die Bourgeoisie die vorherrschende Klasse, und die bürgerliche Demokratie ist einfach die politische Form dieser Vorherrschaft. Daher kann der bürgerlich-demokratische Staat, welche Zugeständnisse er auch

immer macht, nicht demokratisch sein, da sonst Demokratie, d. h. „Herrschaft des Volkes", unter der Vorherrschaft ihres „Klassenfeindes" erreicht werden könnte, was widersinnig ist.

In seiner Schrift „Die Diktatur des Proletariats und der Renegat Kautsky" gibt Lenin jedoch zu, daß die bürgerliche Demokratie „einen gewaltigen historischen Fortschritt gegenüber dem Mittelalter bedeutete" (was auch immer „Mittelalter" mit seiner unendlichen Vielfalt an sozialen und politischen Formen bedeuten mag), aber innerhalb des Kapitalismus sei sie „falsch, heuchlerisch, den Reichen ein Paradies und den Armen und Ausgebeuteten Falle und Betrug", da die Kapitalisten „durch tausend Schliche die Massen von der Teilnahme an der Verwaltung, von der Versammlungs- und Pressefreiheit usw." ausschließen und das bürgerliche Parlament „nie über die wichtigsten Fragen zu entscheiden hat"; denn „diese werden von der Börse, den Banken entschieden". Er behauptet also, daß die den nichtbürgerlichen Elementen zugestandenen politischen Rechte und Freiheiten nur formal seien und keinen wirklichen Inhalt hätten. Das war unwahr, wie Lenin, der jahrelang den Schutz bürgerlicher Regierungen genossen hatte, wohl gewußt haben muß; aber er mußte das in der Sowjetunion errichtete System irgendwie rechtfertigen, und da der Begriff „Demokratie" den Wert einer Art von Talisman besaß, war er nicht bereit, zuzugeben, daß seine Revolution sie zerstört hatte.

Daß die bürgerliche Demokratie nur formal sei, wird jedoch von allen Kommunisten angenommen, und das führt zu einer gewissen Verwirrung in ihrem Denken. Wenn nämlich die von ihr verliehenen Rechte und Freiheiten keine Bedeutung haben, weil nur die Bourgeoisie aus ihnen Nutzen zieht, ist es nicht klar, warum ihre Erwerbung dem Proletariat in seinem Kampf um die Macht helfen soll. In jeder Diskussion über die Natur der Demokratie jedoch versuchen die Kommunisten unentwegt, die Bedeutung dieser Rechte und Freiheiten zu verkleinern. So erklärte auf einer von der UNESCO 1951 veranstalteten Konferenz über diesen Gegenstand ein Sprecher, man habe in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts angenommen, daß die Massen sich durch Sicherung politischer Rechte auch politische Macht sichern würden. Die Revolutionen von 1848 hätten aber gezeigt, daß das eine Illusion war und daß die besitzenden Klassen Rechte zugestehen und die Macht behalten konnten. Folglich wären die Konservativen Demokraten geworden, während die Demokraten den politischen Inhalt des Begriffs Demokratie um seinen wirt-

schaftlichen erweitert hätten. Ähnlich, so wurde von einem zweiten Sprecher ausgeführt, sei es zu der Zeit, da die britische Demokratie das allgemeine Wahlrecht eingeführt habe, zu spät gewesen, weil „die Monarchie, die Trusts, die Monopole, der Imperialismus und eine imperialistische Außenpolitik sich bereits festgesetzt hatten".

Doch von einem Standpunkt aus ist die kommunistische Behauptung unangreifbar. Es ist oft darauf hingewiesen worden, daß das Parteisystem, welches das Wesen der bürgerlichen Demokratie ausmacht, nur möglich ist, solange sich die Parteien über die Grundlage ihrer politischen Gesellschaft in allgemeiner Übereinstimmung befinden und sie ihre Tätigkeit innerhalb der demokratischen Richtlinien ausüben. Aber sobald eine Partei entsteht, die eine Änderung der gesamten sozialen, politischen und wirtschaftlichen Struktur der Gesellschaft verlangt und die von sich behauptet, unfehlbar zu sein, und die nicht bereit ist, Kompromisse zu schließen und zuzugeben, daß es für sie und die andern Parteien einen gemeinsamen Boden gibt, bricht das System natürlich zusammen. Das war Lenins Position, wie es unausgesprochen auch die von Marx war, beide geschworene Feinde der parlamentarischen Regierung. Und, wenn man ihren Voraussetzungen zustimmt, war sie logisch. Denn wenn die Gesellschaft nur aus zwei Klassen besteht — den ausbeutenden Kapitalisten und den ausgebeuteten Arbeitern —, von denen jede ihre eigenen Interessen hat und die sich feindlich gegenüberstehen, und wenn das Ziel der Geschichte der Sieg der Arbeiter und die Ausmerzung ihrer Unterdrücker ist, kann es keinen Raum mehr für politische Parteien geben, wenn dieses Ziel erreicht ist, da alle Macht dann einer einzigen Klasse gehört, deren Mitglieder ex hypothesei einen gemeinsamen Willen und gemeinsame Interessen haben.

Bürgerlicher Nationalismus

Das „Fremdwörterbuch" von Ljochin und Petrow gibt folgende Definition Lenins:

„Der bürgerliche oder der bürgerlich-demokratische Nationalismus strebt, obwohl er die Gleichberechtigung der Nationen in Worten anerkennt . . . immer nach größerem Vorteil für ‚seine' Nation (d. h. für seine nationale Bourgeoisie). Er strebt Trennung und Abgrenzung der Nationen und die Entfaltung nationaler Ausschließlichkeit an." Daher habe die Partei Lenins und Stalins ihn immer erbittert bekämpft.

Dem bürgerlichen Nationalismus wird daher der „proletarische Internationalismus" (s. d.) entgegengesetzt.

Die von Lenin und Stalin entwickelte Theorie lehrte, daß die Nationalstaaten das Produkt der von der Bourgeoisie durchgeführten Revolutionen sind und daß die Bourgeoisie, da diese Revolutionen gegen den Feudalismus gerichtet waren, als revolutionäre Klasse handelte, obwohl sie gleichzeitig ihre eigenen Interessen suchte, nämlich den feudalen Partikularismus loszuwerden und einen mit anderen Nationen wettbewerbsfähigen nationalen Markt zu errichten. Die Bourgeoisie appellierte also an das eigene „einheimische Volk" und überredete es, daß auch es ein Interesse daran habe, die nationale Bewegung zu fördern, was insofern richtig war, als es immer wünschenswert ist, den Feudalismus durch eine Wirtschaft zu ersetzen, welche die produktiven Kräfte der Gesellschaft wirksamer entfaltet. Aber die Massen, die sich hinter die nationale Sache stellten, wurden schnell ernüchtert. Sie hatten geglaubt, zur Nation zu gehören; indessen sahen sie sich ausgebeutet und erkannten, daß der Sieg des bürgerlichen Nationalismus tatsächlich der des Kapitalismus ist, da, wie Stalin es ausdrückt, „eine Nation eine historische Kategorie ist, die einer bestimmten Epoche angehört, der Epoche des entstehenden Kapitalismus". Sobald der Sieg über den Feudalismus errungen war, wurde der Klassencharakter der Revolution sichtbar, und die Bourgeoisie hörte auf, revolutionär zu sein, und wurde konterrevolutionär.

Die objektiven Kennzeichen der Nation finden ihr subjektives Gegenstück im nationalen Gefühl — der Erinnerung an „alte, vergessene, weit zurückliegende Dinge und längst vergangene Schlachten" —, und Nationalflagge, Nationalhymne und ähnliches sind Symbole für dieses Gefühl. Der Arbeiter ist instinktiv bereit, seine Nation zu verteidigen, da die Herrschaft der eigenen Bourgeoisie weniger unerträglich ist als die einer andern. Der nationale Chauvinismus pflegt eifrig dieses Gefühl, und immer, wenn seine Interessen bedroht sind, was in der Periode des Kapitalismus in steigendem Maße der Fall ist, wird er an den „sozialen Patriotismus" appellieren, und er wird, unterstützt von den Sozialdemokraten, die Arbeiter des eigenen Landes im Namen der sogenannten „nationalen Interessen" gegen die der andern aufhetzen. Aber der klassenbewußte Teil des Proletariats läßt sich nicht länger betrügen. Er erkennt, daß die Nation nur eine Phase ist, daß im bürgerlichen Nationalismus Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nie verwirklicht werden können und daß nur

unter dem Kommunismus alle Völker friedlich nebeneinander leben, ihre einheimischen Kulturen in voller Freiheit entfalten und von ihrem gemeinsamen Vaterland, der sozialistischen Sowjetunion, beschützt werden können.

Der bürgerliche Nationalismus ist also gleichbedeutend mit dem Ausdruck jeglichen nationalen Gefühls, das diesem Ziel entgegensteht. Das „Politische Wörterbuch" erklärt: „Er stumpft die Idee des Klassenkampfes zwischen den Unterdrückten und den Ausbeutern ab, um die Arbeiter dem Einfluß der Bourgeoisie zu unterwerfen." Die, welche ihn unterstützen, sind so „Agenten der Bourgeoisie, die nationale Differenzen zwischen den Völkern ausnutzen, um Feindschaft zwischen den arbeitenden Massen der verschiedenen Nationen im Interesse der Bourgeoisie zu schüren". Deren Tätigkeit wird angeblich von den auswärtigen Geheimdiensten gelenkt mit dem Ziel, den Kapitalismus in der Sowjetunion wiederherzustellen und die dort herrschende brüderliche Einheit zu zerstören. Aber die gegenwärtige Propaganda schreibt ihm auch jede Äußerung der öffentlichen Meinung zu, die auf Verschmelzung der verschiedenen Teile der Gesellschaft geht, so den Kampf, den das Proletariat gegen seine nationale Bourgeoisie führen, und die Solidarität, die es für die Proletarier anderer Länder fühlen sollte, schwächt und die Entwicklung der Weltrevolution hemmt. Ganz besonders ist er gleichbedeutend mit der Weigerung einer Nation, das Diktat der Sowjetunion anzunehmen, und mit der Befolgung einer Politik, die den Interessen der Sowjets entgegengesetzt ist.

Die Position wurde klar umrissen von Georgi Dimitrow auf dem Siebenten Komintern-Kongreß im Jahre 1935:

„Wir Kommunisten sind *aus Prinzip die unversöhnlichen Gegner des bürgerlichen Nationalismus* in jeder Form. Aber wir *sind nicht Anhänger eines nationalen Nihilismus* und sollten niemals als solche handeln. Die Aufgabe der Erziehung der Arbeiter und aller Werktätigen im Geist des proletarischen Internationalismus ist eine der fundamentalen Aufgaben jeder kommunistischen Partei. Aber jeder, der glaubt, er könne oder müsse sogar aller nationalen Gefühle der breiten Massen des schaffenden Volkes spotten, ist weit davon entfernt, ein echter Bolschewist zu sein, und hat nichts von der Lehre Lenins und Stalins über die nationale Frage begriffen."

Das bedeutete, daß das nationale Gefühl solange ermutigt werden sollte, als es sich gegen „feudale Überbleibsel" richtete oder gegen die nationale Bourgeoisie, daß es aber zu verdammen war,

sobald es in Widerstreit mit den Interessen der kommunistischen Bewegung oder der Sowjetunion geriet. Bürgerlicher Nationalismus war daher einer der häufigsten Vorwürfe gegen die jugoslawischen Kommunisten, die in der Resolution des Kominform beschuldigt wurden, zu glauben, sie könnten „den Sozialismus ohne die Unterstützung der kommunistischen Parteien anderer Länder und ohne die Unterstützung der Sowjetunion aufbauen“. Dem Abfall Titos folgte denn auch eine heftige Kampagne, wie sie sich in einem Leitartikel des „Journals des Kominform“ vom 1. Dezember 1948 ausdrückte, die ihn die „wohlgezielte, giftige Waffe der imperialistischen Reaktion“ nannte.

Die „Thesen über die nationale und koloniale Frage“, denen der Sechste Komintern-Kongreß im Jahre 1928 zustimmte, liefern die vollständigste Darlegung der Haltung, die gegenüber der nationalen Bourgeoisie und damit gegenüber dem bürgerlichen Nationalismus im Kampf gegen den Imperialismus in unterentwickelten Ländern eingenommen werden soll. Ihr Ton ist bitter, weil die Russen zweifellos noch unter dem kurz zuvor geschehenen „Verrat an der Revolution“ durch die chinesische nationale Bourgeoisie litten. Und daher, obwohl zugegeben wird, daß diese Klasse eine gewisse nicht zu unterschätzende Bedeutung hat, wird darauf hingewiesen, daß sie machtlos ist, nationale Unabhängigkeit zu erreichen wegen des radikalen Widerstreits zwischen ihr und ihrem imperialistischen Unterdrücker. Eine solche Unabhängigkeit kann folglich nur gewonnen werden durch das Proletariat unter der Führung der kommunistischen Partei.

Es ist Pech für die Theoretiker, daß es keinen Fall einer nationalen Befreiungsbewegung nach diesen Richtlinien gegeben hat. Eine Anzahl von asiatischen Ländern gewann in den Jahren unmittelbar nach dem letzten Krieg ihre Unabhängigkeit zurück. Da das aber unter nichtkommunistischer Führung geschah und in der Folge Regierungen gebildet wurden, in denen die örtliche kommunistische Partei nicht vertreten war, weigerte sich Moskau, zuzugeben, daß sie echt unabhängig seien, und erklärte, ihre Führer seien „Vasallen des westlichen Imperialismus“. Nach Stalins Tod jedoch begann die Regierung Malenkows eine neue Politik der Freundschaftsgesten und der Angebote technischer Unterstützung gegenüber diesen neutralen Ländern; und im Laufe des Jahres 1955 wurde es klar, daß die frühere Position aufgegeben war, was sich vor allem zur Zeit der Asienreise Chruschtschews und Bulganins zeigte. So erklärte die „Sowjetskoje

Wostokowedenije", Nr. 1 (1956), der „unzweifelhaft richtige Satz", daß das Proletariat Führer in einer „nationalen Befreiungs- und Antifeudalbewegung" werden könne (sic), habe zu der „falschen Schlußfolgerung" geführt, „daß nur solche Führung" den Sieg in einem Kampf um nationale Unabhängigkeit sichern könne, mit dem Ergebnis, daß man, als Indien, Burma, Indonesien und Ägypten, wo das Proletariat unfähig gewesen sei, die führende Rolle zu spielen, ihre Unabhängigkeit unter der Führung der nationalen Bourgeoisie gewonnen hätte, die Dualität der Natur dieser Klasse nicht gewürdigt und sie fälschlicherweise als „Verbündete des Imperialismus in seinem Kampf gegen die arbeitenden Klassen" bezeichnet habe. Diese Neubewertung bedeutet die Erkenntnis, daß Herrscher wie Oberst Nasser ihren Wert haben, auch wenn ihre Regierungen nicht proletarisch sind.

Die gegenwärtige Position ist daher, daß der Kampf um nationale Unabhängigkeit in zwei Stufen stattfindet. Auf der ersten ist das Ziel die politische Befreiung von der imperialistischen Gewalt, und diese braucht nicht unter der Führung und nicht einmal unter Beteiligung der Kommunisten zu geschehen, obwohl sie von den siegreichen Kämpfen der Sowjetunion und des kommunistischen Chinas inspiriert worden ist. Die zweite Stufe ist die Durchführung der wirtschaftlichen Befreiung unter irgendeiner Form der Staatskontrolle, und sie wird mit Kapital- und technischer Hilfe der sozialistischen Länder unterstützt werden. Es wird jedoch angenommen, daß an irgendeinem Punkt in diesem Prozeß der industriellen Entwicklung der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus beginnt, und wenn das geschieht, muß die kommunistische Partei die Führung ergreifen. Bis dahin wird die Rolle der Kommunisten von den Umständen abhängen, aber sie müssen sich im allgemeinen mit den „progressiven" Elementen verbünden, um auf die Regierung Druck auszuüben, daß sie eine fortschrittliche soziale Politik treibe, und um alle „Überbleibsel des Imperialismus" anzugreifen, d. h. jede Politik, die darauf ausgeht, das Land in westlichen Einflußbereich zu bringen.

Aber innerhalb der Sowjetunion ist es für die Führung nie von Vorteil gewesen, bürgerlichen Nationalismus zu dulden, und jede Erscheinung eines solchen wurde rücksichtslos zermalmt. So enthielten die „Thesen des Zentralkomitees der KPdSU", verfaßt bei Gelegenheit der 300. Wiederkehr des Tages der Eingliederung der Ukraine und veröffentlicht in der „Prawda" vom 12. Januar 1954, neben manchen Geschichtsfälschungen einen Angriff auf den ukrainischen bürgerlichen Nationalismus, verstärkt durch

ein Zitat von Lenin, welches besagt, daß die Hoffnung eines Landes auf Unabhängigkeit in seiner Verbindung mit Rußland liegt. Das Gedicht des ukrainischen Dichters Sosura: „Liebe die Ukraine", das zuerst sehr gelobt worden war, wurde schließlich verdammt, weil es keinen Hinweis auf die Segnungen einer solchen Verbindung enthielt und ein Loblied auf alles darstellte, was ukrainisch ist. Das gleiche Schicksal wurde den epischen Dichtungen der zentralasiatischen Republiken zuteil, die als Produkte heimischer Kultur unterdrückt wurden, weil sie als solche für die Politik der Russifizierung ein Hindernis darstellten, wenn auch einige von ihnen später rehabilitiert wurden. Da jedoch in der Sowjetunion ein bürgerlicher Nationalismus angeblich nicht mehr besteht, wird die Frage einer neuen Haltung ihm gegenüber voraussichtlich nicht entstehen.

Bürokratie

Gegen die Bürokratie im Sinne von Verbeamtung hat es immer Einwände gegeben, aber in der Sowjetunion haben sie eine besondere Form angenommen. „Das Fremdwörterbuch" von Ljochin und Petrow definiert den Bürokratismus als „das System der Verwaltung oder der Führung der Amtsgeschäfte des bourgeoisen Staats durch privilegierte Personen, die von den Massen getrennt sind und über ihnen stehen". Entsprechend ist Bürokratismus „die Neigung, jedes Problem formal zu betrachten, und nicht als eines, das es mit menschlichen Wesen zu tun hat". Da nach der kommunistischen Theorie der bürgerliche Staat nur existiert, um die Interessen der Bourgeoisie zu fördern und die Massen auszubeuten, muß das auch für das Werkzeug, das er zu diesem Zweck verwendet, nämlich die Bürokratie, zutreffen, und daher wird mit ihm auch sie angegriffen. Gleichzeitig erkennt man, daß die Bürokratie eine Gefahr ist, der sogar kommunistische Organisationen ausgesetzt sind, und daher erklärt der „Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU (B)", daß „die Partei zugrunde geht ... wenn sie sich mit einer bürokratischen Kruste bedeckt".

Es war in der Tat unvermeidlich, daß in der Sowjetunion eine Bürokratie nicht nur entstand, sondern sogar gedieh, da ja in einem kommunistischen Regime jeder Wirtschaftszweig und jede Art von gesellschaftlicher Betätigung der Staatskontrolle unterworfen sind. Obwohl jedoch diese Entwicklung die logische Folge alles dessen war, wofür Lenin eintrat, machte er heftige Ein-

wendungen gegen die Bürokratie, weil sie für ihn mit dem Zarismus verbunden war, der wirklich bürokratisch war, während er als Kennzeichen der proletarischen, der bürgerlichen entgegengesetzten Demokratie ansah, daß sie die Massen in direkte Teilhabe an der Regierungsarbeit brachte. Er hatte keine Verwaltungserfahrung, und seine Ideen über diesen Gegenstand waren zur Zeit der Revolution von fast unglaublicher Naivität. Und obwohl er sich gezwungen sah, sie zu ändern, verließ ihn nie ganz die Vision eines Staates, den die Arbeiter völlig aus sich selbst verwalten würden, allerdings unter der Leitung der Partei, und immer wieder wird als Heilmittel für die Sünden der Bürokratie angeführt, daß die Teilhabe der Arbeiter wirksamer gestaltet werden muß.

Lenins Ahnungen wurden bestätigt, als die neue Beamtenklasse, die nach der Revolution entstand, die gleichen Mängel entwickelte wie die Klasse, die sie ersetzt hatte. Auf diese Mängel machte man auf mehreren Parteikongressen aufmerksam, z. B. 1952 auf dem Neunzehnten Kongreß, wo Malenkow unter Hinweis auf frühere kritische Bemerkungen Stalins erklärte, daß Bürokratie die Herausgabe von unnötigen Verordnungen und Entscheidungen bedeute und das Fehlen angemessener Maßnahmen zur Ausführung solcher, die nötig sind, und wo er nicht nur eine „Kontrolle von oben", sondern auch eine „von unten" verlangte; d. h., die Massen sollten zur Meldung ermutigt werden, wenn irgendeine Direktive toter Buchstabe blieb.

Es ist von Interesse, beiläufig zu bemerken, daß „Kontrolle von unten" eine Lieblingsidee Lenins war und im Jahre 1919 zur Schaffung einer Arbeiter-und-Bauern-Inspektion (Rabkrin) führte, welche die ganze Amtsmaschinerie überholen und Bestechung und Amtsschimmel enthüllen sollte. Isaak Deutscher hat darauf hingewiesen, daß sich die Medizin schlimmer als die Krankheit erwies. Die Aufsichtsbehörde wurde eine neue Quelle der Verwirrung und der Intrige, wie Lenin später entdecken sollte[1]. Aber ein Mann profitierte davon. Stalin war zu ihrem Kommissar ernannt worden, und er erlangte dadurch Kontrolle über den Regierungsapparat, die er bald auf den der Partei ausdehnte, womit er den Grund für seinen Machtaufstieg legte. Malenkows Hinweis mag daher nicht ohne Absicht gemacht worden sein.

In der Theorie ist die Bürokratie eine bürgerliche Erscheinung und existiert daher in der Sowjetunion nicht. Die „Große Sowjetenzyklopädie" versichert, daß das sowjetische Regierungssystem

---

[1] Stalin, 1949, S. 230f.

einen solchen Zustand der Dinge unmöglich macht, indem es die Arbeiter für die Aufgabe des Regierens gewinnt. Allerdings widmet sie dann eine halbe Spalte im Kleindruck einer Liste von antibürokratischen Maßnahmen der Regierung zu verschiedenen Zeiten[2]. Aber Lenin behauptete immer wieder, daß der Verwaltungsapparat, den aufzubauen er gezwungen gewesen war, keine Bürokratie errichtet habe, und Stalin, der ihn gewaltig vermehrt hat, sagte dasselbe. Das Grundargument ist, daß Regierungs- und Parteibeamte nur dann Bürokraten sind, wenn sie sich als solche benehmen. Aber es wird offen zugegeben, daß sie dazu neigen, und wenn ihre Verwaltung zu Beschwerden führt, so liegt das angeblich an ihrem Versagen, den Kontakt mit den Massen aufrechtzuerhalten, welcher den sowjetischen Funktionär von seinem bürgerlichen Gegenstück unterscheiden soll. Angriffe gegen die Bürokratie sind daher erlaubt und werden sogar ermutigt, da sie ein geeigneter Sündenbock für die eigentlich verantwortliche Regierung ist.

Demokratischer Zentralismus

Der Begriff des demokratischen Zentralismus scheint in russischen Marxistenkreisen schon geläufig gewesen zu sein, bevor er gedruckt gebraucht wurde. Er erschien zuerst in einer Erklärung, die zur Zeit der Konferenz der bolschewistischen Linken zu Tammerfors im Dezember 1905 herauskam, als festgestellt wurde, daß er die unbestreitbare Basis der Parteiorganisation sei. Da die Partei damals im Untergrund arbeitete, wurde das demokratische Element in dem Prinzip häufiger im Bruch als in der Befolgung geachtet. Es stellte sich als zweckmäßiger heraus, Mitglieder den Parteiorganisationen beizuordnen, als sie zu wählen, und Lenin selbst war immer bereit, demokratische Verfahren den Interessen der revolutionären Sache unterzuordnen. Das Prinzip wurde zum erstenmal auf dem Sechsten Parteikongreß im August 1917 den Parteistatuten eingefügt, aber da Lenin und die meisten Spitzenführer zu der Zeit entweder im Arrest oder im Versteck waren, erregte es nicht viel Interesse, und seiner Diskussion wurden nur einige Minuten gewidmet[1]. Die angenommene Formel wurde

[2] Barrington Moore jr., Soviet Politics: The Dilemma of Power, Havard 1951, S. 172.

[1] Barrington Moore jr., Soviet Politics: The Dilemma of Power, Harvard 1951, S. 67.

wörtlich wieder in die durch den Neunzehnten Kongreß 1952 revidierten Statuten aufgenommen. Der demokratische Zentralismus wurde bezeichnet als „leitendes Prinzip der organisatorischen Struktur der Partei" und definiert als:

a) Wählbarkeit aller leitenden Parteiorgane von unten bis zur Spitze;
b) periodische Rechenschaftslegung der Parteiorgane an ihre Parteiorganisationen;
c) strenge Parteidisziplin und Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit;
d) unbedingte Verbindlichkeit der Entscheidungen der höheren Organe für die niederen.

Das gleiche Prinzip wurde von der Komintern übernommen in der „Resolution über die Rolle der kommunistischen Partei", die von ihrem Zweiten Kongreß angenommen und in der „Prawda" vom 30. Juli 1920 veröffentlicht wurde; und Art. 12 der „Einundzwanzig Bedingungen für die Zulassung", der von demselben Kongreß gebilligt wurde, legte fest, daß „Parteien, die zur Kommunistischen Internationale gehören, auf dem Prinzip des ‚demokratischen Zentralismus' gegründet sein müssen", obwohl der Akzent lediglich auf den zweiten Teil des Schlagwortes gelegt wurde. Es wurde nämlich darauf hingewiesen, daß eine kommunistische Partei „in der gegenwärtigen Epoche des akuten Bürgerkriegs" ihre Pflicht nur erfüllen könne, „wenn ihre Organisation so zentralistisch wie möglich ist und wenn eiserne Disziplin herrscht". Jedoch fand das Prinzip seinen Weg in die endgültige Verfassung der Komintern, die auf dem Sechsten Kongreß im September 1928 angenommen wurde. Darin wurde es in denselben Ausdrücken definiert.

So formuliert, läßt der demokratische Zentralismus eine weitere und eine engere Auslegung zu. In seiner starrsten Form bedeutet er, daß die Entscheidungen der führenden Parteiorgane als Ausdruck des Parteiwillens ohne Frage befolgt werden müssen, als ob sie militärische Befehle wären, und daß Diskussionen auf den unteren Ebenen sich darauf beschränken müssen, darüber nachzudenken, wie ihnen am besten zur Wirkung verholfen wird. Nach einer gemäßigteren Auslegung sollte eine breitere Diskussion von Parteidirektiven erfolgen, bevor sie ausgegeben werden oder in Kraft treten. Die unteren Organe haben das Recht, ihre Ansichten den höheren zu unterbreiten, und können sie so lange überprüfen, bis die Frage dem Parteikongreß unterbreitet

ist, dessen endgültige Entscheidung sie annehmen müssen. Nach einer dritten Anschauung, die in den Jahren unmittelbar nach der Revolution laufend Anhänger fand, mußte jede Frage auf allen Ebenen bis hinunter zur Zelle diskutiert werden, und es war die Pflicht des Kongresses, die Wünsche der gewöhnlichen Sterblichen dazu zu erfüllen. Zu Lenins Zeiten schillerte die Bedeutung zwischen der ersten und der zweiten Auslegung, obwohl es nur zu natürlich ist, daß die Bedingungen der Heimlichkeit, unter denen die Partei vor der Revolution zu arbeiten hatte, und die Zeiten der Unruhe, die ihr folgten, den Zentralismus mehr begünstigten als die Demokratie. Lenin versuchte jedoch, solange er lebte, die beiden auszusöhnen, und er duldete nicht, einen Unterschied zu machen zwischen der Autorität „von oben" und der „von unten".

Dennoch ging die Entwicklung unausweichlich auf den Zentralismus. Doch war das, wie E. H. Carr zeigt, nichts der russischen Partei oder Lenin innerhalb dieser Partei Eigentümliches, denn in allen großen Ländern bewegten sich die politischen Parteien, und besonders die des proletarischen Typs, in der gleichen Richtung mit besonderer Betonung der Verpflichtung der Mitglieder, ihren gewählten Führern zu gehorchen. Verstärkt wurde diese Neigung in der Sowjetunion nach der Revolution noch durch die Änderung der Situation, die unweigerlich die Natur der Partei beeinflußte. Von einer revolutionären Organisation zum Umsturz der bestehenden Ordnung wandelte sie sich in den Kern der Regierungsmaschine; Macht wurde in den Händen einiger Führer konzentriert; und die Partei errang ein Monopol dadurch, daß sie alle andern ausmerzte[2].

Dieser Prozeß wurde unter Stalin beschleunigt. Die Parteikongresse traten in immer längeren Pausen zusammen und hatten dann keine Politik schaffenden Funktionen. Ihre Autorität wurde schon früh vom Zentralkomitee usurpiert, dessen Macht fast ebenso schnell von dem kleineren und fähigeren Politbüro und Sekretariat unterminiert wurde, bis Stalin sie schließlich selbst übernahm. Nach Chruschtschew wurden Vollversammlungen des Zentralkomitees in Stalins letzten Jahren nicht mehr einberufen. Selbst das Politbüro tagte nur gelegentlich, und politische Hauptfragen wurden ohne seine Anhörung entschieden. Unter der gegenwärtigen Losung der „kollektiven Führung" (s. d.) scheinen solche Fragen jetzt dem Zentralkomitee unterbreitet zu

---

[2] The Bolshevik Revolution I, S. 32 184.

werden, das insofern repräsentativ ist, als es sich aus Personen zusammensetzt, die im Parteiapparat Schlüsselstellungen einnehmen, obwohl seine Mitglieder nicht durch irgendeine Form eines Wahlverfahrens bestimmt werden und ihre Verantwortlichkeit dem Kongreß gegenüber schon lange eine konstitutionelle Fiktion ist. In der Tat ist das, was die gegenwärtigen Sowjetführer unter Demokratie zu verstehen scheinen, nicht eine Regierung durch echt repräsentative Organe, sondern ein weites Maß von Konsultation und Diskussion auf allen Ebenen; und obwohl das einen gesunden Fortschritt gegenüber der stalinistischen Autokratie darstellt, ist es doch weit entfernt von der demokratischen Praxis des Westens, wenn es auch einen ersten Schritt dahin bedeuten kann.

Dialektik

Da schon gelegentlich auf die Dialektik hingewiesen werden mußte, mag es wünschenswert erscheinen, etwas darüber auszusagen, was sie in dem marxistisch-leninistischen System bedeutet.

Die Philosophie des Kommunismus ist als dialektischer Materialismus bekannt. Sie ist materialistisch, weil sie behauptet, daß allein die materielle Welt Wirklichkeit besitzt und daß die Produkte des Geistes, z. B. die Ideen, nur Reflexe dieser materiellen Welt sind oder, genauer, des Systems der materiellen Produktion, das zu einer bestimmten Zeit vorherrscht. Aber sie ist auch dialektisch, was bedeutet, daß ein Wandel im Sinne der Entwicklung oder des Fortschritts ausnahmslos das Ergebnis eines Konflikts zwischen zwei entgegengesetzten oder widersprüchlichen Kräften oder Elementen innerhalb der so konzipierten Wirklichkeit ist. Diese Kräfte oder Elemente sind wechselweise These und Antithese, und das Ergebnis des Konfliktes zwischen beiden ist, daß sie in einer höheren Synthese vereinigt werden, die von beiden das enthält, was wert ist, bewahrt zu werden. Solch eine Synthese wird dann zur These und läßt ihre Antithese entstehen und schließlich eine neue Synthese. Dieser Prozeß ist unbegrenzt.

Die Dialektik ist also das Gesetz oder das Prinzip, gemäß dem ein Wandel entweder in der Natur oder in der Gesellschaft geschieht. Marx entlehnte die Auffassung von Hegel, entwickelte aber dessen Philosophie bewußt in anderer Richtung. Denn Hegel faßte als Idealist die Wirklichkeit völlig anders auf. In seinem

System wird die Wirklichkeit mit der Idee gleichgesetzt, welche Vernunft oder reiner Gedanke ist und sich durch einen Prozeß der Entfaltung entwickelt, bis sie vollständiges Bewußtsein ihrer selbst erreicht. Hegel suchte also zu zeigen, daß diese Entwicklung nach einem logischen Muster stattfindet und daß dies dialektisch ist, weil es die Form von Konflikt und Versöhnung der Kategorien annimmt, welche in den Prozeß des Denkens eintreten — nämlich Quantität, Qualität und dergleichen —, von denen jede, für sich genommen, einen Widerspruch in sich enthält und daher mit ihrem Gegensatz verbunden werden muß und so eine Synthese bildet, die zum Ausgangspunkt für die nächste Stufe der Entwicklung wird.

Marx verwarf Hegels Gleichsetzung der Wirklichkeit mit der Idee und identifizierte sie mit der materiellen Welt, von der wir nach seiner Ansicht nur durch Beobachtung und Experiment Kenntnis erlangen können. Aber er behauptete dann, daß diese materielle Welt von der Dialektik regiert wird; was bedeutet, daß Wandlungen in ihr nach demselben Gesetz oder Prinzip stattfinden, das Hegel angerufen hatte, um die Selbst-Entwicklung der Idee zu erklären, was wiederum mit anderen Worten bedeutet, daß die Materie von demselben Gesetz oder Prinzip regiert wird wie der Geist. So schrieb Engels in einem Brief an den deutschen sozialdemokratischen Wirtschaftswissenschaftler Conrad Schmidt:

„Hegels Dialektik ist auf den Kopf gestellt, weil sie die ‚Selbst-Entwicklung des Gedankens' sein soll, deren bloße Reflektion die Dialektik der Fakten ist, während doch in Wirklichkeit die Dialektik in unserm Kopf nur die Reflektion der tatsächlichen Entwicklung ist, die sich in der Welt der Natur und der menschlichen Geschichte gemäß den dialektischen Formen vollzieht."[1]

Das Eindringen dieser rein spekulativen Konzeption in das materialistische System hat zu nichts als Verwirrung geführt, denn alles, was in der Natur oder der Geschichte sich vollzieht, muß als Folge des dialektischen Konflikts der Gegensätze oder Widersprüche aufgewiesen werden. Die Beobachtung sagt uns z. B., daß Dinge sich bewegen. Aber Engels behauptet, das müsse das Ergebnis eines Widerspruchs sein; d. h. Bewegung im Sinne von Platzwechsel könne nur stattfinden, wenn ein Ding gleichzeitig am und nicht am gleichen Ort sei — ein Schluß, dem weder die Wissenschaft noch der gesunde Menschenverstand Unterstützung leihen. Seit Aristoteles ist es in der Tat ein Gemeinplatz der for-

[1] 1. November 1891.

malen Logik, daß zwar Voraussetzungen und Behauptungen widersprüchlich sein können, Dinge und Ereignisse aber nie[2]. Aber die marxistisch-leninistische Antwort darauf ist, daß das nur zeige, wie mangelhaft die formale Logik ist und wie sehr sie durch eine höhere dialektische Logik ergänzt werden muß. Doch kann man nicht zeigen, warum materielle Erscheinungen durch die Dialektik regiert werden müssen, und nach der Natur der Sache kann dafür nie ein wissenschaftlicher Beweis vorgebracht werden.

Die Anwendung der Dialektik auf die Geschichte der Entwicklung der Gesellschaft ist ebenso unzulässig. Sie führte Marx (und führt bis heute seine Nachfolger) dazu, häufig in willkürlichster Art zwei Erscheinungen, die sie als logische Widersprüche auszuwählen belieben, vorzustellen und diese dann zu der von ihnen gerade gewünschten Synthese zu versöhnen. Weil die Dialektik sich zu dieser Art von Geschichtsbehandlung anbot, wurde Marx von ihr angezogen. Sie lieferte ihm ein Prinzip, das benutzt werden konnte, um dem Lauf der Geschichte die von ihm gewünschte Richtung zu geben, und aus demselben Grund griff Lenin sie auf und verankerte sie in dem, was dann zum offiziellen Glaubensbekenntnis wurde. Kraft der Dialektik beansprucht die Partei, wie es der „Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU (B)“ ausdrückt, fähig zu sein, „sich in der Situation zu orientieren, den inneren Zusammenhang der rings um sie vorgehenden Ereignisse zu verstehen, den Gang der Ereignisse vorauszusehen und zu erkennen, nicht nur wie und wohin sich die Ereignisse gegenwärtig entwickeln, sondern auch wie und wohin sie sich künftig entwickeln müssen“. So liefert sie dem Marxismus-Leninismus seine Mystik. Sie ist das universale Gesetz, nach dem alle wie auch immer gearteten Dinge regiert werden und von dem die Gesetze der Natur- und Gesellschaftswissenschaften gleichermaßen Zeugnis ablegen; und diese Erkenntnis macht den Marxismus-Leninismus zur einzigen „wissenschaftlichen“ Erklärung der Wirklichkeit.

Diktatur des Proletariats

Den Begriff der Diktatur des Proletariats gebrauchte Marx in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ (1875), um die Form zu bezeichnen, die der Staat während der Periode der „revolutionären Umwandlung“ vom Kapitalismus zum Kommunismus an-

[2] Sidney Hook, Reason, Social Myths and Democracy, 1940, S. 202.

nimmt. Die einzigen andern Gelegenheiten, wo er diese besondere Formel benutzte, waren seine Schrift „Die Klassenkämpfe in Frankreich" (1850) und sein Brief an den deutschen Kommunisten Joseph Weydemeyer vom 5. März 1852, in denen er seinen eigenen Beitrag zur Theorie des Klassenkampfes lieferte. Weder hier noch in dem „Gothaer Programm" ging er auf Einzelheiten ein, aber es ist klar, daß er die Diktatur beabsichtigte, um das Werk zu vollenden, das die proletarische Revolution begonnen hatte.

Als Lenin in „Staat und Revolution" (geschrieben August/September 1917, aber erst Februar 1918 veröffentlicht) das Regime zu erklären versuchte, das nach der Machtergreifung seiner Partei errichtet werden würde, rief er Marx' Autorität an für die Behauptung, daß es nur eine Diktatur des Proletariats sein könne, und er betonte, daß wahrer Marxist nur sein könne, wer sie zusammen mit dem Klassenkampf anerkenne. Er fuhr fort, daß zwar Revolutionen, die den Kapitalismus vernichteten, zur Errichtung von verschiedenen Regierungsformen führen könnten, daß aber jede dieser Formen im wesentlichen eine Diktatur des Proletariats sein würde, die er als „einen Staat von bewaffneten Arbeitern" definierte und später in seiner Schrift „Die Diktatur des Proletariats und der Renegat Kautsky" (1918) als „eine . . . auf der Gewalt des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie begründete Herrschaft, die durch keinerlei Gesetze gebunden ist".

Lenins Behauptung in der letztgenannten Schrift: „Jeder weiß, daß die Diktatur des Proletariats der wahre Kern der Lehre Marx' ist", ist etwas seltsam, denn in seinen vielen Schriften vor 1917 hatte er diese Formel nie gebraucht. Anderseits ist auch das Argument seines Gegners Karl Kautsky, Marx denke nicht an „eine Regierungsform, sondern an die Situation, die entsteht, wenn das Proletariat die Macht ergriffen hat", nicht überzeugend, denn es ist klar, daß Marx und Engels unter Diktatur des Proletariats mehr verstanden. In der Einleitung zu der 1891 erschienenen deutschen Ausgabe von „Der Bürgerkrieg in Frankreich" (1871) weist Engels ausdrücklich auf die Pariser Kommune[1] als Beispiel für die Diktatur des Proletariats hin. Und in der revisionistischen Kontroverse desselben Jahrzehnts griff Eduard Bernstein[2] die gesamte Konzeption der Diktatur als undemokratisch an. Das zeigt, daß es zum mindesten einige gab, die wie Lenin sie als die Regierungsform ansahen, die das siegreiche Proletariat errichten würde.

[1] Vgl. Anm. d. Übers. S. 6. [2] Ebd.

In der Tat war ja Lenins ganzer Erfolg die Errichtung der Diktatur der Partei, die dann als zweckmäßige Fiktion mit dem Proletariat gleichgesetzt wird — dem fortgeschrittensten Teil der werktätigen Massen und der Klasse, die von der Geschichte vorherbestimmt ist, Kontrolle über die Produktionsmittel zu übernehmen —, so daß alles, was die Partei will, zum Willen der gesamten Gemeinschaft wird, der ganz verschieden von dem der konterrevolutionären Elemente ist. Ob das Proletariat vor oder nach der Revolution die Mehrheit bildet, ist unwesentlich; und die Formen einer Wahl oder einer Volksabstimmung durchzuführen, um zu entdecken, was die Mehrheit will, ist nicht nur unnötig, sondern unerwünscht, da die einzige erlaubte Schlußfolgerung aus einer Niederlage der Partei sein könnte, daß die Massen durch die reaktionären Kräfte verführt wurden. Dies ist eine weitere Illustration des Verbalismus, der die Begriffe so definiert, daß der gewünschte Schluß von selbst folgt.

In der marxistischen Theorie ist die Bourgeoisie die ausbeutende und das Proletariat die ausgebeutete Klasse. Das Ziel der Revolution ist also, dieser Ausbeutung durch Vernichtung der Bourgeoisie ein Ende zu bereiten, und das war es, woran sich die Bolschewisten machten. Die natürliche Schlußfolgerung aus Stalins Ankündigung bei der Einführung der Verfassung von 1936, daß „der Sieg des Sozialismus" in der Sowjetunion nunmehr errungen sei, war daher, daß das Proletariat aufgehört hatte, als Klasse zu existieren, da ja die Bourgeoisie beseitigt worden war. Stalin erklärte: „Das Proletariat der UdSSR ist in eine völlig neue Klasse umgewandelt worden, die Arbeiterklasse der UdSSR." Daraus ergibt sich, daß das Sowjetregime im strengen Sinne keine Diktatur des Proletariats mehr ist, und bei der Revision der Parteistatuten auf dem Achtzehnten Kongreß vom März 1939 wurde die Formel ersetzt durch „Diktatur der Arbeiterklasse". Die von dem Neunzehnten Kongreß 1952 gebilligten Statuten enthalten nur einen historischen Hinweis auf die Errichtung der Diktatur des Proletariats als eines Ergebnisses der Oktoberrevolution, und es wird festgestellt, daß sie einer der Faktoren war, der „die Bildung einer sozialistischen Gesellschaft gesichert" habe. Die Aufgabe der Partei ist es, diese Gesellschaft zu festigen und so den Weg für die Überführung in den Kommunismus zu bereiten.

Es war jedoch nur eine reine Namensänderung, und sie wurde lediglich um der ideologischen Genauigkeit willen unternommen. Die neue Formel ist nur auf die Sowjetunion anzuwenden, und selbst dort wird sie nicht immer verwendet, während anderswo

die alte beibehalten wird. So erklärt A. P. Kutschkin in einem Artikel mit dem Titel „Die verschiedenen Formen der Sozialistischen Revolution" in dem „Jungkommunisten" vom 7. Juli 1956: „Um die kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch sozialistische zu ersetzen, ist es wesentlich, die Herrschaft der Bourgeoisie zu beseitigen und eine Diktatur des Proletariats zu errichten." Dieses Beharren auf der Diktatur ist bezeichnend, denn der Zwanzigste Kongreß hatte festgelegt, daß es jetzt zumindest in einigen Ländern möglich sei, durch parlamentarische Mittel „den Sozialismus aufzubauen", und das hat in gewissen Kreisen zu dem Glauben geführt, daß die kommunistischen Parteien solcher Länder instruiert würden, in echte Zusammenarbeit mit andern „Arbeiterparteien" einzutreten. Doch ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß es nicht nur kein Zugeständnis an die bürgerliche Ideologie geben darf, die jahrelang unterstützt zu haben die sozialistischen Parteien beschuldigt werden, sondern daß der Sieg des Sozialismus nur unter der Führung der Arbeiterklasse — d. h. der kommunistischen Partei — errungen werden kann und durch proletarische Diktatur durchgeführt werden wird. Ein Artikel von G. Anatoljew, veröffentlicht im „Internationalen Leben" vom 10. Oktober 1956, macht die Position klar: „Der Marxismus glaubt, daß die Diktatur des Proletariats in der Übergangsperiode unter allen Umständen der Wesenskern der sozialistischen Revolution ist. Der parlamentarische Weg zum Sozialismus ist unmöglich ohne die Errichtung dieser Diktatur."

Es ist interessant, zu bemerken, daß die chinesische Kommunistische Partei sich bis 1956 weigerte, zuzugeben, daß die Diktatur des Proletariats während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus notwendig sei. Das im September 1949 errichtete Regime wurde als eine „Regierung der vier Klassen" bezeichnet, nämlich der nationalen Bourgeoisie, des Kleinbürgertums und der Bauern unter der Führung des Proletariats. Es scheint jedoch, daß die russischen Führer auf dem Zwanzigsten russischen Parteikongreß darauf bestanden haben, daß ihre chinesischen Genossen die Diktatur des Proletariats ihrer Ideologie als Zentralbegriff des Leninismus einverleiben, wenn sie es ihnen auch freistellten, sie nach eigenem Belieben zu interpretieren. Wie dem auch sei, jedenfalls ist der Ausdruck seither in einer Anzahl von chinesischen Parteiveröffentlichungen erschienen[3].

---

[3] Benjamin Schwartz, New Trends in Maoism (Problems of Communism [Juli/August 1957] S. 5).

Der Dogmatismus — oder Talmudismus[1], wie Stalin ihn gelegentlich genannt hat — wird in dem „Kurzen Philosophischen Wörterbuch" definiert als „die blinde, unbesehene, unkritische Annahme eines Dogmas, ohne Rücksicht auf die Bedingungen seiner Anwendung"; das heißt als die Auffassung, daß der Marxismus-Leninismus eine Sammlung von feststehenden Prinzipien ist, die „fertige Lösungen" für alle entstehenden Probleme liefert. Das Wörterbuch weist darauf hin, daß Marx und Engels immer betont haben, ihre Lehre sei „kein Dogma, sondern eine Anleitung zur Aktion", daß Lenin immer gegen die dogmatische Verflachung des Marxismus gekämpft und Stalin dasselbe getan habe.

Die marxistisch-leninistische Theorie stellt dem Dogmatismus den „schöpferischen Marxismus" gegenüber, der definiert wird als „echt revolutionärer Marxismus", als „Anleitung zu revolutionärer Aktion", als „eine progressive Wissenschaft, die nicht stillsteht, sondern sich mit dem Leben vorwärts bewegt und das Leben vorwärts bewegt". Als Beispiel wird angeführt, was Stalin nicht ohne Grund in seiner Schrift „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft" (1950) sagte, als er alle die als „Buchstabengelehrte und Talmudisten" angriff, die sich auf Engels Behauptung beriefen, daß der Staat nach der sozialistischen Revolution verschwinden würde — eine bestürzende Voraussage, die Stalin in seinen Berichten an den Sechzehnten, Siebzehnten und Achtzehnten Kongreß in den Jahren 1930, 1934 und 1939 wegzuerklären versucht hatte.

Ein Artikel in dem „Journal des Kominform" vom 4. August 1950 wies ferner darauf hin, daß, während „in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ... Marx und Engels gefolgert hatten, daß eine sozialistische Revolution nicht in einem einzigen Land siegreich sein könne und daß sie nur als Resultat eines vereinten Schlages in allen oder in den meisten zivilisierten Ländern siegreich sein könne ...", Lenin, der die marxistische Theorie fortentwickelte, zu dem Schluß kam, unter den neuen Bedingungen der Entwick-

[1] Die zweite Auflage der „Großen Sowjetenzyklopädie" sagt: „Für den Talmud sind charakteristisch die Heiligung der Klassenungleichheit, der Sklaverei, der Vormachtstellung der Rabbiner, der nationalen Abgesondertheit, der demütigen, erniedrigten Stellung der Frau nnd die Predigt von Unterwürfigkeit und Demut an die Werktätigen." Sie definiert einen Talmudisten (in übertragenem Sinne) als „Buchstabengelehrten, Dogmatiker, Scholastiker, Haarspalter".

lung könne die sozialistische Revolution sich in jedem einzelnen Land als siegreich erweisen". Der Artikel erklärte, daß sich diese Schlußfolgerungen „nicht nur widersprechen, sondern gegenseitig ausschließen", ging aber dann dazu über, die als „Buchstabengelehrte und Talmudisten" zu verdammen, die behaupteten, daß die eine oder die andere daher falsch sein müsse, denn jede sei für ihre eigene Zeit richtig gewesen, die erste für die Zeit des Prä-Monopolkapitalismus und die zweite für die des Monopolkapitalismus.

Nun stimmt es, daß politische Prinzipien immer mit einer gewissen Biegsamkeit angewandt werden müssen wegen der notwendigen Anpassung an gewandelte gesellschaftliche Bedingungen. Jede Doktrin muß ferner, wenn sie nicht verknöchern soll, ein Prinzip der Entwicklung enthalten, so daß sich Stalin auf unangreifbarem Boden befand, als er behauptete, daß der marxistisch-leninistische Glaube nicht als eine Sammlung von Formeln angesehen werden dürfe, „die für jede Periode und jedes Land, für jede denkbare Möglichkeit gilt". Was aber seine Feststellung wertlos macht, ist, daß der Doktrin nie gestattet wurde, sich frei zu entwickeln, da ihre Anwendung auf eine besondere Situation bestimmt wurde durch den Machtspruch einer „Elite" und schließlich durch ihn selbst.

Biegsamkeit ist in der Tat der Kunstgriff, der es den Kommunisten ermöglicht, den unhaltbaren Lagen, welche die Starrheit ihrer Doktrin schafft, zu entrinnen und die Widersprüche zwischen Theorie und Praxis auszugleichen, wenn diese so schreiend werden, daß sie Verlegenheit hervorrufen.

Formalismus

Das „Politische Wörterbuch" definiert als Formalismus, „die äußere Seite einer Frage" in den Vordergrund zu stellen und „die Ablösung der Form vom Inhalt"; und Art. 3b der revidierten Parteistatuten von 1952 legt fest, daß „eine passive und formale Haltung seitens der Kommunisten gegenüber den Entscheidungen der Partei deren Kampffähigkeit schwächt und daher unvereinbar mit der Mitgliedschaft ist". Der Begriff wird grundsätzlich in zwei Zusammenhängen gebraucht — der öffentlichen Verwaltung und dem kulturellen Gebiet. Im ersten ist er praktisch gleichbedeutend mit Bürokratismus, d. h. mit der mechanischen Ausführung von Befehlen, ohne in ihren Geist einzudringen. Das Wörterbuch

führt als Beispiel den Fall eines Rayonkomitees in Kasachstan an. Das Zentralkomitee der Republik hatte eine Entschließung gefaßt, dahingehend, daß ein Typ sogenannter „zyklischer Arbeit" in den Bergwerken eines bestimmten Gebiets nicht zufriedenstellend angewandt würde. Das Rayonkomitee des Gebiets hatte darauf Instruktionen herausgegeben, daß jede Parteiorganisation in den verschiedenen Gruben die Angelegenheit bei der nächsten Versammlung diskutieren solle, ohne Rücksicht darauf, daß in einigen von ihnen das neue System eingeführt und erfolgreich gehandhabt worden war. Der Sekretär einer dieser Gruben wünschte eine andere Angelegenheit auf die Tagesordnung zu setzen, aber der Rayonsekretär verbot das und bestand gegen alle Vernunft darauf, daß nur die Frage der „zyklischen Arbeit" erörtert werden durfte. Die Moral ist, daß solche Handlungsweise die Initiative erstickt und zur Unterdrückung einer Diskussion über wirklich wichtige Fragen führt.

Auf das kulturelle Gebiet angewandt, ist Formalismus ein Deckbegriff, der mehrfach in herabsetzendem Sinn gebraucht wird. Er sagt aus, daß ein Künstler — sei er Schriftsteller, Maler oder Komponist — sich mehr mit dem formalen Aspekt seines Gegenstandes als mit dem Inhalt seines Werks beschäftigt; und in diesem Sinn wird er gebraucht, um Experimente in neuen Formen anzuschwärzen; oder er bezeichnet die Auffassung der sogenannten „formalistischen" Schule russischer Schriftsteller, die sich 1916 als Gruppe organisiert hatten und endgültig abgeschlossen wurden, als 1934 die Lehre vom „sozialistischen Realismus" (s. d.) verkündet wurde, die Auffassung nämlich, daß Literatur primär eine Sache der Wörter und nicht der Ideen sei und daß sich die ästhetische Kritik mit den Arten des Ausdrucks befassen solle[1]. Allgemeiner steht Formalismus für eine Gesamtablehnung alles dessen, was sich in dem Schlagwort „Kunst um der Kunst willen" zusammenfassen läßt — der Ansicht also, daß die Kunst nach eigenem Recht existiert und eigenen Gesetzen unterworfen ist. Solch eine Lehre ist dem Kommunismus völlig fremd, denn in ihm ist alles Denken und alles Handeln von gesellschaftlicher Bedeutsamkeit. Die Kunst ist daher Dienerin des Zieles, das der Kommunismus zu erreichen trachtet, des Aufbaus der neuen Gesellschaft, und hat ihre Berechtigung nur, soweit sie dies Ziel fördert.

---

[1] Zur Geschichte dieser Schule vgl. Victor Erlich, Russian Formalism, Den Haag 1955, und die Besprechung darüber in: The Times Literary Supplement vom 28. Juli 1955.

Von allen Künsten setzt sich die Literatur am häufigsten dem offiziellen Tadel aus. Hier bedeutet der Vorwurf des Formalismus gemeinhin, daß ein Schriftsteller der Handlung, der Charakterisierung und der Schilderung zuviel Aufmerksamkeit geschenkt hat und daß seinem Werk die erforderliche inspiratorische Qualität abgeht. Er wird ferner wahrscheinlich des Formalismus angeklagt, wenn er in allgemeinen Begriffen von dem Problem einer menschlichen Beziehung handelt und ohne Hinweis auf die offiziell vorgeschriebene Ansicht. Die Bedeutung von Formalismus in diesem Sinne kann am besten mit dem Wort „Ideenlosigkeit" wiedergegeben werden, wobei unter Ideen natürlich die der Partei gemeint sind.

Doch sind das nicht die einzigen Fallen, in die er geraten kann. Er kann des Naturalismus angeklagt werden — des Irrtums, sich ungebührlich auf die schmutzigen Aspekte des Lebens zu konzentrieren und dabei den Mut und den Optimismus zu übersehen, welche die Arbeiter inspirieren, sich über sie zu erheben. Er kann aber auch versucht haben, das Richtige zu tun, aber wenn sein Werk vom professionellen Standpunkt aus so schlecht ist, daß es sogar nach Parteimaßstäben unannehmbar ist, wird man ihm sagen, daß er des Schematismus schuldig ist.

Der Begriff wird ferner ausgedehnt auf künstlerische Formen, die angeblich die Fassungskraft der Massen übersteigen, und so wird er gebraucht, um die hochentwickelteren Formen des Westens zu verdammen; und als Shdanow zu Stalins „arbiter elegantiarum" ernannt worden war, wurde das Vorherrschen solcher Formen als Verrat an der einheimischen sowjetischen Kultur und als Kotau vor den dekadenten bürgerlichen Maßstäben gebrandmarkt[2]. Die bildenden Künste und die Musik setzen sich vor allem der Kritik dieser Art aus. Zur Zeit der Revolution hatten die russischen Künstler die extremsten europäischen Formen nicht nur übernommen, sondern sie sogar überholt und hatten den bestehenden „-ismen" noch eine ganze Zahl eigener hinzugefügt. Da diese Schulen in der Verachtung „bürgerlicher" künstlerischer Maßstäbe übereinstimmten, glaubten sie, die Revolution zu unterstützen. Aber in der Kunst und auch in der Literatur war Lenins Geschmack ausgesprochen bürgerlich und traditionalistisch. Er

[2] Das gab damals Anlaß zu der Anekdote, daß Shdanow dabei wäre, ein Dekret herauszugeben, das die Sonne anklagte, im Westen zu sinken, da das Wort „sinken" im Russischen gebraucht wird für den Kotau vor der westlichen Kultur, dessen diese Personen angeklagt waren.

lehnte die „moderne" Kunst ab und hatte wenig Sympathien für die Erzeugnisse der „Proletkult"-Bewegung, die Ende 1917 unter der Schutzherrschaft Lunartscharskijs gegründet worden war, um das Proletariat zu ermuntern, eigene „revolutionäre" Formen zu entwickeln. Hätte er die Formalisten und ähnliche Gruppen erlebt, hätte er sie wahrscheinlich auch abgelehnt, wenn auch wohl nicht so wie Stalin. Denn deren Ansichten waren mit seiner Philosophie völlig unvereinbar. Wenn es nämlich, wie er behauptete, eine „objektive absolute Wahrheit" gibt, der wir uns innerhalb der Grenzen unseres Wissens nähern, wird die Kunst an diese Wahrheit nur insoweit herankommen, als sie objektiv ist und sich eng an das „reale Leben" hält, wobei letzten Endes Leben so aussehen muß, wie die kommunistische Propaganda es abgebildet haben will.

Die Sowjetkünstler sind also in der Wahl und der Behandlung ihrer Gegenstände stark beschnitten; und abgesehen von Bildern, die Lenin und Stalin bei dieser oder jener historischen Gelegenheit darstellen, müssen sie sich auf den „neuen Sowjetmenschen" in Industrie und Landwirtschaft beschränken und auf die Schilderung dessen, was seine Aspirationen und Gefühle sind oder besser sein sollen. Die Arbeit muß als schöpferisch und schön dargestellt werden, und die darin Beschäftigten müssen entweder heroische Tatkraft entfalten oder doch wenigstens so erscheinen, als ob sie mit großer Freude dabei wären[3].

Ähnliche Erwägungen stellte man für die Musik an, wo das Kennzeichen wiederum war, daß sie inspiratorisch, einfach und „beliebt bei den breiten Massen" sein sollte. Unter Shdanows Leitung wurde der Feldzug für ideologische Orthodoxie auf diesem Gebiet durch die Entschließung des Zentralkomitees vom 10. Februar 1948 eingeleitet, die V. Muradelis Oper „Die große Freundschaft" verdammte. Diese war im vorhergegangenen Jahr aus Anlaß der dreißigsten Wiederkehr der Oktoberrevolution entstanden. Nun entdeckte man, daß sie „sowohl in der Musik als auch im Gegenstand fehlerhaft und unkünstlerisch" sei[4]. Die Entschließung bemängelte, sie habe nicht „eine Melodie oder Arie, die man behalten kann", denn die Szenen, die „melodische Anläufe" machten, würden „plötzlich unterbrochen von miß-

[3] Als interessanten Beitrag zu diesem Gegenstand vgl. Jacob Landy, Sovjet Painting and Socialist Realism, in: Problems of Communism, Nr. 3/4 (1952) S. 15–25.

[4] Der Text ist abgedruckt in Andrey Olkovsky, Music under the Soviets, New York 1955, S. 280–285.

tönenden Geräuschen, die dem menschlichen Ohr fremd und für den Zuhörer bedrückend sind". Darüber hinaus habe die Handlung, die angeblich den Kampf um die Errichtung der Sowjetmacht im Nordkaukasus in den Jahren 1918–31 beschreiben wollte, den falschen Eindruck erweckt, daß die kaukasischen Völker seinerzeit den Russen feindlich gewesen wären, während das doch nur für die später von Stalin deportierten Inguschen und Tschetschenen zutreffend gewesen sei. Die Resolution tadelte ferner wegen „formalistischer Perversion und antidemokratischer Tendenzen" alle bedeutenderen sowjetischen Komponisten, darunter Schostakowitsch (der schon 1935 in Schwierigkeiten geraten war), Prokofjew und Chatschaturjan. Der Erste Unions-Kongreß der Sowjetkomponisten im April 1948 pflichtete dem oben Gesagten bei und veröffentlichte ein Buch mit dem Titel „Die Wege der Entwicklung der Sowjetmusik", das in seinem Schlußwort feststellte: „Die fundamentale Aufgabe der Sowjetkomponisten, die ihr Werk auf den Prinzipien des sozialistischen Realismus basieren, ist es, die Leitideen der gegenwärtigen Zeit in einer einfachen, natürlichen musikalischen Sprache auszudrücken, die dem Volk verständlich ist, aber mit der ganzen Kraft ästhetischen Einflusses."[5]

Es braucht kaum hinzugefügt zu werden, daß die kommunistischen Parteien der Satellitenstaaten eiligst die gleiche Linie verfolgten. So erinnerte der polnische Kommunist Sikorski an den scharfen Kampf gegen den Formalismus auf einem Kongreß von Musikern im Juni 1950 und erklärte, daß als Ergebnis eine „neue polnische Musik", die auf Volksliedern basierte und bei den Massen beliebt war, im folgenden Herbst zu entstehen begann. Ähnlich wies der ungarische Parteiführer Jozsej Revai darauf hin, daß der Formalismus im Sinne der „Nachahmung dekadenter westlicher Kunst" bis 1948 geblüht habe, aber daß er nun dem sozialistischen Realismus weiche. Er stellte fest, die Musiker hätten sich am langsamsten eingeordnet, jetzt aber erkannt, daß „die Musik realistisch, populär und melodisch sein muß, um die Gefühle des Volkes, das den Sozialismus aufbaut, auszudrücken". Seit dem Tode Stalins spricht man sehr viel weniger von Formalismus und seinen Gefahren. Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß das letzte Wort darüber schon gesagt ist, und er hat immer noch seinen Platz unter den Irrtümern, in die ein Schriftsteller, Künstler oder Musiker fallen kann und gegen die die Autoritäten einzuschreiten sich das Recht vorbehalten.

---

[5] Ebd. S. 50.

Fraktionalismus

Es war ein unvermeidliches Ergebnis des Chaos nach der Oktoberrevolution, daß die Parteiführung immer häufiger gezwungen war, auf eigene Verantwortung und ohne die Partei als ganze zu befragen, wichtige Entscheidungen vor allem in wirtschaftlichen Angelegenheiten zu treffen. Das führte zu der Frage, wieweit eine Opposition gegen diese Entscheidungen mit der Parteidisziplin vereinbar sei. Das Unbehagen innerhalb der Partei verdichtete sich während des Sommers und des Herbstes 1919 in die später von Lenin spöttisch benannte „Arbeiteropposition", deren Programm die industrielle Führung durch die Gewerkschaft und eine unmittelbarere Teilnahme aller an der Lenkung der Politik verlangte. Im Januar 1920 wurde die Rolle der Gewerkschaften in zahlreichen Presseartikeln erörtert, in denen die Führer auseinandergehende Meinungen vertraten. Als die Angelegenheit im folgenden März auf dem Zehnten Parteikongreß aufgerollt wurde, nahm eine große Mehrheit Lenins Standpunkt ein, aber die „Arbeiteropposition" war viel stärker, als die Abstimmung anzeigte, und ihre Führer kündigten an, daß sie in der Partei bleiben und ihr Recht auf Freiheit der Kritik ausüben wollten, um die Entscheidung zu ändern.

Wie immer wurde Lenin wütend, als die Politik, die er für wesentlich hielt, aus theoretischen Gründen angefochten wurde; und es gelang ihm, auf dem Kongreß zwei Entschließungen durchzubringen. Die erste: „Über die syndikalistische und anarchistische Abweichung in unserer Partei", erklärte die Verbreitung der Ansichten der Arbeiteropposition für „unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei"; die zweite: „Über die Einheit der Partei", bestand darauf, daß umstrittene Fragen der Erörterung durch die Partei als ganze unterworfen werden sollten und nicht „der Erörterung durch Gruppen, die sich auf dem einen oder andern Programm gebildet haben". Das letzte wurde als „Fraktionalismus" verdammt. Die Resolution definierte ihn als „die Entstehung von Gruppen mit besonderen Plattformen und mit dem Bestreben, sich bis zu einem bestimmten Grade abzuschließen und eine eigene Gruppendisziplin zu schaffen"[1]. Das Zentralkomitee wurde aufgefordert, seine „völlige Abschaffung" herbeizuführen. Eine Geheimklausel — „Punkt 7" —, die erst auf dem Dreizehnten Kongreß 1924 veröffentlicht wurde, er-

---

[1] Carr, The Bolshevik Revolution, S. 200ff.

mächtigte das Zentralkomitee, Disziplinarmaßnahmen gegen jedes seiner Mitglieder, das des fraktionellen Verhaltens für schuldig befunden wurde, zu ergreifen.

Diese Entscheidung stärkte die Parteimaschine sehr und war ein Markstein in der Entwicklung der Konzeption einer monolithischen Partei. Bis dahin hatte man von den Mitgliedern treue Ausführung der Parteibeschlüsse gefordert, aber sie hatten sie kritisieren können, solange sie noch nicht gefaßt waren. Jetzt war eine solche Kritik nur erlaubt, wenn sie nicht organisiert war, andernfalls wurde sie zum Fraktionalismus. Wenn das auch nicht Lenins Absicht gewesen sein mag und gewiß nicht hätte sein sollen, so war doch das Ergebnis, daß es für jedes Parteimitglied heikel wurde, offen Kritik zu üben. Wenn nämlich andere seine Ansicht teilten, konnte man die Gruppe schnell als Fraktion erscheinen lassen. Das war jedenfalls die Politik, die Stalin später verfolgte, um jede Opposition, als der Parteidisziplin zuwiderlaufend, zu vernichten.

Der Kern des Fraktionalismus ist also die Organisation von Oppositionsgruppen. Wieweit die gegenwärtigen Sowjetführer die Bildung solcher Gruppen zulassen, bleibt abzuwarten. Aber der Fraktionalismus wird immer noch offiziell verdammt. Das „Politische Wörterbuch“ definiert ihn nämlich so: „Besondere Gruppen innerhalb der proletarischen Parteien mit von der Parteilinie abweichenden Ansichten und mit eigener Gruppendisziplin, welche die Parteidisziplin unterminiert.“

Gleichmacherei

Marx und Engels behaupteten, daß „Gleichheit“ genauso wie „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ bedeutungslos seien, solange die „Ausbeutung“ bestehe. So erklärte Engels im „Anti-Dühring“, das Proletariat habe, als die Bourgeoisie den Schrei nach Gleichheit im Kampf gegen den Feudalismus erhoben habe, mit eingestimmt; während aber die Forderung der Bourgeoisie auf Abschaffung des Klassenprivilegs gerichtet gewesen sei, habe das Proletariat aus tieferer Einsicht die Abschaffung der Klassen selbst gefordert. Und das, erklärt er, sei „der wahre Gehalt der proletarischen Forderung nach Gleichheit, . . . und jede darüber hinausgehende Forderung verkehrt sich in Ungereimtheit.“

In seiner „Kritik des Gothaer Programms“ sah Marx es als selbstverständlich an, daß es vollständige Gleichheit in einer völlig

kommunistischen Gesellschaft geben würde, auf die das Wort: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen", zutreffen würde. Aber er sagt nicht, wie ein solcher Zustand, der unter anderm eine völlige Umwandlung der menschlichen Natur erfordern würde, herbeigeführt werden soll, und er macht klar, daß er sich nur mit der Gesellschaft beschäftigt, wie sie aus dem Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung entsteht, und daß in dieser Gesellschaft die Menschen immer noch „nach ihrer Arbeit" bezahlt werden; d. h. also nach den Diensten, die sie der Gemeinschaft leisten, und diese sind notwendigerweise ungleich. Seine Haltung scheint gleich der von Engels zu sein, wenn sie auch weniger klar ausgedrückt ist.

Lenin pflichtete der These von Engels voll und ganz bei. In einer Rede am 6. Mai 1919 erklärte er:

„Engels hatte tausendmal recht, als er schrieb, daß jede Forderung nach Gleichheit, die über die Forderung nach Abschaffung der Klassen hinausgeht, ein dummes und albernes Vorurteil ist. Bürgerliche Professoren haben versucht, das Argument der Gleichheit zu gebrauchen, um uns bloßzustellen, indem sie sagten, wir wünschten alle Menschen gleichzumachen ... Aber dank ihrer Ignoranz wußten sie nicht, daß die Sozialisten ... und besonders die Begründer des modernen wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, gesagt haben: Gleichheit ist ein leeres Wort, wenn man nicht unter Gleichheit die Beseitigung der Klassen versteht, und in dieser Hinsicht sind wir für Gleichheit. Aber die Behauptung, daß wir alle Menschen einander gleichmachen wollen ..., ist eine dumme Erfindung der Intellektuellen."[1]

Jedoch bezeichnete Lenin in „Staat und Revolution", geschrieben im August 1917, um den von der Revolution geschaffenen Typ der Gesellschaft zu erklären, die Reduzierung der Gehälter aller Staatsfunktionäre auf das „Niveau des Arbeiterlohnes" als eine „einfache und selbstverständliche demokratische Maßnahme", und darin folgte er Marx, der die Pariser Kommune wegen der Einführung dieser Praxis in seiner Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich" gerühmt hatte. In derselben Schrift behauptete Lenin tatsächlich, es sei ein „unmittelbares Ziel" der Revolution, das oben Gesagte auf „Techniker, Aufseher und Buchhalter wie auf alle Staatsbeamten" anzuwenden, und es schien ja auch keinen Grund zu geben, warum das nicht sein sollte, da der Kapitalismus nach seiner Ansicht die gesamte Verwaltung zurückgeführt hatte

---

[1] Zitiert von Stalin in seinem Bericht an den Siebten Kongreß 1934.

auf „so einfache Operationen wie Registrierung, Buchung, Kontrolle, daß alle Leute, die des Lesens und Schreibens kundig sind, diese Funktionen auszuüben imstande sein werden".

Das war eine Illusion, wie er bald entdeckte. Schon in der Schrift „Können die Bolschewisten die Staatsmacht behalten?" (Oktober 1917) sagte er einschränkend: „Wir werden Gleichheit der Bezahlung für alle Arbeit in vollem Umfang wahrscheinlich nur allmählich einführen und den Fachleuten für die Übergangsperiode höhere Löhne belassen." Abgesehen von der den Parteimitgliedern zuerst auferlegten Verpflichtung, kein höheres Gehalt als die „Arbeiterlöhne" anzunehmen, gab es zwei deutliche Probleme — die Gleichheit der Vergütungen für Spezialisten, die zur Mehrzahl Mitglieder der Bourgeoisie waren, und für die Arbeiter als einer Klasse. Es gelang Lenin nur mit gewissen Schwierigkeiten, die Partei zu überreden, die ersten nach ihrem Marktwert zu entlohnen. Allerdings wurde ihre Beschäftigung immer nur als vorübergehende Notwendigkeit angesehen. Was aber die Arbeiter anbetraf, so wurde die Gleichheit der Bezahlung nie praktiziert, da von Anfang an die Natur der Arbeit und die Qualifikation der Arbeiter in Betracht gezogen wurden. Schon im Januar 1919 hatte der Erste Allrussische Kongreß der Gewerkschaften entschieden, daß die Lohnpolitik auf Anreizen basieren müsse, z. B. auf Akkordarbeit und auf streng festgesetzten Normen, wo Akkordarbeit nicht möglich war. Der Kongreß teilte alle Gruppen, das Verwaltungspersonal wie die Industriearbeiter, in zwölf Kategorien, eingestuft nach Graden der Fähigkeit, mit einem Unterschied im Verhältnis von 1:1,75. Das war, wie E. H. Carr[2] feststellt, wenn auch weit entfernt von Gleichheit, eine Verbesserung gegenüber dem Unterschied zwischen gelernter und ungelernter Arbeit vor 1914. Im April 1919 wurden die Gehälter hoher Parteibeamter auf 2000 Rubel festgesetzt oder zwei Drittel des höchsten Gehalts für technisches und administratives Personal. Obwohl das vom ursprünglichen Prinzip abwich, war es doch ein Zugeständnis an den Hang zum Idealismus und zur Askese, welche die Bolschewistische Partei zuerst gekennzeichnet hatten, als sich die Parteimitglieder berufen fühlten, ein gutes Beispiel zu geben. Die NEP-Periode[3] markierte den Rückzug von der Gleichmacherei und schuf eine Situation, in der die Lohnunterschiede ganz ähnlich denen der kapitalistischen Länder auf einer ähnlichen Stufe der

---

[2] The Bolshevik Revolution II, S. 202f.

[3] Vgl. Anm. d. Übers. S. 6.

wirtschaftlichen Entwicklung waren[4]. Dennoch blieb die Tradition, daß Gleichheit das Ideal darstelle, während der zwanziger Jahre bestehen, bis Stalin sie in seiner „urawnilowka"-Rede vom 23. Juni 1931 ein für allemal verwarf. Er schrieb den Mangel an Fortschritt im ersten Fünfjahrplan der „linksradikalen Praxis der Lohngleichmacherei" zu, die, wie er erklärte, bedeutet hatte, daß in vielen Fabriken der Unterschied zwischen gelernter und ungelernter Arbeit praktisch verwischt war. Wie gewöhnlich, behauptete er, wenn auch diesmal vielleicht mit mehr Recht, als es sonst der Fall war, daß seine Politik kein Abweichen vom kommunistischen Kanon bedeute:

„Marx und Engels haben gesagt, daß der Unterschied zwischen gelernter und ungelernter Arbeit selbst im Sozialismus bestehen würde, sogar nach der Abschaffung der Klassen; daß nur im Kommunismus dieser Unterschied verschwinden würde und daß daher, selbst im Sozialismus, die Löhne nach der geleisteten Arbeit und nicht nach den Bedürfnissen gezahlt werden müßten. Aber die Gleichmacher unter unsern Wirtschaftsführern und Gewerkschaftsfunktionären stimmen nicht zu und glauben, daß im Sowjetsystem der Unterschied bereits verschwunden sei. Wer hat recht, Marx und Engels oder die Gleichmacher?"

In seinem Bericht an den Siebten Kongreß am 26. Januar 1934 kam er mit noch stärkeren Ausdrücken auf das gleiche Thema zurück. Er behauptete, jeder „wirkliche Leninist" wisse, daß die Forderung nach „Gleichmacherei auf dem Gebiet der Bedürfnisse und des individuellen Lebens ein Stück reaktionärer, kleinbürgerlicher Ungereimtheit sei, würdig einer Sekte primitiver Asketen", und er argumentierte diesmal, obwohl sozialistische und kommunistische Gesellschaften unterschieden werden müßten, gehe „der Marxismus von der Annahme aus, daß Geschmack und Bedürfnisse des Volkes nicht identisch sein können, gleich an Qualität oder Quantität, in der Periode des Sozialismus und in der Periode des Kommunismus".

So ist George Orwells Spott: „In der Sowjetunion sind alle Menschen gleich, aber einige sind gleicher als andere", nicht ganz fair, da sogar Lenin schon früh die Gleichmacherei aufgab, es sei denn als äußerstes Ziel. Gewiß aber hätten Marx und Engels es nicht richtig gefunden, daß die Unterschiede in Löhnen und Gehältern, die notwendigerweise Schranken zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen errichten, in einem sozialistischen Land

---

[4] Barrington Moore jr., a. a. O. S. 184.

größer sind als in andern, wie es heute in der Sowjetunion der Fall ist und ein ernsthaftes Problem für die Regierenden geschaffen hat. Doch war der Prozeß unvermeidlich, nachdem Stalin einmal entschieden hatte, daß dem raschestmöglichen Aufbau der inneren Stärke der Sowjetunion alles geopfert werden müsse; und diese Politik, deren Schlagwort „Sozialismus in einem Land" war, wurde eingeführt, als es offensichtlich wurde, daß Lenins Glaube, der Westen sei reif für eine Revolution, der Grundlage entbehrte und daß die Sowjetunion allein in einer Welt stand, die in eine feindliche zu verwandeln Theorie und Praxis ihr Äußerstes taten. Da also nur der Grad der industriellen Entwicklung zählte, haben die sowjetischen Herrscher wenig Interesse an Minimallöhnen gezeigt. Sie haben materielle Anreize bis zur äußersten Grenze benutzt und so eine Gesellschaft geschaffen, die entschieden weniger gleichförmig ist als irgendeine des Westens.

Großmacht-Chauvinismus

Das „Politische Wörterbuch" definiert Großmacht-Chauvinismus als „nationale Politik der Bourgeoisie eines Landes mit Vormachtstellung, das andere Nationen ausbeutet und unterdrückt"; als ein Phänomen also, das der kapitalistischen Welt eigentümlich ist. Noch viele Jahre nach der Revolution sahen es die Bolschewisten als selbstverständlich an, daß auch das zaristische Rußland sich seiner schuldig gemacht hatte. Und auf dem Zwölften Kongreß 1923 verdächtigte Stalin die Gruppe, die das Sowjetreich in einen streng organisierten Einheitsstaat umwandeln wollte, als Großmacht-Chauvinisten. Dadurch verhinderte er die Schaffung einer zweiten Kammer, in der die Minderheiten getrennte Vertretungen gehabt hätten[1].

In der Mitte der dreißiger Jahre änderte sich die Parteilinie hinsichtlich der vorsowjetischen expansionistischen Politik. Die zaristischen Eroberungen wurden nun mit der Theorie des „kleineren Übels" gerechtfertigt. Diese wurde zuerst 1937 formuliert, erhielt allerdings erst 1951 offizielle Anerkennung[2]. Nach ihr hatte Rußland die annektierten Gebiete davor bewahrt, in die Hände reaktionärer Mächte, wie der Türkei und Persiens, zu fallen oder eine Beute des britischen Imperialismus zu werden.

---

[1] Merle Fainsod, How Russia is Ruled, Harvard 1954, S. 308.

[2] Re-Writing Russian History, hrsg. von C. E. Black, New York 1956, S. 107f.

Auch beschränkte sich seine Rolle nicht darauf, den unentwickelten Völkern dadurch zu helfen, daß sie auf diese Weise in „die große, fortgeschrittene russische Zivilisation" einbezogen wurden, denn dieser wohltätige Zweck konnte bis zur Französischen Revolution zurückverfolgt werden. Marx und Engels hatten behauptet, daß Napoleons Imperialismus, den sie zwar verdammten, die Wirkung gehabt habe, die Ideen der Revolution, die ihn schließlich vernichtet hatten, zu verbreiten. Aber Eugen Tarle, vor 1917 liberaler Historiker, der in den dreißiger Jahren Stalinist wurde, entdeckte, daß das napoleonische Reich eine bürgerliche Diktatur gewesen war, von dem Europa durch das russische Volk befreit worden war; und ein weniger bekannter Historiker, A. S. Nifontow, erweiterte diese These auf die Revolution von 1848 und behauptete, daß die Offiziere und Mannschaften der russischen Armeen, die der österreichischen Regierung geholfen hatten, die Ungarn unter Kossuth zu vernichten, in Wirklichkeit mit den Rebellen sympathisiert hätten. Dieser Mythus ist dann benutzt worden, um die sowjetischen Besatzungsstreitkräfte als Fortsetzer dieser Befreiungstradition hinzustellen[3].

Das Ziel dieser Übungen zu einer Neufassung der Geschichte war, Rußland als progressive Macht zu erweisen und Handlungen zu verteidigen, die in die Kategorie des Großmacht-Chauvinismus fallen würden, wenn sie von den reaktionären bürgerlichen Nationen des Westens ausgeführt würden. Gleichzeitig wird der Begriff auch noch gebraucht, wenn es für nötig befunden wird, in einem bestimmten Fall die Politik einer gewaltsamen Russifizierung durch den Kreml zu verurteilen; und die von Moskau ernannten Funktionäre nichtrussischer Sowjetrepubliken setzen sich leicht dieser Anschuldigung aus, wenn ihre Maßnahmen den Widerstand der örtlichen Bevölkerung über das gebührende Maß hinaus erregt haben.

Imperialismus

Der Begriff Imperialismus hat im kommunistischen Wortschatz den Kapitalismus weitgehend ersetzt. Er wird auch als Synonym für Kolonialismus gebraucht, der merkwürdigerweise in keinem russischen Fremdwörterbuch zu finden ist und erst 1955 während der Asienreise Chruschtschews und Bulganins in Umlauf kam. Seit-

[3] Ruth Fischer, Von Lenin zu Mao, Düsseldorf-Köln 1956, S. 63ff.

her ist er Gegenstand zahlreicher Artikel in russischen Zeitschriften geworden, welche die Bedingungen in den Gebieten unter britischer Verwaltung mit der üblichen unverantwortlichen Verlogenheit beschreiben.

Der Begriff Imperialismus hat seinen Ursprung in Lenins Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" (1916). Es ist die revolutionärste Schrift dieses Jahrhunderts, da sich die kommunistische Politik weitgehend auf ihren Ergebnissen gründet, und der wichtigste unter allen marxistisch-leninistischen Texten für das Verständnis der heutigen kommunistischen Weltanschauung. Lenins unmittelbares Ziel war es, zu erklären, warum das kapitalistische System trotz seiner Widersprüche fortbestand und warum die Bedingungen der europäischen Arbeiter, oder wenigstens eines Teiles von ihnen, sich stark verbessert hatten, obwohl Marx verkündet hatte, daß sie sich unweigerlich verschlechtern müßten. Er erreichte das durch die Behauptung, es sei ein neuer Faktor, der zu Marx' Zeiten nicht bestanden hatte, eingetreten, nämlich der Imperialismus, dessen Entstehen er genau in die Jahre 1896–1900 datierte.

Kurz gesagt, die wesentlichsten Kennzeichen des Imperialismus sind die Konzentrierung des Kapitals, die Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital in das „Finanzkapital" und die Aufteilung der Welt zwischen nationale und internationale Monopole. Lenin nannte das „den Kapitalismus im Sterben", da er nach seiner Ansicht das letzte Stadium des Kapitalismus darstellte, das dem endgültigen Zusammenbruch und dem Sieg des Proletariats vorausgeht. Es darf nicht übersehen werden, daß Imperialismus also die Vorherrschaft einer gewissen Form des Kapitals bezeichnet. Er bedeutet nicht unmittelbare Herrschaft über fremde Länder, wenn auch solche Herrschaft gewöhnlich stattfindet. Aber Lenin scheint den tatsächlichen Besitz eines Reichs nicht als wesentlich angesehen zu haben, so daß die Vereinigten Staaten nach dieser Theorie eine imperialistische Macht sind, wie es ja die kommunistische Propaganda täglich behauptet.

Wie kam nun der Imperialismus zustande? Weil die entwickelteren Länder einen Punkt erreicht hatten, an dem sie mehr Güter produzierten, als ihre heimischen Märkte aufnehmen konnten, und weil sie daher gezwungen waren, Märkte in rückständigen Ländern zu finden, die sie dann annektierten und an die sie ihre überschüssigen Produkte im Austausch gegen billiges Rohmaterial verkaufen konnten. Daher machte die Entwicklung des kapitalistischen Systems den Besitz von Kolonien notwendig. Aber

Lenin sagte, daß heute keine mehr zu haben seien und daß ein Land seine Bedürfnisse nur befriedigen könne, wenn es die Kolonien anderer an sich risse. Das wieder ginge gemäß dem sogenannten Gesetz der ungleichen Entwicklung des Kapitalismus vor sich; der Erfolg nämlich hinge von der relativen Stärke der streitenden Parteien ab. Diese sei ein variabler Faktor, da die des einen Landes abnehme, wenn die des andern sich vermehre. Lenin schloß daher, daß der Imperialismus zum Kriege führen müsse, da die Großmächte sich ständig untereinander überwerfen würden. Die weniger Glücklichen wären unzufrieden mit ihrem Anteil am kolonialen Markt, den sie auszuweiten suchten, sobald sie stark genug dafür wären. Diese Theorie von der Unvermeidbarkeit des Krieges in der Periode des imperialistischen Kapitalismus wurde vom Zwanzigsten Kongreß modifiziert, teils weil es für die Kommunisten nutzlos war, eine weltweite Friedenskampagne zu organisieren, wenn Kriege nicht verhindert werden konnten, teils weil der größere Teil der kolonialen Welt während der letzten zehn Jahre seine Unabhängigkeit wiedergewonnen hatte, ohne daß allerdings die kapitalistischen Länder zusammengebrochen waren, wie sie es doch eigentlich hätten tun müssen[1]. Aber die Theorie befähigte Lenin, den ersten Weltkrieg als imperialistischen zu erklären, d. h., er war grundsätzlich ein Kampf zwischen den imperialistischen Mächten um die Märkte; und der zweite Weltkrieg war es ebenso, bis Hitler die Sowjetunion angriff. Dann allerdings änderte er sofort seinen Charakter.

Die Theorie führte zu weiteren Schlußfolgerungen. Investierungen im Ausland zu höheren Zinsen, als sie zu Hause zu erzielen waren, führten zur Vermehrung der parasitären Rentnerklasse und verschärften so den Klassenkampf. Aber Lenin behauptete dennoch keineswegs folgerichtig, daß die „Überprofite", die durch Ausbeutung rückständiger Völker erzielt wurden, die Kapitalisten der Weltmächte befähigten, den revolutionären Eifer der Arbeiter zu schwächen, besonders in den oberen Schichten, indem sie sie mit höheren Löhnen und besseren Bedingungen auf Kosten des neuen Proletariats der ausgebeuteten Länder bestachen.

Ferner lieferte die Theorie eine Rechtfertigung der Oktoberrevolution. Nach der marxistischen Analyse sollte die proletarische Revolution in dem am höchsten industrialisierten Land stattfinden, denn in einem solchen Land wären die dem Kapitalismus

[1] Dennoch bestätigte ein Artikel im „Jungkommunist" vom Juni 1956 die leninistische Lehre in unnachgiebigster Form.

innewohnenden Widersprüche am weitesten entwickelt. Die Einführung des neuen Faktors des Imperialismus ermöglichte es, diese Schlußfolgerung zu umgehen, da man jetzt die industriell rückständigen Länder als bloße Anhängsel der Weltmächte hinstellen konnte. So konnte die Revolution sehr wohl in einem nur teilweise entwickelten Land stattfinden, wie es in Rußland geschehen war, weil es „das schwächste Glied in der kapitalistischen Kette" war[2]. Ein Zusatz zu dem eben Gesagten war Lenins Feststellung: „Sozialismus ist möglich . . . selbst in nur einem Land", was die Basis der Politik Stalins ab 1924 werden sollte.

So konnte die Lehre benutzt werden, um den folgenden Zwekken zu dienen:

1. Eine Erklärung zu liefern, warum Marx' Verelendungstheorie sich nicht erfüllt hatte, wenigstens nicht in den imperialistischen Ländern;

2. zu erklären, warum die proletarische Revolution in einem Land stattgefunden hatte, das Marx' Anforderungen nicht entsprach;

3. zu zeigen, daß alle Kriege zwischen imperialistischen Ländern in wirtschaftlichen Begriffen erklärt werden können;

4. hervorzuheben, daß es der beste Weg zur Förderung des weltrevolutionären Kampfes war, die Völker der rückständigen Länder aufzustacheln, so die Wurzeln des Wohlstandes der Weltmächte abzuschneiden, die dann die Löhne reduzieren und die Sozialleistungen beschneiden mußten, und so zu beweisen, daß Reformen kein Ersatz für Revolutionen sind, wie Marx immer behauptet hatte.

Lenins Lehre illustriert die Schwäche von Erklärungen höchst komplexer Erscheinungen durch eine einzige Ursache und fordert in vielen Punkten die Kritik heraus. So hat der österreichische Volkswirtschaftler Joseph Schumpeter darauf hingewiesen, daß ein Staat nicht imperialistisch ist, wenn er ein konkretes Ziel verfolgt und seine aggressive Haltung aufgibt, sobald es erreicht ist. Der wirkliche Imperialismus ist gekennzeichnet durch ziellose und vernunftwidrige Aggression. Er erscheint in der Geschichte

---

[2] Man kann sagen, daß Lenins Stellung in der Schrift von Marx: „Die Klassenkämpfe in Frankreich", vorweggenommen wurde. Es heißt dort: „Heftige Ausbrüche geschehen höchst natürlich eher in den Gliedern des bürgerlichen Körpers als in seinem Herzen, da die Möglichkeit der Beilegung hier größer ist als dort." Aber er entwickelte das nicht weiter, und seine Nachfolger hatten allen Grund, nach seiner Analyse anzunehmen, daß die Revolution in einem hochindustrialisierten Land stattfinden würde.

bei Völkern, deren Umstände sie dazu geführt haben, eine räuberische Veranlagung und eine entsprechende gesellschaftliche Organisation zu erwerben, bevor sie sich für dauernd ansiedelten, so daß der Trieb zum Erobern und Unterwerfen ein Atavismus wurde, der noch lange bestehen blieb, nachdem die Notwendigkeit dazu verschwunden war. Gewiß ist er kein Reflex des kapitalistischen Systems, das vor allem unter den Arbeitern eine streng antiimperialistische Geisteshaltung erzeugt, so daß, wie Schumpeter sagt, „der moderne Pazifismus fraglos eine Erscheinung der kapitalistischen Welt ist". Er führt das Beispiel der Vereinigten Staaten an, die keinen Mangel an Gelegenheiten und nicht einmal an Entschuldigungen hatten, eine imperialistische Politik zu betreiben, es aber tatsächlich nicht taten. Für Großbritannien behauptet er, daß der größere Teil seines kolonialen Reiches in der vorkapitalistischen Periode erworben worden sei und daß die Eroberer entweder Abenteurer waren, die in der Heimat keinen Halt hatten finden können, oder Männer, die ins Exil getrieben worden waren. Der Staat hatte wenig mit der Angelegenheit zu tun und mischte sich nur, gewöhnlich mit äußerster Zurückhaltung, ein, wenn eine Kolonie bereits bestand. In der Tat führte erst der Konservative Disraeli den Begriff des Imperialismus bei den allgemeinen Wahlen von 1874 in die britische Politik ein, aber auch er hatte 1852 erklärt: „Diese nichtswürdigen Kolonien ... sind ein Mühlstein um unsern Hals." Und seine „Imperiale Föderation" erstreckte sich auch nur auf die Verschmelzung des bestehenden Weltreichs zu einer engeren Union unter der Krone. Nachdem einmal diese Idee in die Vorstellungskraft des Volkes als in Übereinstimmung mit dem wachsenden Wohlstand und der wachsenden Macht des Landes eingegangen war, hatte sie ihren Zweck erfüllt, und er versuchte nicht, sie für eine Expansionspolitik nutzbar zu machen. Außerdem hätten seine Wähler das nicht mitgemacht[3]. In der Tat ließ sich erst in der Mitte der neunziger Jahre die britische Regierung unter Chamberlain auf eine Politik ein, die mit Recht imperialistisch genannt werden kann.

Raymond Aron[4] hat ferner darauf hingewiesen, daß keiner der beiden Weltkriege imperialistisch war in dem Sinne Lenins, daß sie die Folge wirtschaftlicher Rivalität gewesen seien, daß diese

[3] Imperialism and Social Classes, S. 7 16f. 24 36 92f.

[4] The Leninist Myth of Imperialism, in: Partisan Review (November/Dezember 1951) S. 646 f. Vgl. auch die höchst interessante Studie von E. W. Winslow, Marxian, Liberal and Sociological Theories of Imperialism, in: Journal of Political Economy (Dezember 1931).

Rivalität das Ergebnis eines Kampfes um Kolonien gewesen sei und daß Millionen von Menschen in den Tod getrieben worden seien, um neue Märkte zu eröffnen. In den zwanzig Jahren vor dem ersten Weltkrieg hatte das kapitalistische System wie nie zuvor geblüht, und der Wohlstand Deutschlands hatte sich verdoppelt. England und Deutschland waren gegenseitig die besten Kunden, und obwohl es Reibungen gab, lag es nicht im entferntesten im Interesse der Kapitalisten beider Länder, deswegen Krieg zu führen. Die leninistische Theorie basiert auf dem Mythus, es habe ein Wesen, genannt „deutscher (oder entsprechend britischer) Kapitalismus", gegeben, das mit vollem Bewußtsein Fernziele verfolgt und die Regierungen verleitet habe, seinen wirtschaftlichen Interessen zu dienen. Es ist richtig, daß die Banken und die Großwirtschaft, sobald sie solche Interessen geschaffen haben, Druck ausüben werden, sie aufrechtzuerhalten. Aber die Schaffung dieser Interessen ist selten Folge des Strebens nach kapitalistischen Profiten, sondern des politischen Ehrgeizes der Regierungen gewesen, welcher dann durch Berufung auf wirtschaftliche Motive getarnt worden ist. Denn jede Epoche findet ihre eigene Formel für die Verschleierung des Machtwillens.

Was daher Lenins Theorie entkräftet, ist die falsche Verbindung zwischen Imperialismus und Kapitalismus und seine Voraussetzung, daß ein direktes ursächliches Verhältnis zwischen den beiden bestehen müsse — eine Ansicht, die das grundlegende marxistische Axiom widerspiegelt, daß jedes Phänomen eine wirtschaftliche Erklärung haben muß. Gleichzeitig ist seine Theorie für die Kommunisten von Wert, denn wenn Imperialismus nur dem Kapitalismus zugeschrieben werden kann, so folgt, daß koloniale Expansion eines Landes, das nicht kapitalistisch ist, nicht imperialistisch sein kann.

Innerparteiliche Demokratie

Nach dem „Politischen Wörterbuch" ist innerparteiliche Demokratie die folgerichtige Anwendung der Prinzipien des „demokratischen Zentralismus" (s. d.), wenn der Begriff auch, richtiger ausgedrückt, für dessen demokratischen im Gegensatz zum vorherrschenden zentralistischen Aspekt steht. Die „Große Sowjetenzyklopädie" macht zu ihren wesentlichen Elementen die Wählbarkeit der Parteiorgane und ihre Verpflichtung, in regelmäßigen Abständen ihren Parteiorganisationen Bericht zu erstatten, und

erklärt, daß sie „kollegialen Arbeitsgeist" einschließt. Sie bringt sie also mit der kollektiven Führung in Verbindung. Die Parteistatuten enthalten viele Hinweise auf sie, obwohl sie nirgends ausdrücklich definiert wird. So erklären die revidierten Statuten von 1952:

„Die freie und sachliche Diskussion über Fragen der Parteipolitik in den einzelnen Organisationen oder in der Gesamtpartei ist das unveräußerliche Recht jedes Parteimitglieds und ergibt sich aus der innerparteilichen Demokratie. Nur auf der Grundlage der innerparteilichen Demokratie ist es möglich, Kritik und Selbstkritik [s. d.] zu entwickeln und die Parteidisziplin zu stärken ..."

Die einzige Einschränkung ist, daß solch eine Diskussion so gelenkt werden muß, daß eine „unbedeutende Minderheit" daran gehindert wird, ihren Willen der Mehrheit aufzuzwingen oder eine „fraktionelle Gruppe" zu bilden, welche die Einheit der Partei schwächen würde.

Es bleibt jedoch das praktische Problem, wie die innerparteiliche Demokratie vereinbart werden kann mit jener höchst zentralisierten Kontrolle, die als wesentlich angesehen wird, wenn die Partei ihre Funktionen ausüben soll. Illustriert werden mag das an einem Artikel von G. Shitarew im „Kommunist" vom Dezember 1953 mit dem Titel: „Demokratischer Zentralismus und die lenkende Arbeit der Parteiorgane." Nachdem er die überragende Notwendigkeit der Zentralisation betont hat, bemerkt er: „Der große Wert unserer parteiorganisatorischen Struktur ist, daß sie strikte Zentralisation mit ausgedehnter innerparteilicher Demokratie verbindet." Gewiß ist es wünschenswert, daß es so sei, denn, um unsern Autor noch einmal zu zitieren, „die innerparteiliche Demokratie — dieser unveräußerliche Teil des demokratischen Zentralismus — regt die Aktivität der Kommunisten an, entwickelt in jedem das Gefühl, Herr der Partei zu sein und zieht ihn in die Diskussion über Fragen der Parteipolitik und in die Arbeit der Parteiführung." Aber wieweit diese bewundernswerten Ziele erreichbar sind, ist eine andere Frage.

Kader

Das „Fremdwörterbuch" von Ljochin und Petrow definiert Kader als „Stammpersonal der Mitarbeiter irgendwelcher Behörden oder Betriebe, Berufs- oder Parteiorganisationen". Das Wort ist

französisch und bedeutet wörtlich „Rahmen" oder „Einfassung"; aber, auf die Armee bezogen, hat es eine technische Bedeutung, die von Littré als „L'ensemble des officiers et sous-officiers d'une compagnie" angegeben wird, Berufssoldaten also im Gegensatz zu den zum Militärdienst Verpflichteten. In Frankreich und andern kontinentalen Armeen ist das Berufssoldatentum die notwendige Voraussetzung für die Erlangung des Offiziers- oder Unteroffiziersranges. In diesem Sinne wird der Begriff von den kommunistischen Parteien gebraucht und bezeichnet alle, die eine besondere Funktion ausüben, von den Mitgliedern der zentralen Parteiorgane bis zu den Zellenleitern und den für die verschiedenen Zweige der Zellentätigkeit Verantwortlichen. Die Kader bilden also den Effektivbestand der Partei zu jeder Zeit; und sie meinte Stalin, als er den Absolventen der Akademien der Roten Armee 1935 sagte, daß die „Kader alles entscheiden", und als er in seinem Bericht an den Achtzehnten Kongreß 1939 erklärte, daß sie „den Kommandostab der Partei" bildeten. Der Begriff wird gleichfalls angewandt auf das ständige Personal jeder Regierungsorganisation und jedes Wirtschaftsbetriebs; und gelegentlich in engerem Sinne auf die, deren höherer Bildungsgrad sie über den allgemeinen Durchschnitt ihrer Arbeitergenossen erhebt und sie für die Einbeziehung in die Klasse der Leitenden qualifiziert.

In Anbetracht der Bedeutung der Parteikader, die Stalin in dem oben erwähnten Bericht als „goldene Reserve" bezeichnete, ist die Frage der Auslese besonders wichtig. Stalin hat sie erörtert; aber er hat keine Norm festgelegt. Er betonte zwar, daß sie „erfahren sein müßten in der marxistisch-leninistischen Wissenschaft von den Gesetzen der sozialen Entwicklung", begnügte sich aber selbst mit allgemeinen Wendungen, wie daß man die Verdienste und Fehler der einzelnen studieren und ihnen Posten geben müsse, für die sie die nötigen Qualifikationen besäßen. Es gilt jedoch schon seit langem als Regel, daß sie ausgewählt werden müssen auf Grund 1. ihrer politischen Zuverlässigkeit und 2. ihrer beruflichen Tüchtigkeit. Dieser Grundsatz wurde von Malenkow auf dem Neunzehnten Parteikongreß erneut bestätigt und in die revidierten Parteistatuten (Art. III, k) aufgenommen. Malenkow ist wohl durch die Tatsache beeinflußt worden, daß die Politik einer während der Kriegsjahre üblichen Rekrutierung in großem Maßstab nicht nur zur Aufnahme unerwünschter Elemente in die Partei geführt hatte, sondern auch zur Aufstellung von Kadern, die das in sie gesetzte Vertrauen nicht rechtfertigten. Dennoch ist diese Anordnung bezeichnend und erklärt zum Teil wohl, warum die

Kader ständig wegen ihrer Unzulänglichkeit kritisiert werden, denn politische Zuverlässigkeit umfaßt mehr als eine allgemeine Bereitwilligkeit, das Glaubensbekenntnis der Partei anzunehmen, und daher werden Männer, die primär an ihrer beruflichen Tüchtigkeit interessiert sind, wahrscheinlich übergangen. Denn, wie ein „Prawda"-Leitartikel vom 4. August 1953 es ausdrückte: „In der praktischen Arbeit der Auswahl und Aufstellung von Kadern gehen die Parteiorganisationen von der Tatsache aus, daß die Auswahl von Kadern in Wirklichkeit bedeutet, sie zuerst nach politischen Erwägungen auszuwählen, nämlich ob ein bestimmter Funktionär des politischen Vertrauens wert ist, und zweitens nach praktischen Erwägungen, nämlich ob er für eine bestimmte Aufgabe fähig ist."

In der Tat kann kein totalitäres Regime eine andere Norm anerkennen. In seinem Bericht an den Zwanzigsten Parteikongreß jedoch betonte Chruschtschew, im Interesse der Leistungsfähigkeit müßten die Kader so geschult werden, daß sie ihre Parteiarbeit mit andern Formen der Tätigkeit verbinden könnten, und er brandmarkte die Meinung gewisser Parteikreise, daß „Parteiarbeit einerseits und wirtschaftliche und Sowjetarbeit anderseits zwei verschiedene Dinge sind", als „fundamental falsch und schädlich". Die Parteischulen sollten so reorganisiert werden, daß ihre Studenten „zusätzlich zu einem gründlichen Studium der marxistisch-leninistischen Theorie" die praktische Kenntnis eines bestimmten Industriezweiges, gleichwertig dem „Standard eines Technikums", erwerben sollten, da, wie er sich beklagte, die Spezialisierung in der sogenannten „reinen Parteiarbeit" Theoretiker und Bürokraten hervorbringe.

Kapitalistische Einkreisung

Vom Augenblick der Machtergreifung an waren die Bolschewisten überzeugt, daß sie von Feinden eingekreist waren, welche die „proletarische Revolution" und den Sowjetstaat, der bald mit ihr identisch wurde, zu zerschmettern suchten. Schon 1923 erhielt diese Überzeugung ihren theoretischen Ausdruck in der Präambel zur Verfassung der UdSSR mit der Lehre von den „zwei Lagern" — dem kapitalistischen und dem sozialistischen —, die sich feindlich gegenüberstanden und folglich zusammenstoßen mußten. Da jenes von der Bourgeoisie, dieses von dem Proletariat (unter der Ägide der Sowjetunion) repräsentiert wurde, bedeutete diese Lehre

nichts weiter als die Ausdehnung des Klassenkampfes, der nach Marx nur durch eine Art Katastrophe entschieden werden konnte, auf die internationale Ebene.

Daher machte die von Trotzkij im Januar 1919 aufgesetzte Einladung zum Gründungskongreß der Komintern auf die Gefahr aufmerksam, daß die Weltrevolution „durch die Allianz der kapitalistischen Staaten, die sich unter dem heuchlerischen Banner des Völkerbundes gegen sie zusammenrotten, abgedrosselt" werden würde. Im selben Jahr erklärte Lenin in seiner Schrift „Die Aufgaben der Dritten Internationale": „Die Bourgeoisie der ganzen Welt, mit all ihrer Macht, mit riesiger Energie, Schläue und Entschlossenheit und kein Verbrechen scheuend ... bereitet sich vor, das Proletariat in dem drohenden Bürgerkrieg zu unterjochen"; während er in seiner Rede auf dem Dritten Kominternkongreß im Juni 1921 behauptete: „Die internationale Bourgeoisie ist erfüllt von wütendem Haß und von Feindseligkeit gegen Sowjetrußland und ist bereit, es jede Minute zu überfallen, um es zu erdrosseln." Daher war die internationale Situation, so stabil sie auch erscheinen mochte, doch im wesentlichen unsicher, und von jedem Wechsel erwartete man katastrophale Ergebnisse.

Stalin unterstrich das noch. In einem Artikel vom 22. März 1925 über die internationale Situation wies er darauf hin, daß „die bloße Existenz des Sowjetstaates für den Imperialismus eine tödliche Bedrohung darstellt"[1]. In „Fragen des Leninismus" erklärte er: „Es darf nicht vergessen werden, daß, solange die kapitalistische Einkreisung besteht, auch die Gefahr der Intervention besteht mit allen Konsequenzen, die aus dieser Gefahr resultieren." In „Rechtsabweichung der KPdSU" (April 1929) fragt er: „Zu welchem Zweck denn besteht die kapitalistische Einkreisung, wenn nicht, damit das internationale Kapital seine ganze Kraft gebraucht, um innerhalb unserer Grenzgebiete Rebellionen von Elementen, die mit dem Sowjetregime unzufrieden sind, zu organisieren?" Und in seinem Bericht an den Sechzehnten Kongreß von 1930 sagte er: „Kapitalistische Einkreisung ist nicht einfach eine geographische Konzeption. Sie bedeutet, daß sich rund um die UdSSR feindliche Klassenkräfte befinden, die bereit sind, unsere Klassenfeinde moralisch, materiell, durch finanzielle Blockade und, wenn sich Gelegenheit bietet, durch militärische Intervention zu unterstützen."

---

[1] Soviet Documents on Foreign Policy I (hrsg. von Jane Degras). 1951, S. 21.

Ebenso nachdrücklich war die Warnung, die er vor dem Zentralkomitee am 3. März 1937 aussprach:

„Sie [einige Parteimitglieder] vergessen, daß die Sowjetunion sich im Zustand kapitalistischer Einkreisung befindet ... Das ist keine leere Phrase. Es ist eine sehr reale und unangenehme Tatsache. Es bedeutet, daß es ein Land gibt, nämlich die Sowjetunion, die in ihren Gebieten die sozialistische Ordnung errichtet hat, und daß sich entlang ihrer Grenzen viele Länder befinden, die immer noch eine kapitalistische Lebensform haben und die Sowjetunion umgeben, auf eine Gelegenheit wartend, sie anzugreifen, sie zu zerbrechen oder auf jeden Fall ihre Macht zu untergraben und zu schwächen."

Er wiederholte das in seinem vielveröffentlichten Brief an Iwan Iwanow vom 12. Februar 1938: „Nur Dummköpfe oder maskierte Feinde ... können die Gefahr einer militärischen Intervention mit dem Versuch der Restauration leugnen, solange die kapitalistische Einkreisung besteht." Da es als Kennzeichen dieser feindlichen Machenschaften angesehen wird, Spione, Saboteure und Terroristen ins Land zu schicken, ist es schon lange üblich, bei in Ungnade gefallenen führenden Parteimitgliedern zu entdecken, daß sie seit Jahren „Agenten ausländischer Geheimdienste" gewesen sind und in dieser Eigenschaft solche Personen unterstützt haben.

Jede Übereinkunft zwischen kapitalistischen Mächten wird als Beweis für ihre feindlichen Absichten angesehen. So stellte Tschitscherin am 5. August 1928 in einer Presseerklärung fest, daß der Kellog-Pakt, dem beizutreten die Russen damals noch nicht eingeladen waren, „ganz klar ein integraler Bestandteil der Kriegsvorbereitung gegen die UdSSR" sei[2]. Diese Erklärung lag auf derselben Linie mit der eingebildeten „Kriegspanik", die Stalin in einem von der „Iswestija" vom 28. Juli 1927 veröffentlichten Artikel ohne vorherige Warnung entfachte. Zum gleichen Ideenkomplex gehört die Behauptung, die heute Bestandteil der kommunistischen Legende geworden ist, daß die Politik der Alliierten gegenüber Deutschland in den Jahren zwischen den Kriegen, mit Einschluß natürlich des Münchener Abkommens, von dem Wunsch beseelt war, dieses Land zur Vernichtung Rußlands zu gebrauchen. So konnte Stalin in „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" (1952) erklären: „Als die Vereinigten Staaten und Großbritannien Deutschlands wirtschaftliche Er-

---

[2] Ebd. S. 322.

holung unterstützten, taten sie es natürlich mit der Absicht, ein erholtes Deutschland gegen die Sowjetunion zu stellen und es gegen das Land des Sozialismus zu gebrauchen." Interessant ist die Reihenfolge, in der die Länder erscheinen. In den Jahren zwischen den Kriegen wurde Großbritannien hingestellt als Führer der „Heiligen Allianz", wie Stalin sie in seinem „Iswestija"-Artikel bezeichnete, in dem er erklärt hatte: „Der englische Kapitalismus ist immer der grimmigste Gegner der Volksrevolutionen gewesen und wird es immer bleiben."[3] Nach der Bildung des Kominform im September 1947 wurde diese Rolle, wie schon bemerkt, auf die Vereinigten Staaten übertragen, deren Satellit Großbritannien nun geworden sei.

Kapitalistische Einkreisung ist einer der zahlreichen Begriffe im kommunistischen Vokabular, die wir als „barometrisch" bezeichnen können, da der Akzent, der ihnen beigelegt wird, jeweils davon abhängt, wie die Sowjetregierung die Außenwelt ansieht. Während der ersten achtzehn Monate nach dem zweiten Weltkrieg nahm sie eine wachsame, aber nicht gänzlich feindliche Haltung gegenüber dem Westen ein, und das spiegelte sich in der Erklärung Stalins an Alexander Werth im September 1946: „Ich glaube nicht, daß die herrschenden Klassen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten eine ‚kapitalistische Einkreisung' der Sowjetunion schaffen könnten, selbst wenn sie es wünschten, was aber nicht sicher ist." Beiläufig sei bemerkt, daß das entscheidende Wort hier „herrschende Klassen" ist, die nach der kommunistischen Theorie in kapitalistischen Ländern notwendigerweise reaktionär sind und von deren Politik vorausgesetzt wird, daß sie im Gegensatz zu der überwiegenden Mehrheit ihrer Völker steht. Aber noch im April 1947, als die Sowjetpolitik sich bereits auf den „kalten Krieg" zu bewegte, machte Stalin das überraschende Zugeständnis, daß die Gefahr der kapitalistischen Einkreisung nicht mehr einfach von der Existenz der kapitalistischen Staaten herrühre, sondern von ihrer Abneigung, mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten, d. h. von ihrer Weigerung, die Art und Weise anzuerkennen, wie die Sowjetregierung ihre in Jalta und sonstwo übernommenen Verpflichtungen erfüllte. Nach der Bildung des Kominform jedoch verschlechterten sich die Beziehungen der Sowjets zu den Westmächten entschieden, und die alte Lehre wurde uneingeschränkt wiederhergestellt.

Der Zwanzigste Kongreß von 1956 modifizierte die leninistische

---

[3] Ebd. S. 234.

These, daß der Imperialismus die kapitalistischen Staaten unweigerlich dahin führen müsse, sich gegenseitig anzugreifen. Aber das berührt nicht die Lehre von der kapitalistischen Einkreisung, die nicht aufgegeben wurde und nicht aufgegeben werden kann, solange behauptet wird, daß die marxistische Dialektik den Schlüssel zur Geschichte liefert. Denn wenn die Dialektik Gültigkeit besitzt, müssen Kapitalismus und Sozialismus als feindliche Kräfte angesehen werden — die eine reaktionär, die andere progressiv —, und in dem Konflikt, zu dem diese Feindschaft führt, ist der Sozialismus zu siegen bestimmt. Daraus folgt natürlich der Versuch der kapitalistischen Welt, ihren Rivalen zu vernichten. Nun müßte daraus gleichermaßen folgen, daß die sozialistische Welt bemüht ist, die kapitalistische zu vernichten — ein Schluß, der durch die Tätigkeit der Komintern und der sowjetischen Außenpolitik zumindest nahegelegt wird. Aber die kommunistische Theorie weiß nichts von dem Grundsatz, daß zu einem Streit zwei gehören, da es ein Axiom ist, daß die Sowjetunion als sozialistischer Staat keiner feindlichen Absichten schuldig werden kann.

Abgesehen davon, besitzt die Lehre auch praktischen Wert, da sie angerufen werden kann, um zu erklären, warum der Staat, anstatt zu „verschwinden", immer stärker wird, und um die Forderungen an die Arbeiter zu rechtfertigen, die von Zeit zu Zeit an ihre gefährliche Lage erinnert werden müssen. Der Ruf nach größerer „revolutionärer Wachsamkeit" (s. d.), der solche Warnungen begleitet, hat eine ähnliche psychologische Wirkung, da er den Sowjetbürger glauben macht, daß er von Feinden umringt ist und daß sein Überleben von der Fähigkeit abhängt, ihre Absichten zu erkennen.

Kleinbürgertum

Marx und Engels verwandten den Begriff Kleinbürgertum gewöhnlich in seinem herkömmlichen Sinn, nämlich für die untere Mittelklasse, die Schicht, die in der Mitte zwischen der kapitalistischen Mittelklasse und dem Industriearbeiter steht. Marx ordnet ihm in seiner Schrift „Klassenkämpfe in Frankreich" z. B. „Kleinhändler, Ladenbesitzer, Handwerker usw." zu, bei denen in strengem Sinne nicht davon gesprochen werden kann, daß sie „nichts als ihre Ketten zu verlieren haben", weil sie etwas Besitz, aber nicht viel haben. Er und Engels schlossen gelegentlich die kleinen

Landbesitzer ein, und Lenin und Stalin (besonders der erste) versicherten ständig, daß die Bauern insgesamt zu dieser Kategorie gehörten. Aber sie verstanden darunter die Mentalität, der die Bauern zuneigten, besonders wenn sie Land besaßen. Abgesehen davon unterschieden sie die beiden Klassen.

Denn allgemein gesprochen, verstanden Marx und Engels unter Kleinbürgertum die Kleinhändler, die, wie sie behaupteten, durch die Monopolkapitalisten ins Proletariat getrieben wurden. Im „Kommunistischen Manifest" unterscheiden sie sogar einen spezifischen „kleinbürgerlichen Sozialismus", der die Ansichten dieses Teils der Gemeinschaft spiegelt und den sie verurteilen. Denn obwohl er die Übel des kapitalistischen Systems voll erkannte, sah er das Heilmittel lediglich in der Rückkehr zu dem alten Produktionssystem und seinen Besitzverhältnissen oder in der Entwicklung der neuen Kräfte innerhalb des Rahmens der jetzt überholten Verhältnisse. Beide Wege waren unmöglich, da die Entwicklung der neuen produktiven Kräfte unaufhaltsam war und weil sie ein eigenes, ihnen angemessenes System von Verhältnissen mit sich bringen.

Das Kleinbürgertum ist nicht revolutionär, kann es aber werden. Denn obwohl seine Mitglieder unter dem Kapitalismus ständige Unterdrückung erleiden, ist es ihr geheimer Ehrgeiz als Einzelwesen, dadurch Kapitalisten zu werden, daß sie in die Reihen der Bourgeoisie aufrücken. Ihre Lage ist also ambivalent. Nach Lenin in „Kinderkrankheiten des linken Flügels im Kommunismus" ist es „verrückt" auf den Kapitalismus. Doch ist es „unfähig, Ausdauer, Organisationstalent und Standhaftigkeit zu entfalten". Diese Mängel zeigen sich deutlich in seinen Führern und vor allem in den Sozialdemokraten, „den Repräsentanten des Kleinbürgertums", wie Lenin sie hier nennt, die sich zwar eine kollektivierte Gesellschaft zum Ziel setzen, aber es ablehnen, die Mittel zu ergreifen, mit denen sie nach seiner Ansicht allein zustande kommen und aufrechterhalten werden kann.

Die gleiche Kritik übte er an seinem eigenen Volk. In den „Zielen der Revolution" (Oktober 1917) erklärte er: „Rußland ist ein kleinbürgerliches Land. Die große Mehrheit der Bevölkerung gehört zu dieser Klasse. Ihr Schwanken zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist unvermeidlich. Nur wenn sie sich mit dem Proletariat verbindet, wird der Sieg der Sache der Revolution . . . gesichert sein." Denn, wie er in „Kinderkrankheiten des linken Flügels im Kommunismus" sagt, können „die kleinen Erzeuger von Bedarfsgütern" nicht vernichtet werden wie die Bourgeoisie, aber

„sie umschließen das Proletariat auf allen Seiten mit einer kleinbürgerlichen Atmosphäre, die es durchdringt und verdirbt und ständige Rückfälle in Rückgratlosigkeit, Auflösung, Individualismus und wechselnde Anfälle von Begeisterung und Niedergeschlagenheit verursacht".

Danach waren alle Sozialdemokraten kleinbürgerlich, und der Begriff wurde gleichermaßen angewandt auf jede Gruppe, die nichtbürgerlich genannt werden konnte, aber von den Bolschewisten abwich. In „Grundlagen des Leninismus" benutzte ihn Stalin besonders gegen die Menschewisten und Sozialrevolutionäre und allgemeiner gegen nichtproletarische, immer noch von bürgerlichen Ideen beeinflußte Elemente, welche „die Partei durchdringen und einen Geist des Zögerns und des Opportunismus in sie bringen". Ähnlich verwandte er ihn, um jede von ihm mißbilligte Politik zu brandmarken und jene Parteimitglieder, die eine solche zu unterstützen wagten.

Koexistenz

In dem Maße, wie die Stärke der Sowjetunion wächst, wird die westliche öffentliche Meinung zunehmend verleitet, die Koexistenz mit ihr oder die „friedliche Koexistenz", wie sie häufig genannt wird, im Interesse des Weltfriedens als wünschenswert und als Lösungsversuch für die gegenwärtige internationale Spannung anzusehen [1]. Aber in den Jahren unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg waren es die Russen, die darauf drängten, weil sie die Unterstützung der kapitalistischen Staaten brauchten, um ihr internes Regime zu errichten. So war es das primäre Ziel der russischen Außenpolitik, die Schranken zwischen der Sowjetunion und der äußeren Welt durch Abschluß von Handelsabkommen, die den Weg zur diplomatischen Anerkennung ebneten, niederzureißen. In ihrer Note an die westlichen Alliierten vom 15. März 1922 erklärte die Sowjetregierung, sie mache sich „keine Illusionen über die fundamentalen Unterschiede zwischen dem politischen und wirtschaftlichen Regime der Sowjetrepubliken und

---

[1] Eine interessante Diskussion dieser Frage findet sich bei R. I. Aaron und P. A. Reynolds, Peaceful Coexistence and Peaceful Co-operation (Political Studies, Oxford [Oktober 1956] S. 283f.), aber obwohl die Unterscheidung, die sie zwischen den beiden machen, zweifellos besteht, wird sie von sowjetischen Theoretikern nicht, wenigstens nicht ausdrücklich, anerkannt. Diese sagen, daß die eine die andere einschließt.

dem der bürgerlichen Staaten", aber sie glaube dennoch an die Möglichkeit von Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit[2]; und Tschitscherin ging noch weiter, als er auf der Genfer Konferenz im April des folgenden Jahres den russischen Standpunkt so erläuterte: „In der gegenwärtigen Geschichtsperiode wünscht die Sowjetregierung diplomatische Beziehungen zu den Regierungen ... aller Länder auf der Basis ... voller und vollständiger Anerkennung."[3] Verhandlungen zu diesem Ziel scheiterten an der Frage der Kriegsschulden. Aber mit Deutschland, das zu dieser Zeit gleichfalls geächtet war, ließ sich ein Abkommen leichter erzielen, und der Rapallo-Vertrag vom 16. April 1922 führte das Prinzip der Koexistenz ein, d. h. der freundlichen Beziehungen zwischen zwei Ländern mit völlig unterschiedlicher wirtschaftlicher Struktur.

Gewiß hatte die Sowjetunion zu dieser Zeit durch eine Politik der „Befriedung" (appeasement) alles zu gewinnen. Die Schriften und Reden aus Lenins letzten Jahren enthalten wiederholte Hinweise auf die Vorteile des Friedens und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der kapitalistischen Welt; und die gegenwärtigen Sowjetführer stellen ihn ständig als Apostel der Koexistenz hin, obwohl das, was er darunter verstand, nichts weiter war als eine Folgeerscheinung seines Glaubens an den allmählichen Prozeß der Weltrevolution. In einem Interview mit dem „New York Evening Journal" vom 18. Februar 1920 sagte er: „Unsere Pläne in Asien? Dieselben wie in Europa: friedliche Koexistenz mit den Völkern, mit den Arbeitern und Bauern aller Nationen." Die Ausdrucksweise ist bezeichnend als Bekundung der schon früher angeführten Unterscheidung, welche die Kommunisten machen zwischen den Massen, deren guter Wille gegenüber der Sowjetunion als selbstverständlich angenommen wird, und den feindlichen „bürgerlichen Regierungen" ihrer jeweiligen Länder. Die Koexistenz war also keineswegs unvereinbar mit der Beseitigung dieser Regierungen, wozu die Kommunisten im Prinzip verpflichtet waren. Sie schloß auch keinen Widerruf der Lehre von Marx ein. So stellte Lenin in seinem Bericht an den Achten Kongreß im März 1919 fest: „Die Existenz der Sowjetrepublik Seite an Seite mit imperialistischen Staaten ist auf längere Sicht undenkbar. Sie oder die andern müssen am Ende triumphieren. Und bevor es zu diesem Ende kommt, ist eine Reihe von furcht-

---

[2] Soviet Documents on Foreign Policy I (hrsg. von Jane Degras), 1951, S. 293.

[3] Ebd. S. 298.

baren Zusammenstößen zwischen der Sowjetrepublik und den bürgerlichen Staaten unvermeidlich." Und an anderer Stelle: „Wir müssen immer daran denken, daß wir zu allen Zeiten nur um Haaresbreite von einem Überfall entfernt sind." Bei der Verteidigung der Politik des „Sozialismus in einem Land" in „Fragen des Leninismus" benutzte Stalin diese Feststellungen. Er fügte hinzu: „Das ist wohl klar!"

Dennoch versicherte Stalin von Zeit zu Zeit seinen Glauben an die Möglichkeit der Koexistenz. Am 9. September 1927 sagte er zu der amerikanischen Arbeiterdelegation: „Die Existenz zweier gegnerischer Systeme — des kapitalistischen und des sozialistischen — schließt zeitweilige Übereinkommen nicht aus", obwohl sie begrenzt seien durch „den gegnerischen Charakter der Systeme, zwischen denen Rivalität und Wettstreit bestehen". Denn gemäß seiner Feststellung auf dem Fünfzehnten Kongreß im folgenden Dezember würde eine solche Koexistenz nur dauern, „bis die proletarische Revolution in Europa reift oder bis sich die kolonialen Revolutionen zuspitzen oder schließlich, bis sich die Kapitalisten gegenseitig bekämpfen". Dennoch sagte er im November 1930 zu Walter Duranty, die bloße Tatsache, daß sich die Welt seit zehn Jahren im Frieden befände, sei ein Beweis für die Möglichkeit der Koexistenz. Nicht, daß die Sowjetunion das hätte für sich buchen können. Die Politik ihres siamesischen Zwillings, der Komintern, ist nie eindringlicher dargelegt worden als in den Thesen ihres Sechsten Kongresses von 1928, die Natur und Zweck der weltrevolutionären Bewegung in klarsten Begriffen ausdrückten und versicherten, daß die Sowjetunion ihr Zentrum sei.

Aber gegen Mitte der dreißiger Jahre hatte Rußland, jetzt Mitglied des Völkerbunds, volle internationale Anerkennung gewonnen und dämpfte seine revolutionäre Tätigkeit im Hinblick auf die Gefahr aus Deutschland. So leugnete Stalin am 6. März 1936 in Beantwortung einer Frage des amerikanischen Journalisten Roy Howord, daß die Sowjetunion je danach getrachtet habe, die Weltrevolution herbeizuführen, und er sagte: „Die amerikanische Demokratie und das Sowjetsystem können friedlich koexistieren und wettstreiten . . . wenn wir nicht zu sehr dem Nörgeln über Nichtigkeiten frönen." Aber das war, wie seine früheren Äußerungen über diesen Gegenstand, für den äußeren und nicht für den inneren Gebrauch bestimmt, und in seinem Brief an Iwanow im Februar 1938 kehrte er zu der leninistischen These zurück, daß Koexistenz über einen längeren Zeitraum unmöglich sei.

In den Jahren unmittelbar nach dem Krieg wurden Stalins An-

sichten über diesen Gegenstand natürlich bei zahlreichen Gelegenheiten verschleiert. Als ihn Alexander Werth im September 1946 fragte: „Glauben Sie an die Möglichkeit einer freundschaftlichen und dauernden Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der westlichen Demokratie trotz der Existenz ideologischer Uneinigkeit und an freundschaftlichen Wettstreit der beiden Systeme?“ sagte er: „Ja, bedingungslos!“ Ähnlich antwortete er, als Elliot Roosevelt fragte, ob es für eine Nation wie die Vereinigten Staaten möglich sei, in Frieden mit einer kommunistischen Form der Regierung zu leben: „Ja, natürlich. Es ist nicht nur möglich, es ist weise und liegt völlig innerhalb der Grenzen der Verwirklichung.“ Dieselbe Sprache gebrauchte er in einer Antwort an Harold Stassen im April 1947. Der Unterschied zwischen dem amerikanischen und dem sowjetischen Wirtschaftssystem sei „nicht von entscheidender Wichtigkeit, was die Zusammenarbeit angeht“, und er wies darauf hin, daß die Tatsache des gleichen Wirtschaftssystems Amerika und Deutschland nicht gehindert habe, Krieg zu führen, während Amerika der Alliierte der Sowjetunion geworden sei, die ein gänzlich anderes System habe. Wenn Zusammenarbeit in Kriegszeiten möglich gewesen wäre, warum solle sie es in Friedenszeiten nicht sein? Er fügte allerdings hinzu, daß ein echter Wunsch danach bestehen müsse.

In Stalins letzten Jahren verschlechterten sich die Beziehungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion fortschreitend, und seine Bemerkungen über Koexistenz waren weniger häufig und vorsichtiger. Seine letzte Äußerung über den Gegenstand war eine Antwort auf die Frage einer Gruppe von amerikanischen Verlegern: „Auf welcher Basis ist die Koexistenz von Kapitalismus und Kommunismus möglich?“ Seine Antwort in der „Prawda“ vom 2. April 1952 lautete: „Die friedliche Koexistenz des Kapitalismus und des Kommunismus ist wohl möglich, vorausgesetzt, daß der gemeinsame Wunsch, zusammenzuarbeiten, die Bereitschaft, eingegangene Verpflichtungen einzuhalten, und die Beachtung des Grundsatzes der Gleichheit und der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten des andern Staates bestehen.“ Diese Vorbehalte waren direkt gegen die Politik der Westmächte gerichtet und sollten wahrscheinlich auch so verstanden werden.

Unmittelbar nach dem Tode Stalins tauchte jedoch das Thema der Koexistenz wieder auf und hat seitdem den Frieden als Hauptpunkt der kommunistischen Propaganda ersetzt. Am Tage der Beisetzung bestätigte Malenkow erneut „Lenins und Stalins Prin-

zipien der Koexistenz auf Dauer und des friedlichen Wettstreits der beiden verschiedenen Systeme — des kapitalistischen und des sozialistischen", obwohl Lenin niemals zugestanden hatte, daß sie „auf Dauer" sein könnte und auch Stalin es in den Jahren zwischen den Kriegen nicht getan hatte. Auf der Sitzung des Obersten Sowjets am 8. August 1953 erklärte Malenkow wieder: „Wir traten und wir treten noch ein für die friedliche Koexistenz der beiden Systeme", und er fuhr fort: „Wir erachten, daß es keinen objektiven Grund für eine Kollision zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gibt", womit er meinte, daß kein wesentlicher Grund bestände, warum die beiden Länder kollidieren sollten, vorausgesetzt, daß die Vereinigten Staaten ihre Politik änderten. Und wieder wies er in einer Rede vor dem Obersten Sowjet am 26. April 1954 auf „eine gewisse Entspannung" hin, die sich fortsetzen könne, wenn es „friedliche Zusammenarbeit unter den Nationen ohne Rücksicht auf ihre soziale Struktur" gäbe. Aber die Vorbedingung dafür war, daß alle Länder ihre Verpflichtungen erfüllten und aufhörten, sich in die inneren Angelegenheiten der andern Länder einzumischen, was einfach nur eine Wiederholung der oben angeführten Worte Stalins vom April 1952 und seiner eigenen Feststellung auf dem Neunzehnten Kongreß war, in der er die ganze Verantwortung für die bestehende Spannung den Westmächten zugeschoben hatte.

Aber mindestens seit 1955 gab es Anzeichen, daß sich die Sowjetregierung mehr der Auffassung Titos von der „aktiven Koexistenz" näherte, welche bedeutet oder doch bedeuten soll, die nichtkommunistischen Regierungen als das zu nehmen, was sie waren, und in normale Beziehungen mit ihnen zu treten. In einem Artikel in „Sowjetstaat und Gesetz" (Nr. 8, 1955) sagte G. P. Sadroshnij, der von „gewissen Kreisen im Westen" unterhaltene Glaube, daß das Fehlen eines gemeinsamen Prinzips in den sowjetischen und westlichen Auffassungen vom internationalen Recht eine friedliche Koexistenz unmöglich mache, sei gegenstandslos. Er unterstrich, daß die Koexistenz ein allgemeines Prinzip des internationalen Rechts geworden sei, „mindestens seit dem Datum der Anerkennung der Sowjetunion durch die kapitalistischen Länder", und daß es, neben seinem legalen Aspekt, „die Entwicklung umfassender politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Zusammenarbeit oder kürzer gesagt, die Sicherung des friedlichen Wettstreits, in dessen Verlauf die Frage der Überlegenheit eines der beiden Systeme entschieden wird", einschließe.

Er gab dann zahlreiche, wenn auch wenig schlüssige Beispiele für kürzlich von der Sowjetregierung ergriffene Maßnahmen dafür einschließlich des „freundschaftlichen Besuchs Bulganins und Chruschtschews in Indien, Burma und Afghanistan“, obwohl dieser sicher nicht die Sache der friedlichen Koexistenz gefördert hatte, soweit Großbritannien betroffen war.

Dies war nur einer von vielen Artikeln, die zu der Zeit erschienen, um die friedliche Koexistenz zu verteidigen, dabei aber darauf hinwiesen, daß sie nicht die Unterwerfung unter den westlichen Standard bedeute. So sagte Chruschtschew am 17. September 1955 zu der Regierungsdelegation der DDR:

„Die Sowjetdelegation in Genf lächelte, und das war kein künstliches, sondern ein natürliches Lächeln. Wir wünschen ehrlich und aufrichtig freundliche Beziehungen zu allen Ländern. Aber wenn jemand erwartet, daß wir unsere Ziele und unsere Überzeugung von der Richtigkeit der Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin aufgeben, macht er einen schweren Fehler. Wir können denen, die solches erwarten, nur versichern, daß sie warten müssen, bis Ostern und Pfingsten auf einen Tag fallen. Wir sind ehrliche Menschen und sagen immer die Wahrheit. Wir sagen euch, unsern Freunden, wie unsern Gegnern: Wir sind für Koexistenz, weil es zwei soziale Ordnungen, zwei soziale Systeme in der Welt gibt, Kapitalismus und Sozialismus. Wir nehmen an, daß friedlicher Wettstreit zeigen wird, wer recht hat.“

Ähnlich erklärte er auf dem Zwanzigsten Kongreß:

„Wir können nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß einige Leute versuchen, die absolut richtige These von der friedlichen Koexistenz von Ländern mit verschiedenen sozialen und politischen Systemen auf den ideologischen Bereich anzuwenden. Das ist ein gefährlicher Irrtum. Aus der Tatsache, daß wir für friedliche Koexistenz und wirtschaftlichen Wettstreit mit dem Kapitalismus eintreten, folgt keineswegs, daß der Kampf gegen die bürgerliche Ideologie, gegen die bürgerlichen Überbleibsel nachlassen darf. Unsere Aufgabe ist, unermüdlich die bürgerliche Ideologie bloßzulegen, zu enthüllen, wie feindlich sie dem Volk ist, und ihre reaktionäre Natur aufzuzeigen.“

Das spricht kaum für friedliche Koexistenz. Doch könnte Chruschtschew kaum weniger sagen, ohne die kommunistischen Prinzipien über Bord zu werfen. Die Sowjetführer haben jetzt klar entschieden, daß die Politik der politischen und wirtschaftlichen Durchdringung am besten gefördert werden kann, wenn die kommunistischen Parteien mit andern Linksgruppen Bünd-

nisse eingehen; und das ist eine kluge Entscheidung, denn immer, wenn die Parteilinie nach links schwenkte, sind diese Parteien ernsthaft geschwächt worden, während sie jedesmal, wenn sie nach rechts schwenkte und Volks- oder nationale Fronten ermutigt wurden, an Stärke gewannen. Wenn also die Linie nach rechts schwenkt, haben die andern Linksparteien am meisten zu fürchten, da die Kommunisten dann laut nach der Einheit der Arbeiterklasse rufen und jene, die Zusammenarbeit verweigern, der Gegnerschaft beschuldigen. Doch müssen auch die Kommunisten sich vorsehen. Chruschtschew mag wohl behaupten, daß es bei den Prinzipien keinen Kompromiß gibt. Aber immer, wenn die kommunistischen Parteien bei dem Versuch, die Unterstützung der Massen zu gewinnen, eine versöhnliche Haltung annehmen, laufen sie Gefahr, ihren kennzeichnenden Charakter zu verlieren, da sie ihre Gefolgschaft nur durch Verwässerung ihres Programms vermehren können. Moskau ist sich dieser Gefahr immer bewußt gewesen, und das ist die Ursache, warum einer Schwenkung nach rechts immer nach einiger Zeit eine Schwenkung nach links gefolgt ist.

Angesichts der gegenwärtigen Linie jedoch ist es nur natürlich, daß viel von friedlicher Koexistenz geredet wird. Wenn das jedoch mehr als ein vorübergehender Vorteil sein soll, muß jede Seite bereit sein, die Position der andern anzuerkennen, so sehr sie sie auch mißbilligen mag, so wie die katholischen und protestantischen Länder Westeuropas zu tun veranlaßt wurden, nachdem die Religionskriege gezeigt hatten, daß Einheit des Glaubens, so wünschenswert sie auch sein mochte, nicht zu erreichen war. Daß die Sowjetführer diese Lektion noch nicht gelernt haben, ist bis zum Überdruß klar.

Kollektive Führung

Das Prinzip der kollektiven Führung in der sowjetischen Kommunistischen Partei ist nicht neu. Es hat seinen Ursprung in der Praxis der Französischen Revolution, wie E. H. Carr nachgewiesen hat, und obwohl es, wie er sagt, „in keinem der Parteiprogramme erscheint und kein vorgeschriebener Punkt der Parteidoktrin ist", wurde es dennoch angenommen als „in Übereinstimmung mit dem Geist des demokratischen Sozialismus, daß Entscheidungen nicht bei Individuen, sondern bei der kollektiven Gruppe liegen

sollten"[1]. Tatsächlich würde nicht einmal Stalin seine theoretische Gültigkeit angefochten haben, sosehr er es auch in der Praxis ignoriert hat. Nach seinem Tod wurde es von seinen Nachfolgern erneut bestätigt, genauso wie es nach Lenins Tod geschehen war, diesmal allerdings mit größerem Recht, da Lenins Vorherrschaft auf persönlicher Autorität, Stalins aber auf Terror beruht hatte.

Daher verloren die neuen Sowjetführer keine Zeit, zu versichern, daß „kollektive Führung das höchste Prinzip der Parteiführung ist", und dieses Thema wurde in einem längeren Artikel von L. Slepow, damals Redakteur der „Prawda", in der Ausgabe vom 16. April 1953 ausgebreitet. Er erklärte, daß die Partei es sich zum Ziel gesetzt habe, den Standard der Führung zu heben und „administrativen Methoden" ein Ende zu bereiten, welche während des Krieges eingeführt worden waren, als sie gewisse Berechtigung gehabt, aber auch zu ernsten Mängeln geführt hätten. Daß lebenswichtige Prinzipien kollektiv entschieden werden sollten, sei ein fundamentales Prinzip, und Stalin wurde zitiert, der im Jahre 1931 das Beispiel des Zentralkomitees gesetzt habe als einer Körperschaft, die besonders geeignet war, Entscheidungen auf diese Art zu fällen, „da die Weisheit unserer Partei in diesem Areopag konzentriert ist". Denn, wie fähig die Führer auch seien, „sie können die Initiative und Erfahrung des Gesamtkollektivs nicht ersetzen", und die Entscheidungen von Individuen neigten immer dazu, voreingenommen und einseitig zu sein. Es ist jedoch kennzeichnend, daß Stalins Entscheidungen nicht als Beweis dafür angeführt werden, sondern nur solche von verhältnismäßig unbedeutenden Personen, wie z. B. des Ersten Parteisekretärs des Provinzialkomitees von Dshalal-Abad.

Unter den verschiedenen Mißbräuchen, die mit der mangelnden Beachtung des Prinzips der kollektiven Führung in Verbindung gebracht werden, erscheinen: das Fällen von Entscheidungen ohne vorhergehende Diskussion; das Abhalten von Versammlungen der Parteikomitees, bei denen nur eine Minderheit der Mitglieder anwesend ist, oder von Versammlungen, bei denen Kritik nicht erlaubt ist, da es ja „die Funktion der kollektiven Führung ist, die Mitglieder zu befähigen, sich gegenseitig zu verbessern und zu kritisieren"; das Gründen von Entscheidungen auf Fragebogen anstatt auf offenen Diskussionen; das Versäumnis, alles Material, das die Mitglieder eines Komitees brauchen, um eine Entscheidung fällen zu können, vorher zirkulieren zu lassen; die Änderung von

[1] The Bolshevik Revolution II, S. 187f.

Resolutionen ohne Zustimmung der für die ursprüngliche Form Verantwortlichen. Diese Vorwürfe sind primär gegen Parteisekretäre gerichtet, die angeblich das Gesetz in eigene Hand genommen und damit jenen „Personenkult" (s. d.) bekundet hatten, den abzuschaffen der Zweck der kollektiven Führung ist.

Ein Leitartikel im „Kommunist" von April 1956 verdammt Stalins Ablehnung der kollektiven Führung als „sehr schädlich" und weil sie u. a. zu „Verletzungen sozialistischer Gesetzlichkeit" geführt habe. Aber er fährt fort, daß unter dem Deckmantel des Angriffs auf Stalins Ablehnung „gewisse verdorbene Elemente versuchen, die Parteipolitik und ihre leninistischen Wurzeln in Zweifel zu ziehen", und daß die Verdammung der stalinschen Ablehnung nicht die Verwerfung der „Ein-Mann-Leitung" einschließe. Das wird weiterentwickelt in einem Leitartikel in „Parteileben" des gleichen Monats. Er erklärt, daß „Ein-Mann-Leitung ohne Vertrauen zum Kollektiv die unabhängige Aktion der Arbeiter hemmt" und zu „übermäßigem Selbstvertrauen" unter den Leitenden führe. Das aber dürfe, so beeilt er sich hinzuzufügen, nicht als Verwerfung der Führer und der Führung gewertet werden. „Einige Leute", so stellt er fest, „sind so weit gegangen, das Recht der Direktoren von Betrieben in Zweifel zu ziehen, notwendige Versetzungen von Arbeitern vorzunehmen und Strafen für Disziplinvergehen und ähnliches aufzuerlegen" — „anarchistische Ideen", welche die Partei zu Recht verworfen habe. Abgesehen davon, umgeht der Artikel das dornige Problem, wie kollektive Führung auf die Industrie anzuwenden ist, und beschränkt sich auf Allgemeinheiten über das Recht der Mitglieder, an der Diskussion von Parteifragen teilzunehmen.

Ein Punkt wird jedoch nicht klargemacht, wie nämlich unter kollektiver Führung Entscheidungen tatsächlich erreicht werden. Wahrscheinlich durch Mehrheitsbeschluß, wobei man von der Minderheit erwartet, daß sie sich mit der Mehrheit um der Parteieinheit willen verbindet. Denn wenn eine Minderheit ihre Opposition fortsetzte, würde sie gegen das zentralistische Element im „demokratischen Zentralismus" (s. d.) verstoßen, während jeder Versuch, solche Opposition zu organisieren, „Fraktionalismus" (s. d.) wäre.

Hingewiesen werden muß noch auf die von den Bolschewisten bei ihrer Machtergreifung wiederaufgenommene Praxis, die schon von Peter dem Großen eingeführt worden war, nämlich jedem Volkskommissar ein Kollegium von Mitgliedern seines Kommissariats beizugeben, das er um Rat fragen mußte, bevor

er eine Verordnung erließ. Er sollte gehindert werden, willkürlich zu handeln, durch den Zwang, alle Entscheidungen einer Körperschaft von Fachleuten zu unterwerfen. Diese Praxis wurde unter Stalin fallengelassen, aber seine Nachfolger sind zu ihr zurückgekehrt, da sie mit dem Prinzip der kollektiven Führung übereinstimmt. Aber auch hier wieder wird betont, daß seine Anwendung der „Ein-Mann-Leitung“ keinen Abbruch tut, da ein Minister eine Verordnung erlassen kann, auch wenn sein Kollegium nicht zustimmt, und wenn auch dieses Kollegium gegen ihn den Ministerrat anrufen kann, so ist ein solch drastischer Schritt unwahrscheinlich.

Kosmopolitismus

D. N. Uschakow definierte in der Ausgabe seines „Wörterbuchs“ von 1935 einen Kosmopoliten als „Weltbürger“, aber als die Ausgabe von 1949 des Wörterbuchs von Oshegow erschien, hatte sich die Bedeutung in die eines Landesverräters gewandelt. Ähnlich erklärte die Ausgabe des „Kurzen Philosophischen Wörterbuchs“ von 1952 Kosmopolitismus als „eine reaktionäre Theorie, die Gleichgültigkeit gegenüber der Heimat, dem Vaterland, den nationalen Traditionen und der nationalen Kultur predigt“. Er ist „die Kehrseite des Nationalismus“ und „die Ideologie und Politik der Bourgeoisie“.

„Gegenwärtig wird er von dem amerikanischen Imperialismus, der nach der Weltherrschaft strebt, kultiviert. Der Kosmopolitismus tritt mit der Forderung auf, daß die Völker den Kampf um nationale Unabhängigkeit und Souveränität aufgeben, daß eine ‚Weltregierung‘ errichtet wird, die in den Dienst des Imperialismus gestellt würde. Wenn der in den Vereinigten Staaten entfachte Nationalchauvinismus die ideologische Vorbereitung der Amerikaner für einen Eroberungskrieg bezweckt, so ist das Ziel des Kosmopolitismus, in den Völkern der andern Länder die Sorge um das Schicksal ihrer Heimat zu ersticken, ihren Patriotismus zu untergraben und sie zu gefügigen Werkzeugen in der Hand der Imperialisten zu machen.“

In diesem Stil fährt der Artikel fort, zu erklären, daß der Kosmopolitismus von den „angloamerikanischen Imperialisten“ benutzt wird als Tarnung für Spionage; daß er von den „Rechtssozialisten — den getreuen Lakaien des Imperialismus — unterstützt wird“; daß er in dem als „Räuberplan“ bezeichneten Marshallplan Aus-

druck findet; und daß er sich ganz allgemein „in der Form der Servilität gegenüber der ‚faulenden bürgerlichen' Kultur, der Verunglimpfung der großen Errungenschaften der sowjetischen sozialistischen Kultur und der Ignorierung der hervorragenden Rolle des russischen Volkes manifestiert."

Der Begriff erschien jedoch nicht in den Dekreten Shdanows über die Literatur und Kunst von 1946/47, und als G. F. Alexandrow 1947 wegen seiner „Geschichte der Philosophie" angegriffen wurde, klagte man ihn des Objektivismus an. Die Sowjetführer scheinen ihm in der Tat nur sparsam eine schimpliche Bedeutung beigelegt zu haben, da eine solche mit der Konzeption des Internationalismus in Widerspruch stand. Aber in der zweiten Hälfte des Januars 1949 entschloß sich das Zwölfte Plenum des Präsidiums des Schriftstellerverbandes, eine Kampagne gegen die literarischen und dramatischen Kritiken zu entfachen, welche der Verunglimpfung der Sowjetkultur und des „Kotaus vor dem Westen" beschuldigt wurden; eröffnet wurde diese Kampagne mit einem Artikel in der „Prawda" am 28. Januar, in dem der Kosmopolitismus mit dem internationalen Judentum, dem Zionismus, dem Panamerikanismus und dem Katholizismus in einen Topf geworfen wurde, und mit einem Artikel in „Kultur und Leben" vom 30. Januar. Hauptsünder waren danach die Juden, die in den vorangegangenen Jahren als „entwurzelt" (bezrodnye) angeklagt worden waren, ein Wort, das in dem oben angeführten Artikel des „Philosophischen Wörterbuchs", allerdings ohne ausdrücklichen Hinweis auf sie, benutzt wurde.

Während des Krieges hatten viele Russen geglaubt, daß sie für Werte kämpften, die über die ihrer eigenen besonderen Gesellschaft hinausgingen. Nach Ansicht der Führer war es unerwünscht, daß sie es weiterhin glaubten. Daher wurde die Aufgabe der Entlarvung des Kosmopolitismus dem bekannten sowjetischen Theoretiker M. Mitin übertragen, und in zwei Artikeln in der „Literatur-Zeitung" vom 9. und 12. März 1949 wurden zwölf prominente Intellektuelle, darunter fünf Juden, des Kosmopolitismus angeklagt. Darunter war auch M. Rosenthal, der zusammen mit P. Judin das „Philosophische Wörterbuch" herausgegeben hatte und daher eigentlich hätte wissen sollen, wovon er sprach. Seit Stalins Tod ist der Begriff in der sowjetischen Propaganda weniger häufig gebraucht worden, da die antisemitische Kampagne gestoppt wurde ebenso wie die unvernünftige Verherrlichung alles Russischen mit der gleichzeitigen Verunglimpfung alles dessen, was nichtrussisch war. Die Angriffe auf die Intellektuellen nahmen ab,

und die neuen Führer bewegten sich auf eine Politik der „Entspannung" gegenüber dem Westen zu. Dennoch setzte auf dem Zweiten Kongreß der Sowjetschriftsteller im Dezember 1954 deren Generalsekretär Alexej Surkow Kosmopolitismus gleich mit „der abstoßenden Ideologie der Kriegstreiber"; und in einer im Januar 1956 veröffentlichten Broschüre „Der Kampf der Partei für eine erhabene Ideologie in der Sowjetliteratur während der Nachkriegsperiode" erklärte deren Autor, L. A. Plotkin: „Unsere Presse verurteilte scharf, aber gerecht die Kritiker, die kosmopolitischer Fehler schuldig waren und die ernsthaften Erfolge der Sowjetkunst leugneten", und: „Im folgerichtigen und energischen Kampf gegen den Kosmopolitismus hat die Partei immer darauf hingewiesen, daß er die Kehrseite des bürgerlichen Nationalismus ist und daß beide Überbleibsel der bürgerlichen Ideologie und dem Sowjetvolk gleichermaßen fremd sind."

Seit dem Zwanzigsten Kongreß haben die Angriffe auf den Kosmopolitismus praktisch aufgehört, wenn auch, wie wir gesehen haben, immer noch daran festgehalten wird, daß sie zu ihrer Zeit vollauf gerechtfertigt waren. Aber noch im November 1954 wurde die Gefahr, der die Sowjetliteratur durch ihn ausgesetzt war, von N. Gribatschew in einem längeren Artikel im „Kommunist" analysiert. Auch er beklagte „den Mangel an einer fundamentalen Ausarbeitung der marxistisch-leninistischen Ästhetik", d. h. das Versäumnis, einen normativen Maßstab zu liefern, mit dem die Werke der schöpferischen Kunst beurteilt werden können. Doch liefert ihn die Lehre vom „sozialistischen Realismus" (s. d.) insoweit, als es innerhalb der Bedeutung dieses Begriffes liegt, daß Konflikte zwischen Situationen und Charakteren in einer Erzählung in der Weise ausgebreitet werden müssen, daß die Natur dieser Konflikte von dem Stadium der Entwicklung abhängig erscheint, den die Gesellschaft erreicht hat. In der Sowjetunion stehen sie sich nicht mehr feindlich gegenüber, und damit stellen sie den Schriftsteller vor ein schwierigeres Problem als das, dem er sich gegenübersah, als er sie in Begriffen eines klar definierten Klassenkampfes behandeln konnte. Gribatschew klagt jedoch die bürgerlichen Schriftsteller nicht an, daß sie den Konflikt übersehen, sondern daß sie dessen Herkunft aus der Natur der bürgerlichen Wirklichkeit nicht sehen; daß sie sich damit zufriedengeben, ihn leidenschaftslos wiederzugeben und damit in den Irrtum des „bürgerlichen Objektivismus" (s. d.) zu fallen; daß sie glauben, „der Mensch trage den Konflikt in sich als angeborene Unvollkommenheit seiner Natur", so daß er sich darstellt als etwas,

das aus der menschlichen Natur herrührt, und nicht, wie es der sozialistische Realismus lehrt, aus der Beschaffenheit der Gesellschaft.

Es ist kaum nötig, hinzuzufügen, daß, solange die Jagd auf die Kosmopoliten andauerte, alle kommunistischen Parteien daran teilnahmen. In Artikeln in dem „Journal des Kominform" beschrieben George Cogniot von der französischen Kommunistischen Partei und Sikorsky von der Polnischen Arbeiterpartei den Kosmopolitismus als „Taktik des amerikanischen Imperialismus". Der tschechische Kommunist Vaclav Kopecky erklärte: „Er ist Ausdruck einer in der bürgerlichen Gesellschaft weitverbreiteten Ansicht, daß die Wissenschaft höhersteht als die Nation, etwas, das der ganzen Welt gehört", und das habe zu einer Haltung der Servilität gegenüber der westlichen Wissenschaft geführt. Er beklagte, daß der Unterricht gleicherweise angesteckt sei, so daß Napoleon und Byron über weit größere russische Generale und Dichter gestellt würden, daß man die Kinder tatsächlich lehre, der höchste Berg in Europa sei der Mont Blanc, während es doch der Elbrus im Kaukasus sei. Die Presse der westlichen kommunistischen Parteien veröffentlichte ähnliche Albernheiten.

Kritik und Selbstkritik

Artikel 3g der revidierten Parteistatuten, die vom Neunzehnten Parteikongreß 1952 angenommen wurden, legt bei der Aufzählung der Pflichten der Parteimitglieder fest: „Sie müssen Selbstkritik und Kritik von unten entfalten, Mängel in der Arbeit bloßlegen und für ihre Beseitigung sorgen und dagegen kämpfen, daß man ein falsches Bild wohlgeordneter Zustände zur Schau stellt und sich vom Erfolg bei der Arbeit berauschen läßt. Unterdrückung der Kritik ist ein großes Übel. Wer Kritik unterdrückt und Prahlerei und Lobhudelei an ihre Stelle setzt, kann nicht in den Reihen der Partei sein." Artikel 4h gibt jedem Parteimitglied das Recht, jeden Funktionär in einer Versammlung zu kritisieren und Feststellungen oder Fragen an jede Parteiinstanz bis hinauf zum Zentralkomitee zu richten. Artikel 28 erklärt „die freie und sachliche Diskussion über Fragen der Parteipolitik in den einzelnen Organisationen oder in der Gesamtpartei" zum „unveräußerlichen Recht" jedes Parteimitglieds, ein Recht, das sich aus der „innerparteilichen Demokratie" ergäbe, der alleinigen Grundlage, auf der Selbstkritik entwickelt werden könne. Diese Her-

hebung von Kritik und Selbstkritik ist bedeutsam, denn obwohl ihre Wichtigkeit immer anerkannt worden ist, gab es in den Parteistatuten vom März 1939 keinen Hinweis darauf.

Ihr Ziel ist, wie Malenkow in seinem Bericht an den Kongreß darlegte, 1. Selbstgefälligkeit und Selbstzufriedenheit, die leicht zu Nachlässigkeit und Untüchtigkeit führen, zu verhindern, 2. die Mängel bei den verschiedenen Planungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu enthüllen, 3. die Partei und ihre leitenden Funktionäre daran zu hindern, sich in eine bürokratische Kaste zu verwandeln, die gegen Kritik immun und von den Massen abgeschnitten ist, und 4. aktive Teilnahme der Massen beim Aufbau des Sowjetsystems zu erlangen; denn „Kritik von unten spiegelt schöpferische Initiative und Unternehmungsgeist bei Millionen schaffender Menschen wider und ihre Sorge um die Stärkung des Sowjetstaates". Malenkow wies jedoch darauf hin, daß es ein Irrtum sei, zu glauben, „Kritik von unten" entwickle sich spontan, daß es sie vielmehr nur gebe, wenn allen, die „gesunde Kritik" vorbrächten, versichert würde, daß man sie unterstützen und Schritte unternehmen werde, die Mängel, auf die sie aufmerksam gemacht hatten, abzustellen. Es ist daher eine der häufigsten Anklagen gegen in Ungnade gefallene Parteifunktionäre, daß sie Kritik unterdrückt haben. Eine ähnliche Linie verfolgte der Zwanzigste Kongreß.

Kritik und Selbstkritik werden gewöhnlich so behandelt, als wären sie ein und dasselbe, obwohl es tatsächlich einen Unterschied zwischen ihnen gibt. Kritik bezeichnet die Pflicht eines jeden Parteimitglieds, den Autoritäten alles zur Kenntnis zu bringen, was nach seiner Ansicht geeignet ist, das Regime zu schwächen, und sie reicht daher von der Denunziation einzelner bis zu Klagen über die Führung eines Betriebes — z. B. einer Fabrik oder einer Kollektivfarm — oder über den Mangel oder die übertriebenen Kosten eines wichtigen Bedarfsguts. Wenn es jedoch um politische Angelegenheiten geht, verlangt die Lehre vom „demokratischen Zentralismus", daß eine Maßnahme nur so lange kritisiert werden darf, bis von der zuständigen Autorität eine Entscheidung darüber getroffen worden ist. Danach ist eine Kritik nicht mehr erlaubt. Außerdem wurden von Lenin gewisse Bedingungen festgelegt. Die Kritik muß der Partei (oder einer Parteiorganisation) insgesamt zur Diskussion vorgelegt werden und nicht einzelnen Gruppen, sie muß die Form eines praktischen Vorschlags zur Abstellung der Mißstände annehmen, und die Kritik muß der „Stellung der Partei inmitten eines Rings von Fein-

den" Rechnung tragen. Während so der Theorie nach das Parteimitglied kritisieren darf und dazu ermutigt wird, kann unerwünschte Kritik leicht als „destruktiv" und nicht „konstruktiv" abgetan werden, oder sie kann verdammt werden, weil sie verhüllt einen Angriff auf die ideologische Basis der Sowjetordnung enthält, welche überhaupt über jede Kritik erhaben ist.

Selbstkritik anderseits ist die Pflicht aller, die Parteiorganisationen leiten, offen Mängel zuzugeben, da, wie es der „Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU" ausdrückt, „die Geschichte der Partei lehrt, daß die Partei ihre Rolle als Führerin der Arbeiterklasse nicht erfüllen kann, wenn sie von Erfolgen berauscht, überheblich zu werden beginnt, wenn sie aufhört, die Mängel ihrer Arbeit zu bemerken, wenn sie sich fürchtet, ihre Fehler einzugestehen und sie zur rechten Zeit offen und ehrlich zu korrigieren. Die Partei ist unbesiegbar, wenn sie Kritik und Selbstkritik nicht fürchtet."

Die ursprüngliche Quelle für diese Praxis ist die Feststellung in Marx' „Achtzehntem Brumaire" (1852), daß es ein entscheidender Zug der proletarischen Revolutionen im Gegensatz zu den bürgerlichen war, sich ständig selbst zu kritisieren.

„Bürgerliche Revolutionen, wie die des achtzehnten Jahrhunderts, stürmen rasch von Erfolg zu Erfolg . . . aber sie sind kurzlebig . . . Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des neunzehnten Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche . . ."

Daher unterstrich Lenin, bevor und noch stärker, nachdem seine Partei die Macht ergriffen hatte, ihre Bedeutung. „Alle revolutionären Parteien, die bisher zugrunde gegangen sind, gingen daran zugrunde, daß sie überheblich wurden und nicht zu sehen vermochten, worin ihre Kraft bestand, daß sie sich fürchteten, von ihren Schwächen zu sprechen. Wir werden nicht zugrunde gehen, weil wir nicht fürchten, von unsern Schwächen zu sprechen, und es lernen werden, die Schwäche zu überwinden." Das war aber wohl kein normaler Zug des Parteilebens bis zur Meuterei von Kronstadt im Jahre 1921, welche die Partei zwang, ihre Lage ernsthaft zu überdenken. Aber die der Kritik und Selbstkritik von nun ab zugewiesene Rolle war zweifellos verknüpft mit dem Dekret des Zehnten Kongresses vom April des gleichen Jahres, welche die Bildung von Gruppen innerhalb der Partei als

„Fraktionalismus" (s. d.) verdammte. Offensichtlich mußten Konzessionen gemacht werden, da es, wenigstens zu jener Zeit, unmöglich war, die Opposition ganz zum Schweigen zu bringen, und das nahm die Form an, Kritik zu erlauben, vorausgesetzt, daß sie in kontrollierbare Kanäle gelenkt werden konnte.

Zweifellos hielt man Kritik und Selbstkritik für nützlich, und die oben angeführten offiziellen Erklärungen tragen dem irgendwie Rechnung. Wenn wir jedoch etwas tiefer in die Sache eindringen, können wir feststellen, daß man sie auch aus folgenden Gründen schätzte. Zunächst ist es wünschenswert, daß eine Diktatur eine Art von Sicherheitsventil schafft, und wenn es der herrschenden Clique gleichzeitig einen Trend der öffentlichen Meinung anzeigt, um so besser. Daher wird die auf Mängel in der Sowjetwirtschaft hinweisende Kritik sicherlich Beachtung auf höherer Ebene finden, und wenn es sich herausstellt, daß sie die Ansichten eines beachtlichen Querschnitts der Gemeinschaft spiegelt, kann sie zu angemessenen Maßnahmen führen.

Doch ist solche Kritik nicht immer so spontan, wie es aussieht, Eine ihrer gewöhnlichen Formen ist die von Briefen an die Presse, die von der Partei vorsichtig gelenkt werden und z. B. auf eine administrative Unzulänglichkeit aufmerksam machen, welche die Behörden sich entschlossen haben, bloßzustellen. Diese Methode dient dem doppelten Zweck, die in Frage stehende Organisation zu opfern und die Illusion zu nähren, daß die Partei immer bereit ist, für die Beschwerden der Massen einzutreten, deren Spitze sie zwar ist, aber angeblich auch deren Diener.

Es ist zweitens, trotz der vorherrschenden Rücksicht der russischen Parteiführer auf Aufrechterhaltung und Ausdehnung ihrer Macht, richtig, daß sie in Übereinstimmung mit ihrem immer wieder bekundeten Ziel wünschen, die Massen in die Verwaltungsarbeit zu bringen, mit dem Vorbehalt natürlich, daß die Massen auch bereit sind, ihre Führung anzuerkennen. Es hat für sie deutliche Vorteile, wenn die Basis der Verwaltung so breit wie möglich ist, da das ihre eigene Aufgabe nicht nur leichter macht, sondern sie auch befähigt, das Regime als echt demokratisch hinzustellen. Das Problem ist für sie nur immer gewesen, wie sie diesen Zustand herstellen können, ohne ihre eigene Position zu schwächen, und mit diesem Problem scheinen sie sich heute ernsthaft zu beschäftigen. Sie wollen die Kritik anregen, weil sie glauben, daß sie einen stärker mitarbeitenden Typ von Bürgern hervorbringen kann. Gleichzeitig hat das seit Jahren bestehende starre Regierungssystem eine Anzahl von „Verteidigungs-

mechanismen" geschaffen, deren bewußte oder unbewußte Anwendung es unwahrscheinlich macht, daß der normale Bürger es wagen wird, einen allgemeinen Zug des sowjetischen Lebens zu kritisieren, wenn er nicht weiß, daß er dadurch geschützt ist, daß die Kritik bereits offiziell geübt oder sanktioniert wurde. In der Tat gab es zu Stalins Lebzeiten praktisch überhaupt keine Kritik. Es war viel zu gefährlich, eine höhere Autorität zu kritisieren, und nur die Mutigsten waren bereit, den Kopf in die Schlinge zu stecken. Dieses Widerstreben wollen die gegenwärtigen Sowjetführer brechen; und auf den Versammlungen von Zellen und Ausschüssen der Städte, Distrikte und Provinzen, die gemäß den Parteistatuten vor dem Zwanzigsten Kongreß abgehalten wurden, scheint es Fälle von echter Kritik gegeben zu haben. Jedoch ist die Furcht vor den Folgen solcher Betätigung noch nicht gebannt, und eine kürzlich erschienene Nummer des „Krokodils" enthält eine Karikatur, in der eine Katze von furchterregendem Aussehen eine sehr erschrockene Maus mit folgenden Worten anredet: „Schön! Du hast deine Klage vorgebracht. Und was hast du zu deiner Verteidigung zu sagen?"

Drittens unterstützen Kritik und Selbstkritik die Partei in ihrer Aufgabe, die Beweggründe und das Verhalten aller in verantwortlicher Stellung Befindlichen ständig genau zu überprüfen. Margaret Mead behauptet, man glaube, daß jedes Parteimitglied jederzeit eines Vertrauensbruchs fähig sei[1]; und in der Tat scheint dieser Glaube gute Gründe zu haben, denn es liegt in der menschlichen Natur, daß eine Partei, die absolute Forderungen stellt, nie sicher sein kann, daß sie erfüllt werden, und sie muß entsprechend handeln.

Viertens glaubt man, daß durch sie die Leistungsfähigkeit gefördert wird. Jeder, der mit den Wegen dieser Welt vertraut ist, weiß, daß es häufig zweckdienlich sein kann, eine verfehlte Politik oder Tätigkeit zu vertuschen. Zweifellos geschieht das auch in Rußland. Und doch können Kritik und Selbstkritik einen gewissen Schutz bieten, da Kritik die Aufmerksamkeit auf begangene Fehler lenkt und Selbstkritik die für sie Verantwortlichen zwingt, zuzugeben, daß sie sie gemacht haben.

Schließlich haben sie psychologischen Wert, da sie die völlige Ergebenheit symbolisieren, die jeder Funktionär, wie hoch er auch steht, der Partei schuldet, deren kollektivem Willen er sich unterwerfen muß. Wenn er daher etwas getan hat, was sie miß-

[1] Soviet Attitudes towards Authority, New York 1951, S. 31.

billigt, muß er vorbereitet sein, darauf hingewiesen zu werden und ein öffentliches Bekenntnis seines Vergehens abzulegen, und es ist wiederholt betont worden, daß darin nichts Schimpfliches liegt und daß es ein Kennzeichen des guten Kommunisten ist, das anzuerkennen. Wir werden noch sehen, daß sein Vergehen sehr wohl einfach darin liegen kann, treu eine Politik verfolgt zu haben, die sich als falsch erwiesen hat und die ihm von denselben Leuten aufgetragen worden ist, die ihn jetzt kritisieren; aber das ist der Preis für die Mitgliedschaft in einer monolithischen Partei, die keinen Irrtum zugeben kann, und er mag darüber nachdenken, daß er nur das heimgezahlt bekommt, was er gelegentlich an andern getan hat.

Es gibt jedoch gewisse Situationen, die ganz besonders eine Verpflichtung zur Selbstkritik auferlegen. So kann es etwa einen Machtkampf in der KPdSU selbst geben oder zwischen ihr und einer andern kommunistischen Partei, wie z. B. der jugoslawischen, oder in einer andern Partei, wie es der Fall war in der französischen Kommunistischen Partei zwischen Jacques Duclos und André Marty. Man kann die eigentliche Ursache solcher Konflikte nicht offen zugeben und muß sie daher als Folge ideologischer Divergenzen hinstellen. So wurde die Kontroverse zwischen Moskau und der jugoslawischen Kommunistischen Partei sehr schnell auf diese Ebene geschoben. Wir brauchen das jedoch nicht zu zynisch anzusehen. Zweifellos glauben die Kommunisten an eine enge Verbindung von Theorie und Praxis, und das macht sie dafür empfänglich, jeden Zusammenstoß zwischen zwei rivalisierenden Persönlichkeiten als Konflikt zwischen zwei entgegengesetzten Auslegungen der Parteidoktrin zu betrachten, von denen nur eine richtig sein kann. In diesem Fall muß der Verlierer seinen Irrtum eingestehen und durch diesen Akt der Selbstkritik die Einheit der Gruppe wiederherstellen. Falls sein guter Glaube nicht in Frage gestellt ist, kann er in der Partei bleiben und schlimmstenfalls eine Degradierung erleiden; verweigert er aber die Unterwerfung, kann er sehr wohl als feindlicher Agent entlarvt und ausgestoßen werden.

Wir brauchen hier nicht auf die verschiedenen Hypothesen einzugehen, die vorgebracht wurden, um die bei den Säuberungsprozessen der Mitte der dreißiger Jahre und bei bestimmten Gelegenheiten in den Nachkriegsjahren zutage geförderten Geständnisse zu erklären, da solche Geständnisse nicht Selbstkritik, sondern Schuldbekenntnisse waren, oft von Verbrechen, die der Selbstankläger gar nicht begangen haben kann. So übte Berija

keine Selbstkritik, sondern machte — wenigstens nach dem Bericht — ein Bekenntnis. Aber das öffentliche Abschwören einer Politik durch Führer oder von Meinungen durch Intellektuelle nimmt gewöhnlich die Form von Selbstkritik an, wenn es sich natürlich auch um Widerrufe handelt, da sie ja von einer höheren Autorität verlangt wurden. Tatsächlich ist es nicht möglich, die beiden klar zu unterscheiden. Man kann nur sagen, daß man von Parteimitgliedern, wenn sie aufgefordert werden, Rechenschaft abzulegen, verlangt, daß sie sich selbst kritisieren, wenn auch die Form von der Tatsache diktiert werden kann, daß eine Beschuldigung gegen sie vorliegt. Zweifellos gibt es manche, die den aufrichtigen Versuch dazu unternehmen, und tatsächlich kann das die Form von Masochismus annehmen. Doch führt die Beharrlichkeit der Forderung, Selbstkritik bei allen Gelegenheiten zu üben, unweigerlich dazu, sie zur gewohnheitsmäßigen Übung absinken zu lassen — einer Art von „Generalbeichte", die nicht mehr bloßstellt als das Eingeständnis, daß man das, was man getan hat, besser hätte tun können. Beispiele dafür finden sich in den Berichten führender Mitglieder von kommunistischen Parteien, die in jeder Ausgabe des „Journals des Kominform" zu erscheinen pflegten. Nachdem sie in den ersten zwei Dritteln über den erzielten bemerkenswerten Fortschritt berichten, sind sie gezwungen, das letzte Drittel den begangenen Fehlern und noch abzustellenden Mängeln zu widmen. Und das alles nach festem Muster, so daß alles, was der eine sagt, auch von einem andern gesagt werden könnte. Der Auswahl der Kader war nicht ausreichend Beachtung geschenkt worden, die politische Schulung vieler Mitglieder lag noch sehr im argen, und so geht es weiter in der Liste.

Kritik und Selbstkritik haben normalerweise die oben ausgeführte Bedeutung; aber sie sind auch in weiterem Sinn interpretiert worden. Gemäß der Dialektik findet Fortschritt nur durch den Konflikt und die Versöhnung von Widersprüchen statt; und Marx hatte behauptet, daß der besondere Widerspruch, der als bewegende Kraft hinter dem historischen Prozeß steht, jener sei, der durch das Bestehen feindlicher Klassen geschaffen worden ist, nämlich der Klassenkampf. Aber 1936 hatte Stalin verkündet, daß der „Sieg des Sozialismus" innerhalb der Sowjetunion erreicht sei und daß die Klassen, obwohl sie weiterhin existierten, sich nicht mehr feindlich gegenüberständen. Die Ideologen sahen sich also dem Problem gegenüber, was den Klassenkampf als bewegende Kraft hinter der dialektischen Bewegung der sowjeti-

schen Gesellschaft ersetzen könnte, und auf der Konferenz der Philosophen im Juni 1947 erklärte Shdanow, daß es Kritik und Selbstkritik seien.

„Unsere Partei", sagte er, „hat schon seit langem ... jene besondere Form der Enthüllung und Überwindung der Widersprüche der sozialistischen Gesellschaft entdeckt, denn solche Widersprüche bestehen, und die Philosophie kann nicht umhin, sich mit ihnen zu befassen ... In unserer Sowjetgesellschaft, in der die feindlichen Klassen liquidiert worden sind, geht der Kampf zwischen Altem und Neuem und folglich die Entwicklung vom Niederen zum Höheren nicht in der Form eines Kampfes zwischen feindlichen Klassen und von Umbrüchen vor sich wie innerhalb des Kapitalismus, sondern in der Form von Kritik und Selbstkritik, welche die wirkliche bewegende Kraft unserer Entwicklung sind ... Dies ist unbestreitbar ein neuer Aspekt von Bewegung, ein neuer Typ von Entwicklung, ein neues dialektisches Gesetz."[2]

Diese Erklärung wurde bis zum Tode Stalins vorgebracht. Seitdem scheint es, daß man sie aufgegeben hat zugunsten der Ansicht, daß in einer sozialistischen (oder kommunistischen) Gesellschaft die Elemente des Konflikts, wiewohl nicht länger feindlich, ersetzt worden sind durch den Widerspruch zwischen den produktiven Kräften einerseits und ihrer Fähigkeit, die an sie gestellten Forderungen zu genügen, anderseits.

Der Sowjetphilosoph M. A. Leonow ferner setzt in einer Untersuchung über den Gegenstand, veröffentlicht im Jahre 1948, Kritik und Selbstkritik gleich mit dem kritschen Vermögen an sich. Kritik (und mit ihr Selbstkritik) wird dargestellt als charakteristischer Zug des Marxismus-Leninismus, der nicht nur andere Weltanschauungen, sondern auch die eigene kritisiert, jene verdammend und diese zu verwirklichen trachtend. Sie ist wesentlich für jene Entwicklung des Wissens, auf welcher der Fortschritt beruht, und alle großen Entdeckungen der Vergangenheit haben darauf beruht. Doch ist sie vor Marx nie ganz wissenschaftlich gewesen. Die Kritiken Kants und Hegels endeten in reaktionären Systemen; und während jene der französischen Materialisten des achtzehnten Jahrhunderts echt war, insofern sie nach Förderung der Wissenschaft strebte und die spekulative Philosophie ablehnte, war sie doch beschränkt, weil sie nicht als praktische revolutionäre Tätigkeit aufgefaßt wurde und daher ihr Einfluß begrenzt war und den politischen Kampf der Massen

---

[2] Prawda, 30. Juli 1947.

nicht berührte. Dann enthüllte schließlich Marx die wahre Natur der Wirklichkeit und des Menschen als Teil der Wirklichkeit und lieferte gleichzeitig in der Form der Dialektik die einzige gültige Erklärung, wie Wandlungen in der Gesellschaft zustande kommen. So schuf er eine Kritik, die vollständig wissenschaftlich war, da sie zum erstenmal auf objektiver Wahrheit beruhte. Sie ist daher die Methode, die einerseits die Widersprüche in der nichtsozialistischen Welt aufdeckt und es anderseits ermöglicht, jene Widersprüche innerhalb der Gesellschaft wahrzunehmen und zu überwinden.

Nachtrabpolitik

Nach dem „Politischen Wörterbuch" bedeutet „Nachtrabpolitik (Chwostismus) im Klassenkampf die Verwerfung der aktiven revolutionären Aktion, die Verneinung der führenden Rolle der revolutionären Partei der Arbeiterklasse". Der Begriff wurde von Lenin in seiner Schrift „Was tun?" (1902) geprägt, wo er mit „Ökonomismus" (s. d.) und „Spontaneität" (s. d.) verbunden wird. Dabei ist Ökonomismus die Ansicht, daß gewerkschaftliche Aktion „die am weitestgehend anwendbare Methode ist, die Massen in den politischen Kampf zu ziehen", während Spontaneität implicite eine Verneinung der führenden Rolle der Partei in der Revolution enthält. In seinen Schriften „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück" und „Zwei Taktiken" kam er noch einmal darauf zurück. Die einzelnen Ergebnisse interessieren hier nicht. Aber in beiden Fällen sagt er, daß seine Gegner sich vor der öffentlichen Meinung verbeugen und den Weg des geringsten Widerstandes wählen. Danach ist Nachtrabpolitik die Weigerung der Partei, anzuerkennen, daß es ihre Pflicht ist, die Massen zu führen und nicht ihren Wünschen zu folgen, denn sie beschränken sich nach Lenin auf die Befriedigung „konkreter Forderungen" und scheuen sich vor der Revolution. Während also die Partei engste Fühlung mit den Massen halten muß, ist sie doch nicht deren Mandant, sondern eher Interpret dessen, was sie wünschen würden, wenn sie reif genug wären, ihre wirklichen Interessen zu beurteilen. Es besteht hier eine offensichtliche Verbindung zwischen dieser Auffassung und der von der „engen" Partei, die aus einer Elite besteht, deren höher entwickeltes Klassenbewußtsein sie befähigt, weiter zu sehen als die, unter denen sie wirkt, und daher ihren Führungsanspruch rechtfertigt. Aber dieser „Elitismus" ist anti-

demokratisch, und daß Lenin darauf besteht, enthüllt sein tiefes Mißtrauen gegen das Volk, das nicht „die Revolution macht", sondern das Rohmaterial darstellt, mit dem sie gemacht wird.

Nationalismus und Selbstbestimmung

Daß Marx die Stärke des Nationalismus unterschätzte — der wirksamsten emotionalen Kraft des neunzehnten Jahrhunderts —, wird oft angeführt als Beispiel für die Begrenztheit eines Systems, das für sich in Anspruch nimmt, die Geschichte in Begriffen wirtschaftlicher Faktoren allein zu erklären. Marx glaubte, daß es die Aufgabe der Bourgeoisie sei, nationale Einheit als Gegensatz zu feudalem Partikularismus herbeizuführen, und daß das Proletariat, da es ein gleichgerichtetes Interesse habe, sich mit der Bourgeoisie verbünden und dann versuchen müsse, den bürgerlichen Staat in einen proletarischen umzuwandeln. So behauptete er: „Der Kampf des Proletariats mit der Bourgeoisie ist zuerst ein nationaler Kampf." Er glaubte jedoch, daß die bürgerliche Produktion unter dem Banner des Freihandels schon die nationalen Schranken niederrisse. Denn durch die Schaffung eines Weltmarktes habe die Bourgeoisie ihre eigene Schöpfung unterminiert. Der Nationalismus sei im Aussterben begriffen, und seine Stelle würde von dem „proletarischen Internationalismus" (s. d.) eingenommen werden, der das Ziel des Sozialismus sei.

Marx beschäftigte sich mit der Frage des Nationalismus zuerst nach den Revolutionen von 1848, welche die dynastischen Prinzipien in Osteuropa erschüttert und eine Volksgruppe nach der anderen dazu gebracht hatten, Ansprüche auf Unabhängigkeit zu stellen. Weder damals noch später stellte er feste Prinzipien auf. Er neigte dazu, Ansprüche abzulehnen, die große Staaten auflösen und kleine bilden wollten, da er der Ansicht war, daß unter modernen industriellen Bedingungen kleine Staaten unwirtschaftlich seien. Deshalb unterstützte er die Ansprüche der Italiener, aber nicht die der Tschechen, Slowaken und anderer zentraleuropäischer slawischer Völker, die er als zu schwach und kulturell rückständig ansah, nationale Selbstbestimmung anzustreben[1]. Er begünstigte ferner die Ansprüche gut entwickelter industrieller Länder wie Deutschland, das guten Boden für revolutionäre Aktivität bot, und jene Polens, deren Verwirklichung

[1] Bertram D. Wolfe, Three who made a Revolution, S. 571.

Rußland, das damals als Bollwerk der Reaktion galt, schwächen würde. Im allgemeinen ließ er sich davon leiten, ob der Erfolg einer nationalen Bewegung die revolutionäre Sache stärken konnte.

Um die Jahrhundertwende war der Nationalismus für Westeuropa kein Problem mehr. Aber die türkische Revolution von 1908 und die Balkankriege von 1911/12 zeigten, daß er in Osteuropa immer noch eine Lebensfrage war und unmittelbaren Bezug auf die Entwicklung des Sozialismus in jenem Gebiet hatte. Als daher Lenin 1912 nach Krakau zog, begann er sich ernsthaft damit zu befassen. Sowohl auf dem Ersten Kongreß der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei von 1898 wie auf dem Zweiten (Londoner) Kongreß von 1903 hatte die Partei das Recht der Minderheiten im zaristischen Reich auf nationale Selbstbestimmung erkannt und damit das Recht auf Lostrennung. Das war teils die Anerkennung eines demokratischen Grundprinzips und teils ein taktischer Zug, um die Sympathien der Minderheiten zu gewinnen, bedeutete aber nicht den Wunsch, Rußland in eine Anzahl kleiner Staaten aufzulösen, oder etwa die Aufgabe des Prinzips des Internationalismus.

Während dieser Jahre entwickelten sich zwei Hauptmeinungsströmungen. Die erste, vor allem mit Rosa Luxemburg verbunden, glaubte, daß der Nationalismus antimarxistisch sei und daß Sozialisten nichts damit zu tun haben sollten. Die zweite, deren Hauptvertreter die österreichischen Sozialisten Karl Renner und Otto Bauer waren, unterschied sich von den Marxisten dadurch, daß sie nicht nur glaubte, die Nationen seien wert, erhalten zu bleiben, sondern auch, daß der Nationalismus, weit davon entfernt, im Sozialismus zu verschwinden, eine zunehmend aktive Rolle spielen würde. Es wäre daher nötig, ihn vom Territorialen zu lösen, wo er zu Schwierigkeiten führen könne, und in die kulturelle Sphäre zu lenken, und zu diesem Zweck befürwortete sie extra-territoriale Autonomie.

Lenin stimmte Rosa Luxemburgs Ablehnung des Nationalismus zu, aber nicht, daß er ignoriert werden sollte, da er ihn für eine Kraft hielt, die ausgenutzt werden konnte. Aber er war entschieden gegen die österreichische Schule, deren Ansichten im Fall ihrer Annahme die Einrichtung der hoch zentralisierten Parteiorganisation, die er schaffen wollte, unmöglich machen würden. Da diese Schule im Kaukasus Anhänger gefunden hatte, beschloß er, daß Stalin (der „wunderbare Georgier", wie er ihn in einem Brief an Maxim Gorki im Februar 1913 nannte) die Angelegenheit untersuchen und einen Artikel für die „Prosweschtschenije" schreiben

sollte; und im Januar 1913 schickte er ihn nach Wien und gab ihm, da er kein Deutsch konnte, Bucharin als Fremdenführer mit. Der Artikel erschien denn auch mit dem Titel „Der Marxismus und die nationale Frage“ und gründete Stalins Ruf als Autorität, so daß er zum Kommissar für Nationalitäten in der ersten, im November 1917 gebildeten Sowjetregierung ernannt wurde. Richard Pipes hat jedoch darauf hingewiesen, daß der Artikel von sehr mittelmäßiger Qualität war und, obwohl unter Lenins Anleitung geschrieben, nicht ganz dessen Ansichten darlegte[2].

In der Tat machte Stalin, wie Pipes ausführt, keinen Versuch, den Argumenten der österreichischen Schule zu begegnen, und wiederholte einfach die bekannten marxistischen Klischees. Danach ist Nationalismus eine Erscheinung der bürgerlichen Entwicklungsstufe. Er reflektiert den Aufstieg des Kapitalismus und ist bestimmt, mit der Bourgeoisie zu verschwinden. Obwohl die Nationen ihre Wurzel in der entfernten Vergangenheit haben, entstehen also vollentwickelte Nationen, die nach seiner Definition Sprache, Staatsgebiet, Wirtschaftsleben und Nationalcharakter gemeinsam haben müssen, erst mit dem Kapitalismus. „Es hat“, so sagt er, „in der vor-kapitalistischen Periode keine Nationen gegeben.“ Sie entstanden, weil „die Bourgeoisie, um einen vollständigen Sieg für ihre Warenproduktion zu erreichen . . ., politisch geeinte Gebiete mit einer die gleiche Sprache sprechenden Bevölkerung haben mußte“. So ist „der typische Staat für die kapitalistische Periode der Nationalstaat“, und Staaten, die von dieser Norm abweichen — multinationale Staaten also — sind immer „Staaten, deren innere Beschaffenheit aus irgendeinem Grund anomal oder unentwickelt geblieben ist“. Als Beispiele führt er das Russische Reich an und „den größeren Teil Asiens, der entweder aus Kolonien besteht oder aus Staaten, die als Nationen extrem abhängig und unterdrückt sind“.

Lenins Versuch, die Angelegenheit genauer zu untersuchen, wurde durch den Krieg unterbrochen. Aber der Gedankengang, der seine Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ (1916) inspirierte, führte ihn dazu, das Problem in anderm Licht zu sehen. Denn der Krieg, so behauptete er nun, war nicht einer zwischen zwei nationalen Blöcken, von denen der eine progressiv und der andere reaktionär war. Wäre er es, so hätten die Sozialisten die Pflicht, den ersten gegen den letzten zu unterstützen. Es war ein imperialistischer Krieg, und es gab

[2] The Formation of the Soviet Union, Harvard 1954, S. 37f.

keinen Grund, sich für eine der darin verwickelten Nationen zu entscheiden. Der Konflikt war also ein supra-nationaler, und der Nationalismus war nicht mehr, wie in Marx' Tagen, ein entscheidender Faktor. Daraus schien zu folgen, wie manche von Lenins Anhängern sich zu erklären beeilten, daß das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung, dessen Anwendung zu unangenehmen Konsequenzen führen konnte, nun veraltet sei und aufgegeben werden sollte.

Aber Lenin weigerte sich, es aufzugeben. Obwohl er überzeugt war, daß der Nationalismus lediglich eine bürgerliche Erscheinung und die Forderung auf nationale Unabhängigkeit nur eine Folge der Unterdrückung war, neigte er doch zu der Annahme, daß unter dem Sozialismus die russischen Minderheiten aus dem Recht auf Selbstbestimmung Vorteile zu ziehen und sich loszulösen wünschten. Unter dem Kapitalismus war die Lage ganz anders. Denn der Imperialismus hatte nach seiner Ansicht zu dem Entstehen eines großen und unzufriedenen einheimischen Proletariats in den „ausgebeuteten" Ländern geführt, und daher mußte das Prinzip der Selbstbestimmung aufrechterhalten werden, da die Förderung und Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen der sicherste Weg zur Schwächung der kapitalistischen Welt war.

Bei der Machtergreifung verloren die Bolschewisten keine Zeit, diese Politik anzuwenden, welche die Sowjetunion als uneigennützigen Wohltäter der unterdrückten Völker erscheinen ließ. Am 7. Dezember 1917 veröffentlichte der Rat der Volkskommissare einen Appell „An die moslemischen Werktätigen in Rußland und dem Osten", der sich vor allem an Perser, Türken, Araber und Hindus wandte, „die imperialistischen Räuber und Versklaver" abzuschütteln; während die „Deklaration der Rechte der werktätigen und ausgebeuteten Völker" vom Januar 1918 „die barbarische Politik der bürgerlichen Zivilisation" verdammte, „welche den Wohlstand der Ausbeuter in einigen erwählten Nationen auf der Versklavung von hunderten von Millionen werktätiger Bevölkerung in Asien, allgemein in den Kolonien und in den kleinen Nationen errichtet hat".

Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß diese Politik nicht auf die russischen Minderheiten angewandt wurde, die sich der Rechte der nationalen Selbstbestimmung und der Lostrennung erfreuen durften, allerdings unter der Bedingung, daß sie keinen Gebrauch davon machten. Aber, wie Bucharin es auf dem Achten Parteikongreß im März 1919 ausdrückte:

„Wenn wir als Lösung das Recht der Selbstbestimmung für die Kolonien vorschlagen, die Hottentotten, die Neger, die Inder usw., so verlieren wir nichts dadurch. Im Gegenteil, wir gewinnen, denn der nationale Gewinn als ganzer wird den ausländischen Imperialismus schädigen . . . Die stärkste nationale Bewegung, z. B. die der Inder, ist Wasser auf unsere Mühlen, da sie zur Vernichtung des englischen Imperialismus beiträgt.“[3]

Daher schreibt die Komintern in den vom Zweiten Kongreß gebilligten „Einundzwanzig Zulassungsbedingungen“ vor, daß nationale Befreiungsbewegungen unterstützt werden sollen. Das bedeutete allerdings nicht, wie Stalin sagte, daß die Kommunisten „jede Forderung einer Nation“ unterstützen sollten — d. h., sie sollten nicht eine Ordnung der Dinge akzeptieren, die, selbst wenn sie verfassungsmäßig gebilligt war, ihrer Interpretation der Interessen des Proletariats oder der weltrevolutionären Bewegung entgegengesetzt war.

Die vollständigste Darlegung der kommunistischen Politik gegenüber nationalen Befreiungsbewegungen ist enthalten in den Thesen über die nationale und koloniale Frage, die vom Sechsten Kominternkongreß von 1928 angenommen wurden. Die Kraft hinter solchen Bewegungen im Anfangsstadium ist die nationale Bourgeoisie, deren Forderungen die Kommunisten daher unterstützen müssen. Aber die Thesen unterstreichen, daß der bürgerliche Nationalismus machtlos ist, das imperialistische Joch abzuschütteln und nationale Unabhängigkeit zu sichern, und daß das nur unter der Führung des Proletariats erreicht werden kann, das daher die Kontrolle übernehmen muß. Das war lange Zeit die erklärte Lehre, und, wie unter dem Stichwort „Bürgerlicher Nationalismus“ ausgeführt wurde, ist die Sowjetregierung erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit zu der Erkenntnis gekommen, daß es nicht in ihrem Interesse liegt, zu leugnen, daß solche Länder souveräne Staaten sind, denn sie können wohl von Nutzen sein, auch wenn ihre Regierungen bürgerlich-nationalistisch und nicht proletarisch sind.

Neutralismus

Das Wort „Neutralismus“ ist in keinem Wörterbuch zu finden; so enthält das „Oxford English Dictionary“ nur „neutral“ im

---

[3] Zitiert bei Carr, The Bolshevik Revolution III, S. 265f.

Sinne von „keine Partei ergreifen" oder „unparteiisch" und ferner Erweiterungen wie „neutrality" (Neutralität) und „neutralization" (Neutralisierung). Der Begriff gehört auch in strengem Sinne nicht zum kommunistischen Sprachgebrauch, da er im Westen geprägt worden ist[1]. Er kann jedoch hier aufgeführt werden, da die kommunistische Propaganda ihm eine besondere Wendung gegeben hat.

Die grundlegenden Ideen des Neutralismus wurden zuerst 1949/50 in den französischen Zeitschriften „Combat" und „L'Observateur" entwickelt, aber ihre eigentliche Tribüne ist seitdem „Le Monde"[2] geworden. Nach einem seiner hervorragendsten Vertreter, dem katholischen Gelehrten Étienne Gilson, besteht der Unterschied zwischen Neutralität und Neutralismus darin, daß Neutralität eine faktische Situation darstellt, während Neutralismus etwas ist, das erreicht werden soll. So ist es möglich, von der Neutralität Belgiens zu sprechen, weil sie von internationalen Verträgen garantiert ist, während Neutralismus die Ansicht darstellt, daß Frankreich (oder ganz Westeuropa) eine Politik der Neutralität gegenüber den beiden Weltblöcken der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion einnehmen sollte, wobei sie beansprucht, daß das ein Ziel der französischen (oder europäischen) Staatskunst sei.

Als jedoch dieser Begriff zuerst auftauchte, galt in der Sowjetunion die bei der Errichtung des Kominform im September 1947 angenommene Linie. Danach bestand jetzt eine revolutionäre Situation, und alle kommunistischen Parteien mußten zur Offensive übergehen. Gleichzeitig wurde eine weltweite Friedenskampagne zur Tarnung dieser aggressiven Politik in Gang gesetzt. Folglich war es für die Kommunisten nicht ganz einfach, ihre Haltung gegenüber dem Neutralismus zu bestimmen. Unter den Bedingungen des verstärkten Klassenkampfes konnte es keinen Raum für Neutralismus geben, und in der Tat wird er durch die marxistisch-leninistische Dialektik, die jede Frage polarisiert und die Möglichkeit mittlerer Lösungen leugnet, ausdrücklich ausge-

---

[1] Die „Große Sowjetenzyklopädie" weist jedoch besonders auf „Neutralismus" in den Gewerkschaften hin als „einer opportunistischen Theorie gegenüber dem politischen Kampf des Proletariats, die in kapitalistischen Ländern von reaktionären Führern weit verbreitet wird". Das richtet sich gegen gewisse westeuropäische Länder, in denen sich das Gewerkschaftswesen traditionsgemäß von politischen Allianzen ferngehalten hat.

[2] Vgl. John T. Marcus, Neutralism in France, in: Review of Politics (Juli 1955).

schlossen. So erklärt die „Große Sowjetenzyklopädie": „Die Position der Neutralität innerhalb des gegenwärtigen imperialistischen Systems ist unter allen Bedingungen nicht nur eine gefährliche Illusion, die einen neutralen Staat keineswegs davor bewahrt, in einen Krieg gezogen zu werden, sondern sogar eine Rechtfertigung der Aggression und ein Beitrag zur Entfesselung des Krieges." Doch erklärte Pierre Cot in einem von der „Prawda" vom 3. Oktober 1951 veröffentlichten und vom Moskauer Rundfunk verbreiteten Artikel, der ganz sicher offiziell gebilligt war, daß, während es keine Neutralität im Kampf zwischen Frieden und Krieg oder Freiheit und Sklaverei geben könne, der praktische Wert des Neutralismus für die Friedenskampagne nicht übersehen werden dürfe, da, wenn ein westeuropäisches Land ihn als Politik übernähme, es den Atlantikpakt verlassen würde, den die Sowjetunion als neue Weltkriegskoalition definiert hatte. So begrüßte die französische Kommunistische Partei, wenn sie auch dem Neutralismus nicht zustimmen konnte, die prokommunistische Form, die ihm von Schriftstellern wie J. P. Sartre gegeben wurde.

Wenn es also auch theoretisch für ein Land unzulässig ist, neutral zu sein, so daß erst vor kurzem noch die Position der Schweiz scharf angegriffen wurde, schließt das doch nicht die Anerkennung der Neutralität aus, wenn die Interessen der Sowjetunion es erfordern, wie im Falle Österreichs. In der Tat bemühte sich Bulganin in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet unmittelbar nach der Genfer Gipfelkonferenz, den Neutralismus der Regierungen von Indien und Burma zu billigen, wahrscheinlich weil diese Länder nicht bereit waren, dem Sowjetblock beizutreten, aber ihre Neutralitätspolitik zum mindesten sicherstellte, daß sie sich nicht dem Westen anschlossen. Im allgemeinen allerdings besteht die Tendenz, weniger hart mit Ländern umzugehen, deren Neutralität klar bestimmt ist und die sich deshalb aus der internationalen Politik heraushalten, im Gegensatz zu jenen, die ihren neutralen Status dazu benutzen, als Schiedsrichter zwischen den beiden Blöcken zu wirken, es aber ablehnen, sich an einen von beiden zu binden.

Objektivismus

Objektivismus oder bürgerlicher Objektivismus, wie man ihn nennt, wird in dem „Kurzen Philosophischen Wörterbuch" definiert als eine „Auslegung der Notwendigkeit und Gesetzmäßig-

keit des historischen Prozesses, die das kapitalistische System rechtfertigt und lobt und die bürgerlichen Ansichten unter einer vorgeblichen ‚Parteilosigkeit' verbirgt". So erklärt ein in „Kultur und Leben" vom 20. August 1947 veröffentlichter Artikel „Über die Sowjetenzyklopädie": „Eine Sowjetenzyklopädie kann nicht eine bloße Sammlung von Informationen sein, die in unparteiischer, neutraler und politisch gleichgültiger Form dargeboten werden. Sie muß alle Aspekte der menschlichen Tätigkeit und des menschlichen Wissens vom Standpunkt einer militanten marxistisch-leninistischen Weltanschauung aus darstellen."

Die Rechtfertigung dafür findet sich in Marx' Lehre, nach der Ideensysteme (oder was er „Ideologien" nennt) keinen Anspruch auf objektive Wahrheit haben, da sie durch die materielle Basis der jeweiligen Gesellschaft determiniert sind, wenn auch einige sich von dieser Basis weiter entfernen als andere, so daß Religion und Philosophie „ideologischer" sind als Recht und Politik. Marx machte jedoch eine wichtige Ausnahme. Er behauptete nämlich, daß die Wissenschaft, obschon von den Ideologien der Vergangenheit beeinflußt, in sich keine Ideologie sei, da ihre Schlußfolgerungen durch empirische Methoden bestätigt werden könnten. Obwohl aber sogar Stalin das im Prinzip anerkannte, hat es die kommunistische Propaganda häufig ignoriert.

Marx behauptete, daß Ideologien den Klassenkampf, der in jedem nichtsozialistischen Produktionssystem besteht, widerspiegelten und daß also die vorherrschende Ideologie einer Periode die der jeweils wirtschaftlich herrschenden Klasse sei. Dieselbe Ansicht gilt heute noch. Da der Klassenkampf heute der Kampf zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat ist, wird der Begriff bürgerliche Ideologie gebraucht, um alle Meinungen zu umfassen, die der proletarischen Ideologie des Kommunismus entgegengesetzt und daher konterrevolutionär sind. Denn, wie Lenin in seiner Schrift „Materialismus und Empiriokritizismus" dargelegt hat, ist die marxistische Philosophie ein „massiver Stahlblock", und es ist unmöglich, „auch nur eine Grundvoraussetzung auszuscheiden, ohne die objektive Wahrheit zu verlassen, ohne in die Arme der bürgerlichen, reaktionären Falschheit zu fallen".

Objektivismus ist also das Gegenteil von „Parteigemäßheit" (s. d.) und ein schweres Vergehen. Zwar erklärte Stalin in seiner Schrift „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft" (1950): „Keine Wissenschaft kann sich entwickeln oder gedeihen ohne Meinungsstreit, ohne Freiheit der Kritik", aber das ist bedeutungslos, solange es ein Glaubensartikel ist, daß nur das „wahr"

ist, was die Politik der Partei stützt. Wie weit die Führer z. B. im Umgang mit einzelnen nach dieser Voraussetzung handeln, hängt ganz von der Parteilinie ab. Die 1947 angenommene Politik des „Kalten Krieges" mit ihrer erneuerten Behauptung von der Teilung der Welt in zwei Lager wurde von einer Lobeshymne auf die russischen Errungenschaften und einer entsprechenden Geringschätzung alles Nichtrussischen begleitet, und das spiegelte sich in der ideologischen Sphäre getreulich wider. So wurde Alexandrows „Geschichte der europäischen Philosophie" im Juni 1947 von Shdanow kritisiert und schließlich verdammt wegen der angeblich objektiven Behandlung westlicher Philosophen; und wenn auch der Autor nicht in Ungnade fiel, so wurde er doch aus seiner Stellung als Leiter der Agitations- und Propaganda-Abteilung des Zentralkomitees entlassen.

Im Mai des gleichen Jahres wurde auch E. S. Vargas „Wandel in der Wirtschaft des Kapitalismus als Resultat des zweiten Weltkrieges" (1946) verdammt und im „Bolschewik" angegriffen, weil es die kapitalistische Wirtschaft während des Weltkrieges hingestellt habe als „eine Art von organisierter Wirtschaft unter Verkennung ihres wesentlich anarchischen Charakters"; weil nämlich, wie die „Prawda" vom 2. September 1950 ausführte, „jedes marxistische Werk über die Wirtschaft der kapitalistischen Länder eine Anklageschrift sein muß". Vargas Voraussagen über die Zukunft des Kapitalismus waren zwar düster genug, aber er hatte dennoch behauptet, daß keine größere Krise für die nächsten zehn Jahre wahrscheinlich sei, was, wenn es stimmte, die im September 1947 mit der Errichtung des Kominform gestartete Offensive Shdanows gegen den Westen unsinnig gemacht hätte. So wurde eine These, die beim ersten Erscheinen als richtig begrüßt worden war, weil sie damals mit dem allgemeinen Trend der sowjetischen Außenpolitik übereinstimmte, ein Jahr später als falsch angeprangert, weil die Außenpolitik sich verändert hatte. 1948 war die Reihe an den Biologen, und eine Anzahl von ihnen wurde ihrer Posten enthoben, weil sie die Erblehre von Weißmann-Morgan gegen die von Michurin unterstützt hatten. Die Parteiführung hatte offenbar gemerkt, daß die Vererbung, wenn die traditionelle Erblehre richtig war, durch Faktoren bestimmt wurde, die zwar materiell waren, aber doch jenseits ihrer Kontrolle lagen, und daß also ihrer Macht, einen neuen Typ des Bürgers und folglich der Gesellschaft zu schaffen, Grenzen gesetzt waren, was sie nicht anerkennen wollte.

Die Kommunisten reden ständig über „Wissenschaft", obwohl

sie keine Vorstellung von wissenschaftlichen Methoden haben. Keine Frage wird je um ihrer selbst willen untersucht und kann es auch gar nicht. Denn wenn man annimmt, daß der Marxismus-Leninismus allein objektiv wahr ist, folgt, daß alle Abweichungen von ihm unwahr sein müssen; und wo es nur Wahrheit oder Irrtum gibt, kann man selbstverständlich nicht objektiv sein. Daß Objektivität eine Tugend ist, wird zwar nicht geleugnet. Behauptet wird, daß nur die Marxisten-Leninisten objektiver Urteile fähig sind, weil sie allein im Besitz der objektiven Wahrheit sind — ein Argument, das sich im Kreis bewegt und nichts beweist.

Ökonomismus

Ökonomismus war die Ansicht, die gegen Ende des vorigen Jahrhunderts in gewissen russischen sozialdemokratischen Kreisen aufkam, daß die proletarische Aktivität sich auf das ökonomische Gebiet beschränken sollte, nämlich Gewerkschaften zu gründen und Streiks zu organisieren. Dabei glaubten ihre gemäßigteren Anhänger, daß politische Aktivität die Arbeiterschaft nur spalten könne, und die extremere Richtung, daß wirtschaftliche Aktivität von selbst eine revolutionäre Lage erzeugen würde. Lenin rückte entschieden von dieser Ansicht ab, und in „Was tun?" (1902) griff er sie mit der Begründung an, daß das Gewerkschaftswesen „ideologische Versklavung an die Bourgeoisie" sei. Nach seiner Meinung führte sie zum Reformismus — dem Glauben, daß das Los der Arbeiter durch Zugeständnisse der Kapitalisten in Form von höheren Löhnen und ähnlichem gemildert werden könne —, während er glaubte, daß ihre einzige Hoffnung auf Rettung darin liege, eine Revolution herbeizuführen, die das kapitalistische System völlig zerstöre, und daß sie sich daher politisch organisieren müßten, weil sie wirtschaftliche Macht erst erringen könnten, wenn sie sich politische Macht gesichert hätten.

Lenin besiegelte die Niederlage der „Ökonomisten". Aber der Begriff Ökonomismus wird weiterhin laufend gebraucht, um die Unterordnung des politischen Kampfes unter den wirtschaftlichen zu verurteilen. In einer Rede am 6. November 1949 hat Malenkow als Aufgaben der kommunistischen Parteien die „Friedenskampagne" und die Sicherung der Einheit der Arbeiterklasse „von unten" bestimmt. Der Kampf um höhere Löhne sollte unlösbar verknüpft werden mit der „Friedenskampagne", die ganz offen politisch war und dazu bestimmt, die militärischen Vorbereitungen

der Westmächte zu stören. Die französische Kommunistische Partei entdeckte jedoch bald, daß die Arbeiter mehr an dem „Kampf um Brot" als an dem „Kampf um Frieden" interessiert waren, und das veranlaßte die Führer, die Gefahr des Ökonomismus zu betonen und die Ausweitung der Betriebszellen zu betreiben, auf die man sich wegen der Unterstützung der politischen Linie der Partei verlassen konnte, im Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Betriebsgruppen, denen die große Mehrheit der Arbeiter angehörte und die sich vorwiegend um die Verbesserung ihrer Bedingungen kümmerten[1]. 1951 nahm das „Journal des Kominform" die gleiche Haltung ein. Es wies darauf hin, daß das Versäumnis, Betriebszellen zu schaffen, und das Vertrauen auf die Gewerkschaft Ökonomismus hervorrufe. Als Beispiel führte es Italien an, wo viele Betriebe keine Zellen, sondern Betriebsräte hatten.

In jüngerer Zeit hat die chinesische Kommunistische Partei ihre Aufmerksamkeit dem Ökonomismus geschenkt, den sie definiert als Unterordnung langfristiger Überlegungen unter kurzfristige und als Überbewertung der Versorgung der Arbeiter mit Annehmlichkeiten und Unterbewertung der Vermehrung der Produktion. Parteikader, die Pläne für soziale Wohlfahrt gefördert hatten, welche von den Führern als verfrüht beurteilt wurden, sind daher heftig kritisiert worden[2]. In der Tat ist der „Ökonomismus" eng verbunden mit der „Nachtrabspolitik" (s. d.), d. h. dem Versäumnis, die Massen zu lenken, was geschehen kann, wenn ihre Forderungen auf Kosten der nationalen Wirtschaft erfüllt werden.

Opportunismus

Im gegenwärtigen Sprachgebrauch bedeutet Opportunismus Anpassung von Prinzipien an die Umstände und wird also in dem abwertenden Sinn von „den Mantel nach dem Winde drehen" benutzt. In der kommunistischen Terminologie hat der Begriff jedoch eine besondere Bedeutung oder besser eine Reihe von Bedeutungen. Das „Politische Wörterbuch" definiert ihn als „Unterordnung der Klasseninteressen unter die Interessen der Bourgeoisie;

---

[1] Auguste Lecœur und Raymond Guyot in: „Humanité" vom 22. u. 24. März 1950.

[2] H. Arthur Steiner, Trade Unions in Mao's China (Problems of Communism) (März/April 1956) S. 29/34.

eine Politik der Übereinstimmung mit der Bourgeoisie, welche die Interessen des Proletariats verrät". Der Begriff war schon zur Zeit des Zweiten (Londoner) Kongresses 1903 allgemein in Gebrauch, als die Spaltung zwischen Bolschewisten und Menschewisten stattfand. Lenin verwandte ihn dauernd, besonders in seinen Schriften während des ersten Weltkrieges und in den Jahren unmittelbar danach, als die Zweite Internationale und die sie bildenden sozialistischen Parteien sein Angriffsziel waren.

In allen diesen Schriften stand Opportunismus für jene Geisteshaltung, die Marx' revolutionäre Lehre mit ihrer Forderung nach totaler Vernichtung des kapitalistischen Systems zugunsten von Zugeständnissen, welche die Bourgeoisie in ihrem Rahmen machte, verwarf. Reformismus war ein charakteristischer Ausdruck dieser Haltung und ebenso der Glaube, daß es möglich sei, den Sozialismus allmählich und ohne Revolution einzuführen. So beschrieb Lenin den Fabianismus[1] als „den vollkommensten Ausdruck des Opportunismus" und seine Führer als „eine Bande von bürgerlichen Schwindlern, deren Ziel es ist, die Arbeiter zu demoralisieren und sie in eine konterrevolutionäre Richtung zu lenken"; während das von Trotzkij aufgesetzte und auf dem Gründungskongreß der Komintern im März 1919 einstimmig angenommene Manifest „die Opportunisten, die vor dem Krieg an die Arbeiter appellierten, um des allmählichen Übergangs zum Sozialismus willen Mäßigung zu üben"[2], angriff. Hier steht Opportunismus für den angeblichen „Verrat" an den Interessen des Gesamtproletariats, die durch nichts anderes als Revolution wahrgenommen werden können.

Aber wie Franz Borkenau[3] nachgewiesen hat, vertrat Lenin auch eine Theorie, die den Gebrauch des Begriffs im obigen Sinn ausschloß. Denn er behauptete, die sozialistischen Parteien hätten sich keineswegs als Organe des echten Proletariats, sondern einer „Arbeiteraristokratie", welche die Bourgeoisie erfolgreich mit höheren Löhnen auf Kosten der Arbeitermassen gewonnen hatte, entwickelt. Diese Auffassung hatte er von Engels entlehnt, der sie in weniger krasser Form in einem Brief an Kautsky 1882 ausgedrückt hatte. Die fragliche Stelle zitierte er später in der Einleitung zu der Ausgabe von 1892 der Schrift: „Die Lage der arbeiten-

---

[1] Vgl. Anm. des Übers. S. 6.

[2] The Communist International. Documents 1919–43 I (hrsg. von Jane Degras), 1956, S. 41.

[3] Der europäische Kommunismus 1953

den Klasse in England"[4]. Tatsächlich waren, wie Engels zugab, die Löhne aller Arbeiterklassen im Laufe der Jahre gestiegen. Aber der Anstieg war natürlich bei den Facharbeitern am sichtbarsten, und indem Lenin sich auf sie konzentrierte, versuchte er die marxistische Theorie zu retten, daß die Löhne im Kapitalismus nicht steigen könnten, und gleichzeitig zu zeigen, daß die sozialistischen Parteien das Proletariat nicht verträten und es daher für echte Revolutionäre unmöglich sei, etwas mit ihnen zu tun zu haben.

Dennoch lehrte Lenin in seiner Schrift „Die Kinderkrankheiten des Linken Flügels im Kommunismus", daß die kommunistischen Parteien aus taktischen Gründen mit andern Linksparteien Bündnisse schließen müßten, und mit den Losungen von der vereinigten Front „von oben" oder „von unten" wurde das ein bedeutender Zug der kommunistischen Praxis. Wenn es solchen Bündnissen gelingt, eine kommunistische Partei zu stärken, werden sie gutgeheißen; wenn sie aber, was häufiger vorkommt, versagen, werden Partei und Führer, selbst wenn sie auf Anordnung Moskaus gehandelt haben, jener Form des Opportunismus beschuldigt, der unter dem Namen Rechtsabweichung geht.

Parlamentarismus

Der Artikel „Parlament" in der zweiten Ausgabe der „Großen Sowjetenzyklopädie", die im März 1955 in Druck gegeben wurde, definiert es als „das legislative Organ des bürgerlichen Staates". Die Entwicklung der revolutionären Bewegung der Arbeiterklassen im 19. Jahrhundert, so wird behauptet, zwang die Bourgeoisie, „das parlamentarische Wahlrecht etwas zu erweitern"; aber das habe den Klassencharakter des Parlaments nicht berührt, da „die Bourgeoisie mit Hilfe des Wahlzensus-Wahlsystems die Teilnahme der werktätigen Massen an Parlamentswahlen auf jede Weise beschränkt". So gehöre in allen bürgerlichen Staaten die Mehrheit der Parlamentsmitglieder zur herrschenden Klasse, und „in dem US-Parlament (Kongreß) gibt es nicht einen einzigen Vertreter der Arbeiter und werktätigen Farmer". In der Periode des Imperialismus, der die Reaktion verstärkt habe, mache die herrschende Klasse alle Anstrengungen, die Autorität des Parlaments der der Exekutive unterzuordnen — in Großbritannien z. B. dem Kabinett. Dennoch hätten sich die Massen dank den

[4] Carr, The Bolshevik Revolution III, S. 182 u. Anm.

Kommunisten und anderen Parteien in gewissen Ländern, wie in Frankreich und Italien, eine Vertretung gesichert.

Die Quelle für diese Haltung läßt sich in den Schriften von Marx finden. Er hat seine Verachtung für das, was er „parlamentarischen Kretinismus" nannte, nie verheimlicht. Er behauptete, daß im kapitalistischen System die Parlamente bloße Instrumente seien, mit denen die Bourgeoisie ihre Herrschaft aufrechterhalte, und daß innerparteiliche Konflikte innerhalb dieses Systems keine wirkliche Bedeutung hätten. Er befürwortete Forderungen nach Erweiterung des Wahlrechts, da dadurch das Proletariat im Kampf um die Macht gestärkt würde. Das beinhaltete aber keineswegs, daß er parlamentarische Regierungen als solche billigte, denn sie waren nach seiner Ansicht mit dem bürgerlichen Staat verbunden, den die Revolution vernichten würde. Wenn einmal das Proletariat die Macht ergriffen habe, bestehe keine Notwendigkeit mehr für ein Parlament, da das Proletariat die Nation bilden und jede nichtproletarische Partei der Definition nach konterrevolutionär sein würde.

Lenin war gleicher Ansicht. Er übernahm eine Behauptung von Marx in dessen Schrift „Klassenkämpfe in Frankreich" und erklärte in „Staat und Revolution":

„Einmal in mehreren Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll — das ist das wirkliche Wesen des Parlamentarismus, nicht nur in den parlamentarisch-konstitutionellen Monarchien, sondern auch in den allerdemokratischsten Republiken ... Man sehe sich irgendein parlamentarisch regiertes Land, von Amerika bis zur Schweiz, von Frankreich bis England ... an: die eigentliche ‚Staats'arbeit wird hinter den Kulissen von den Departements, Kanzleien, Stäben verrichtet ... In den Parlamenten wird nur geschwatzt, und zwar mit dem besonderen Zweck, das ‚gemeine Volk' zu betölpeln."

In der Schrift „Die Diktatur des Proletariats und der Renegat Kautsky" verfolgt er die gleiche Linie:

„Hieraus folgt ..., daß nur ein Liberaler die historische Beschränktheit und Bedingtheit des bürgerlichen Parlamentarismus vergessen kann ... Auf Schritt und Tritt stoßen die geknechteten Massen in dem demokratischsten bürgerlichen Staat auf himmelschreiende Widersprüche zwischen der formellen Gleichheit, die die kapitalistische ‚Demokratie' verkündet, und den vielen Tausend beträchtlichen Beschränkungen und Erschwerungen, die die Proletarier zu Lohnsklaven machen."

Daher stellte Lenin in den „Kinderkrankheiten des Linken Flügels im Kommunismus" fest: „Der Parlamentarismus ist ‚historisch veraltet', d. h., die *Epoche* des bürgerlichen Parlamentarismus ist zu Ende, und die *Epoche* der proletarischen Diktatur hat *begonnen*." Die letzte nannte er „proletarische Demokratie" (s. d.).

Zweifellos war es das ursprüngliche Motiv für diese Kritik, eine Begründung für das undemokratische Regime, zu dem die Oktoberrevolution unvermeidlich geführt hatte, zu liefern. Gleichzeitig illustriert sie die Unverantwortlichkeit des revolutionären Intellektuellen, der sich nie die Mühe macht, die Tatsachen zu erforschen. Lenin nämlich hat nie den Versuch unternommen, die parlamentarischen Einrichtungen des Westens zu studieren. Im Laufe der Zeit wurde diese Kritik aber Teil der kommunistischen Doktrin. Denn die These „Die kommunistische Partei und der Parlamentarismus", angenommen vom Zweiten Kominternkongreß 1920, legte fest: „Der Kommunismus verwirft den Parlamentarismus als Form der zukünftigen Gesellschaft, er verwirft ihn als Form der Klassendiktatur über das Proletariat . . . , sein Ziel ist es, den Parlamentarismus zu vernichten. Daraus folgt, daß der Kommunismus nur ein Interesse daran haben kann, die bürgerlichen Staatseinrichtungen auszubeuten, mit dem Ziel, sie zu vernichten."[1]

Diese Doktrin wurde von Chruschtschew in seinem Bericht an den Zwanzigsten Kongreß insofern abgeleugnet, als er nun zugab: „Die gegenwärtige Situation bietet der Arbeiterklasse in einer Anzahl von kapitalistischen Ländern eine reale Gelegenheit, die überwiegende Mehrheit des Volkes unter ihrer Führung zu vereinen", und dadurch daß sie die Bauern, die Intelligenz und alle patriotischen Kräfte um sich schare, sei sie in der Lage, „eine stabile Mehrheit im Parlament zu erringen und es aus einem Organ bürgerlicher Demokratie in ein echtes Instrument des Volkswillens umzuformen. In einem solchen Fall kann diese Institution, traditionell in vielen hochentwickelten kapitalistischen Ländern, ein Organ echter Demokratie werden, einer Demokratie für das arbeitende Volk." Es ist jedoch unmöglich, einzusehen, wie das geschehen soll, da in vielen nach dem Kongreß erschienenen Artikeln darauf hingewiesen worden ist, daß „Arbeiterklasse" die Kommunisten meint und daß sie unmittelbar nach der Machtergreifung die Diktatur des Proletariats errichten werden — eine

---

[1] The Communist International. Documents 1919–43 I (hrsg. von Jane Degras), 1956, S. 152f.

Regierungsform also, die mit dem Parlamentarismus unvereinbar ist.

Dennoch sind einige Versuche unternommen worden, die bürgerlichen Parlamente, die das Ziel so vieler Angriffe gewesen sind, zu rehabilitieren. So in einem Artikel im „Internationalen Leben" vom März 1956 mit dem Titel „Die Rolle der Parlamente bei der Stärkung des Friedens". Während er nochmals bekräftigt, daß die Parlamente „die Organe der Herrschaft der Bourgeoisie" sind und „die Illusion nähren, daß die Arbeiter an der Regierung des Staates teilnehmen", gibt er jedoch zu, daß sie „in einer konkreten Situation einen mächtigen Einfluß auf die Außenpolitik ausüben können" und daß „sie als gewählte Körperschaften nicht umhin können, die Wünsche der breiten Massen der Wählerschaft irgendwie in Betracht zu ziehen". Zur gleichen Zeit, im Mai 1956, wiederholt ein Artikel im „Kommunist" mit dem Titel „Die Sowjetdemokratie und ihre weitere Vervollkommnung" die alte Anklage, daß die bürgerliche Demokratie „sich auf die formale Anerkennung politischer Rechte und der Freiheit beschränkt", und beklagt, daß in ihr die Legislative von der Exekutive getrennt ist, eine Gewaltenteilung, die Marx scharf abgelehnt und deren Abschaffung er der Pariser Kommune empfohlen hatte. Der Hauptzweck des Artikels jedoch ist, die Vorzüge der Sowjetdemokratie zu preisen, wo die Arbeiter voll an den Aufgaben der Regierung teilnehmen, wofür als „glänzender Beweis" angesehen wird, daß sie „die neuerlichen Wirtschaftspläne diskutiert" haben. „Bei uns", stellt er fest, „ruht die Macht ausschließlich bei den Sowjets der Arbeiterdeputierten. Alle Staatsorgane sind ihnen untergeordnet und verantwortlich. Die Sowjets haben nicht nur die Gesetzgebung, sondern führen ihre Gesetze auch direkt aus." An ihrer Spitze stehe der Oberste Sowjet. Er allein sei „ermächtigt, Gesetze zu verabschieden", er kontrolliere die Regierung, erhalte Berichte von den verschiedenen Ministerien und entscheide danach. Daraus und aus vielem ähnlichen mehr kann keiner auf die Wahrheit schließen, daß nämlich der Oberste Sowjet nur selten zusammentritt und überhaupt keine Macht hat.

Parteigemäßheit

Parteigemäßheit („Partiinost") erhielt die klassische Formulierung durch Lenin in seiner Polemik mit Peter Struve in der Mitte der neunziger Jahre, als er feststellte: „Der Materialismus schließt

Parteigemäßheit ein, da er uns zwingt, bei der Bewertung eines Geschehens offen und direkt den Standpunkt einer spezifischen gesellschaftlichen Gruppe anzunehmen."[1]

Das gleiche Prinzip wandte Lenin auf die Literatur an in einem Artikel vom November 1905 mit dem Titel „Parteiorganisation und Parteiliteratur", in dem er auseinandersetzte, daß Beiträge für die Parteipresse absolut mit der Parteidoktrin übereinstimmen müssen. Dieser Artikel war unmittelbar inspiriert durch die kurz zuvor stattgefundene Entlassung von sechs Mitgliedern des Redaktionsstabes des „Vorwärts" durch die Zentralexekutive der deutschen Sozialdemokratischen Partei, offensichtlich, weil sie sich eben dieses Vergehens schuldig gemacht hatten.

Parteigemäßheit bedeutet daher, daß ein Kommunist jede Frage vom Standpunkt seiner proletarischen Partei aus beurteilen muß, womit er der Partei absolute Hingabe und ihren Weisungen Gehorsam bekundet. Es ist naturgemäß diese Haltung, welche die Partei vor allem einzuschärfen sucht, und es ist das primäre Ziel des herrschenden Systems der Schulung, sie einzuflößen und dadurch der regierenden Clique zuverlässige Instrumente zu verschaffen. Denn auf welchem Gebiet auch immer die Tätigkeit des Parteimitgliedes liegt, er muß sich mit dem Willen der Partei identifizieren und seine eigenen subjektiven Werte und Meinungen ihm unterordnen. Bei der Erörterung der Anwendung der Parteigemäßheit auf Literatur und Kunst beschreibt die „Große Sowjetenzyklopädie" sie als „proletarische Idee" und nennt ihre Leugnung eine „bürgerliche Idee" und gleichzeitig eine Heuchelei, da nämlich die Weigerung der Bourgeoisie, sie anzuerkennen, nichts anderes ist als „der versteckte und passive Ausdruck der Zugehörigkeit zur Partei der herrschenden Klassen".

Nach demselben Artikel ist die Parteigemäßheit eine „unveräußerliche Bedingung des sozialistischen Realismus" (s. d.) und „organisch verbunden mit der Volkstümlichkeit von Literatur und Kunst. Ihre Verwirklichung in der schöpferischen Praxis ist der Ausdruck der Interessen der werktätigen Massen, das Abbild des Volkes als des Gestalters der Geschichte, des Schöpfers der materiellen und geistigen Werte und als des Hauptthelden gesellschaftlicher Geschehnisse." Anderseits sagt der Artikel:

„Die Ideologen der imperialistischen Bourgeoisie, die sich heuchlerisch hinter einer parteilosen, nichtklassenkämpferischen

---

[1] Der wirtschaftliche Gehalt des Populismus (1895), Werke (3. russische Ausgabe), S. 276.

Idee verstecken, bemühen sich, Literatur und Kunst für die zynische und offene Propaganda der kapitalistischen Lebensart, des Krieges, der Gewalt, der moralischen Zersetzung, des Rassenhasses usw. zu gebrauchen. Die reaktionären Schriftsteller leugnen mit Worten die Parteigemäßheit und praktizieren in Wirklichkeit das Prinzip der bürgerlichen Parteigemäßheit, indem sie die Interessen der herrschenden Klassen in der kapitalistischen Gesellschaft verteidigen."

Die Quelle für diesen Unsinn ist eine Bemerkung Lenins: „Die Freiheit des bürgerlichen Künstlers ist nur eine heuchlerisch maskierte Abhängigkeit von . . . Bestechung."

Das „Philosophische Wörterbuch" beschreibt Parteigemäßheit als „das Wesen der marxistisch-leninistischen Behandlung aller philosophischen Probleme des Konflikts zwischen verschiedenen philosophischen Richtungen"[2]. Ein bezeichnendes Beispiel dafür ist das Wörterbuch selbst, von dem mehr als 1¼ Millionen Exemplare zu Stalins Lebzeiten umgesetzt wurden und durch das eine ganze Generation der Intelligenz geformt worden ist. Dieses Werk beurteilt einen Philosophen danach, wieweit sich sein System in den marxistisch-leninistischen Rahmen einfügen läßt. Stalin wurden demgemäß sechzehn Spalten eingeräumt, Aristoteles dagegen drei und Plato zwei; Lenin erhielt zehn Spalten, Marx und Engels je sechseinhalb. Von Marx oder Lenin mit Respekt erwähnt worden zu sein berechtigte jedoch zur Aufnahme, und deren Hinweisen verdanken Demokrit, Heraklit und Lukretius unter den Alten und Diderot, Holbach, Condillac und La Mettrie unter den Modernen die Aufmerksamkeit, die ihnen geschenkt wird. Das Wörterbuch enthüllt nicht nur die Unfähigkeit seiner Verfasser, irgendeinen Gegenstand objektiv zu behandeln, sondern auch ihre bewußte Weigerung, es zu tun. Es wurde 1954 neu herausgegeben, aber gewisse Änderungen, wie zum Beispiel der Raum, der Stalin zugestanden wird, sind nicht so, daß sie das allgemeine Prinzip berühren.

Parteilinie

Die Parteilinie oder Generallinie, wie sie manchmal genannt wird, bestimmt die Strategie und Taktik, mit denen die internationale

---

[2] Wegen einer Diskussion der Rolle der Parteigemäßheit in der Sowjetphilosophie vgl. Gustav A. Wetter, Der dialektische Materialismus, Wien 1952

kommunistische Bewegung über eine gewöhnlich ziemlich lange Zeit gelenkt wird. Sie wird von Moskau festgelegt und ist bestimmt durch die innere und äußere Politik der Sowjetunion, deren Erfordernissen sich alle kommunistischen Parteien anpassen müssen. In den Jahren zwischen den Kriegen wurde sie auf den Kongressen der Komintern festgelegt, aber diese wurden in immer unregelmäßigeren Zwischenräumen abgehalten, und vom Sechsten Kongreß 1928 ab, wenn nicht schon früher, wurde sie zu der der russischen Delegation, die ohne Kritik oder Diskussion angenommen wurde. Als Grund für die Auflösung der Komintern im Jahre 1943 wurde angegeben, daß die kommunistischen Parteien nun genügend reif seien, auf eigenen Füßen zu stehen. Aber die Linie, der zu folgen man von ihnen verlangte, wurde mehr denn je von der russischen Kommunistischen Partei diktiert oder vielmehr von deren Politbüro oder deren Präsidium.

Es dürfte eine richtige Vermutung sein, daß die obersten Sowjetführer bei der Festlegung der Parteilinie die gleiche Methode anwenden wie jede andere Körperschaft von Personen mit vergleichbarer Verantwortung, d. h., daß sie die verschiedenen ihnen offenen Wege erwägen und den wählen, der ihnen am vorteilhaftesten erscheint. In der Theorie jedoch wird sie nicht auf diese Weise bestimmt, da sie ja angeblich auf einer dialektischen und daher „wissenschaftlichen" Analyse der zu der Zeit herrschenden „objektiven Bedingungen" beruht. Wie Benjamin Schwartz[1] ausgeführt hat, enthält eine Linie bestimmte konstante Elemente. Erstens gibt es eine Theorie, die das besondere Stadium bestimmt, das der historische Prozeß erreicht hat, d. h., ob es bürgerlich-demokratisch, sozialistisch oder im Übergang vom einen zum andern ist; zweitens gibt es eine Theorie, daß sich die Klassenkräfte auf das jeweilige Stadium einstellen müssen; und drittens gibt es eine Prognose über die Richtung des historischen Prozesses, die gewöhnlich in Begriffen eines revolutionären Aufschwungs oder Niedergangs ausgedrückt wird. Von den Kommunisten wird behauptet, daß allein diese Methode der Analyse es möglich mache, die wahre Natur einer Situation zu verstehen und die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Doch folgt das, wie Leites gezeigt hat, nicht einmal aus ihrer eigenen Lehre. Denn während der Marxismus-Leninismus deterministisch ist insoweit, als er behauptet, das letzte Ziel des historischen Prozesses könne vorhergesagt werden, enthält er doch auch ein nichtdeterministisches Element, da es

[1] Chinese Communism and the Rise of Mao, Harvard 1951, S. 58.

zugegebenermaßen nicht möglich ist, vorauszusagen, wie oder wann dieses Ziel verwirklicht werden wird. „‚Objektive Bedingungen' schaffen für die Partei gewisse ‚Gelegenheiten', aber ob sie sie mit Erfolg nutzbar machen, d. h. sie in ‚Realitäten' umwandeln wird, kann nicht vorhergesehen werden."[2]

Diese Elemente des Determinismus und des Indeterminismus sind in der kommunistischen Theorie nie klar miteinander verknüpft. Obwohl es klar ist, daß der Indeterminismus jeder präzisen Formulierung der Politik Grenzen setzt, wird die Parteilinie dennoch so hingestellt, als liefere sie nicht nur eine Analyse einer gegebenen Situation, sondern als bestimme sie auch die notwendigen Schritte, um mit ihr fertig zu werden; und wenn die Linie einmal festgelegt ist, wird sie als „richtig" erklärt in dem Sinn, daß sie und keine andere genau das ist, was die „objektiven Bedingungen" unweigerlich verlangen. Margaret Mead vergleicht sie mit einer Linse. „Es gibt nur eine richtige Deutung für jede gegebene Situation, und diese wird nicht etwa angesehen als das Bild einer Linse, zu dem man gelangt, indem man die Mitte findet zwischen allen Abweichungsfehlern; vielmehr werden alle Einstellungen außer dem korrekten Brennpunkt als Abweichungen von der einzig korrekten Position angesehen."[3] Daraus folgt, daß die Parteilinie vollständig und ohne Einschränkungen angenommen werden muß, ganz abgesehen von Erwägungen der Parteidisziplin und -einheit.

Ferner ist die Analyse, auf der die Linie beruht, global. Es wird nämlich als undenkbar angesehen, daß sie für eine kommunistische Partei richtig und für eine andere falsch sein könnte. Sie ist daher auf alle anwendbar, ganz gleich, wie verschiedenartig die örtlichen Bedingungen sind. So wurde die extreme Linkspolitik, die nach der Errichtung des Kominform im September 1947 angenommen wurde, nicht nur für die kommunistischen Parteien Westeuropas, sondern auch für die Südostasiens verpflichtend gemacht. Man verlangte von ihnen allen, daß sie zur Offensive übergingen, und das taten sie auch, bis die Linie in den Jahren 1950/51 modifiziert wurde.

In der parlamentarischen Demokratie kann eine Politik durch einen Regierungswechsel umgestoßen werden, aber wo das Ein-Partei-System vorherrscht, müssen andere Methoden angewandt werden. Man kann entscheiden, daß sich die „objektiven Be-

---

[2] A. a. O. S. 85 92.

[3] Soviet Attitudes towards Authority, New York 1951, S. 15.

dingungen", auf denen eine frühere Linie beruhte, geändert haben. Das war z. B. der Fall, als der Fünfte Kominternkongreß 1924 entdeckte, daß der Kapitalismus eine „temporäre Stabilisation" erreicht habe und daß daher, da ein Frontalangriff ihn nicht vernichten könne, gemäßigtere Taktiken angewandt werden müßten — eine Linie, die vom Sechsten Kongreß im Jahre 1928 umgekehrt wurde, weil man jetzt entdeckte, daß die Periode der Stabilisation aufgehört habe, und man richtete die kommunistischen Taktiken entsprechend neu aus.

Normalerweise jedoch geschieht der Wandel durch Akzentverlagerung. So hat jede kommunistische Partei das allgemeine Ziel, „die Massen zu gewinnen". Wenn die Linie nach links schwenkt, fördern die örtlichen Führer Streiks, veranstalten Demonstrationen und machen soviel Unruhe wie möglich. Sollten sich diese Taktiken als erfolglos erweisen und die Partei schwächen, brauchen die Führer nur zu erklären, daß die Linie mißdeutet wurde von sektiererischen Elementen, welche die Arbeiter entfremdet haben, und eine versöhnlichere Methode wird angewandt. Umgekehrt, wenn die Linie eine solche Methode vorgeschrieben hat und die Ergebnisse nicht den Erwartungen entsprechen, werden die Verantwortlichen des „Opportunismus" (s. d.) beschuldigt. Das gebräuchlichste „Aussteigen" aus einer Linie, die sich als falsch erwiesen hat, geschieht durch die Behauptung, daß sie selbst völlig richtig gewesen und das Versagen auf organisatorische Mängel in der Partei zurückzuführen sei. In diesem Fall wird der Organisationssekretär zum Sündenbock gemacht. Er wird dann entweder entlassen wie Lecœur in Frankreich oder auf einen anderen Posten versetzt wie Secchia in Italien. Das hat den Vorteil, einen Wechsel in der Politik vorzunehmen und gleichzeitig die Unfehlbarkeit der Partei nicht anzutasten.

Personenkult

Personenkult ist der Euphemismus, der heute gebraucht wird, um Stalins Verbrechen und Fehler zu umschreiben oder wenigstens die, welche seine Nachfolger, wiewohl darin verwickelt, für gut befunden haben, zu verwerfen. Aber bevor wir ihn in dieser besonderen Verbindung untersuchen, müssen wir bemerken, daß er eine weitere Bedeutung hat, da er nämlich Ausdruck der Ansicht ist, daß die Geschichte von sogenannten „großen Männern" gemacht wird. Diese Ansicht steht im Gegensatz zu der klassischen

marxistischen Lehre, daß sie sich nach einem vorgeschriebenen, durch wirtschaftliche Gesetze bestimmten Muster entwickelt. Wenn man zugesteht, daß zumindest hervorragende Einzelpersönlichkeiten die Macht haben, sie von ihrem vorbestimmten Lauf abzulenken, führt man einen zufälligen Faktor ein, und man könnte dann sogar behaupten, daß sie schließlich doch nicht zur Errichtung der klassenlosen Gesellschaft des Kommunismus führe, was als notwendig zu erweisen das eigentliche Ziel des „wissenschaftlichen Sozialismus" ist.

Wenn Plechanow daher auch die Ausnahmerolle der großen Männer nicht leugnet, so betont er doch, daß sie das Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse ihrer Zeit sind und als Antwort auf die sozialen Notwendigkeiten entstehen[1]. Oder, wie es Engels ausdrückte, wenn es keinen Napoleon gegeben hätte, „hätte ein anderer seinen Platz eingenommen", denn das, sagt er, „wird durch die Tatsache bestätigt, daß immer, wenn ein Mann notwendig war, er auch gefunden wurde". Als weitere Beispiele führt er Cäsar, Augustus und Cromwell an[2].

Man sieht, daß Engels nicht einfach sagt, daß eine gesellschaftliche Notwendigkeit die Bedingung ist für das Auftauchen eines großen Mannes, dessen außergewöhnliche Fähigkeit ihn zu ihrem Sprecher macht, sondern behauptet, daß die gesellschaftliche Notwendigkeit genügt, um sicherzustellen, daß ein solcher Mann erscheint. So zu argumentieren heißt aber, wie Sidney Hook es ausdrückt[3], sich im Kreis bewegen, da es kein Mittel gibt, zu bestimmen, ob er als Antwort auf solch eine Notwendigkeit erschienen ist, bis das Ereignis eingetreten ist.

Die heutige sowjetische Theorie stellt den Personenkult dar als Prinzip der Doktrin der Narodniki[4] und später der Sozialrevolutionäre[5], deren Entlarvung Plechanow zugeschrieben wird. Nach ihr wird die Geschichte von „Helden" gemacht, und die Massen sind nur untätiger „Mob". Tatsächlich verstand sie auch Lenin in diesem Sinn. Seine Einwände gegen die einzelnen Terrorakte des linken Flügels der Narodniki und die der Sozialrevolutionäre entsprang nicht, wie er selbst erklärt, moralischen Skrupeln, sondern seinem Glauben, daß solche Akte in den Massen eine passive Haltung erzeugten, indem sie sie glauben machten, die Revolution könne ohne ihre Teilnahme gewonnen werden. Dieser Vor-

---

[1] Über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte (1898).
[2] Brief an H. Starkenburg, 25. 1. 1894.
[3] The Hero in History, New York 1950, S. 79f.
[4] Anm. des Übers. S. 6. [5] Ebd.

wurf taucht wieder auf in „Parteileben" vom März 1956, allerdings mit einer gewissen Akzentverschiebung, um eine Rechtfertigung der Verdammung des stalinistischen Personenkults zu liefern: „Die marxistische Rolle des Individuums in der Geschichte wurde erarbeitet im Kampf gegen die reaktionären Thesen vom ‚Helden' und vom ‚Mob', opportunistischen Theorien über elementare Entwicklung und Spontaneität, welche die Rolle der Partei und ihrer Führer in der revolutionären Bewegung leugnen."

Der Angriff auf den Personenkult, wie er sich in Stalins autokratischer Herrschaft und in den wiederholten Behauptungen, daß er auf jedem Gebiet schöpferischer Tätigkeit unumschränkt sei, gespiegelt hatte, erhielt Auftrieb nach dem Zwanzigsten Kongreß und wurde in einer sowjetischen Zeitschrift nach der andern aufgegriffen, um seine vergiftenden Wirkungen auf dem besonderen Gebiet, das die fragliche Zeitschrift vertrat, zu zeigen. Ein ungezeichneter Artikel von außergewöhnlicher Heftigkeit im „Jungkommunist" vom Februar 1956 erklärte, daß er zur vollständigen Unterdrückung des Komsomol[6] als unabhängiger Organisation geführt habe; die Aprilnummer der „Fragen der Philosophie" beklagte, daß er die Wirkung gehabt habe, das Studium der Probleme des dialektischen und historischen Materialismus auf jene zu beschränken, die Stalin in seinen Schriften über diesen Gegenstand behandelt hatte, und folglich die Werke von Marx, Engels und Lenin zu vernachlässigen; und die „Sowjetpädagogik" verweilte bei seinem schädlichen Einfluß auf die Jugend und bemerkte u. a., daß die allgemeine Schulpflicht als Folge von Stalins „väterlicher Sorge" hingestellt, tatsächlich aber durch die Entwicklung der Sowjetgesellschaft notwendig geworden sei. Die letztgenannte Zeitschrift bezieht sich auf die wichtige Direktive des Zentralkomitees vom 30. Juni „Über die Überwindung des Personenkults und seiner Folgen", deren Text in der „Prawda" vom 1. Juli veröffentlicht ist. Als eins ihrer Ziele wird angegeben, dem Vorwurf zu begegnen, daß der Kult aus der Natur des Sowjetsystems entstanden sei, während er doch „gewissen Bedingungen, die jetzt in der Versenkung verschwunden sind", zugeschrieben werden müsse. Um welche Bedingungen es sich handelt, wird allerdings nicht erklärt.

Die Sache wurde allgemeiner erörtert in Leitartikeln des „Parteilebens" vom März und des „Kommunist" vom April 1956, und was diese sagen, kann wohl als offizielle Parteilinie angesehen

---

[6] Ebd.

werden. Stalins Beitrag zum „Kampf unserer Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus" wird freimütig zugestanden. Besonders sein Angriff gegen die Trotzkisten und die Rechtsabweichler wird gelobt, denn, wie „Parteileben" es ausdrückt: „Man stelle sich vor, was geschehen wäre, wenn die politische Linie der Rechtsabweichung 1928/29 gesiegt hätte. Wir hätten keine mächtige Schwerindustrie und keine Kollektivfarmen . . . und das Land wäre den räuberischen Imperialisten zur Beute gefallen." Doch, sagt der „Kommunist", entwickelte sich Stalins Autorität in den dreißiger Jahren allmählich zum Kult des Individuums, und er förderte das wegen der Elemente von Gemeinheit in seiner Anlage und seines Mangels an Beweglichkeit und Bescheidenheit. Der Artikel aber behauptet, daß er zum Teil zu entschuldigen sei, weil das Land wegen der kapitalistischen Einkreisung eine „belagerte Festung" gewesen sei und daher zentralisierte Führung erfordert habe. Wirkliches Unheil entstand in „der letzten Periode" seines Lebens (also wahrscheinlich nach der großen Säuberung), als der Personenkult „monströse Formen" annahm und der Sache des Sozialismus großen Schaden zufügte. Unzulängliche Maßnahmen wurden ergriffen, um das Land im Krieg zu verteidigen; nach Kriegsschluß wurde eine ungesunde landwirtschaftliche Politik eingeführt; großer Schaden wurde der Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften zugefügt. Anderswo wird der Personenkult als Manifestation des „subjektiven Idealismus" (s. d.) oder auch des bürgerlichen Anarchismus verdammt, und es wird gesagt, daß er „immer Hand in Hand geht mit Pedanterie und Dogmatismus". Die eigentliche Antwort darauf liegt in einer Rückkehr zu den Prinzipien der „kollektiven Führung" (s. d.).

Praktizismus

Marx machte sich daran, eine Wissenschaft von der Gesellschaft zu konstruieren, die denselben Status wie jede Naturwissenschaft haben sollte. Das konfrontierte ihn im Anfang mit dem, was Engels „das fundamentale Problem der Philosophie" nannte; d. h., ob es möglich ist, jene Kenntnis von der äußeren Welt zu erlangen, die eine feste Basis für eine solche Wissenschaft liefert. Nun beginnt Marx als Positivist; er behauptet nämlich, daß das allein Wissen sei, was von den Sinnen wahrgenommen oder durch Wissenschaft enthüllt wird, oder in andern Worten, daß Wissen sich von der Beobachtung und vom Experiment ableite. Die kon-

templative Vernunft an sich sei unfähig, es zu liefern, und daher wird „Metaphysik" im Sinne der spekulativen Philosophie als wertlos verdammt. Diese Haltung war ganz ähnlich der von Comte. Der Grund, warum Marx sich nie als Positivist bekannte, lag, wie H. B. Acton annimmt, zweifellos wenigstens zum Teil an seiner Abneigung gegen Comtes politische und soziale Lehren[1].

Marx' Theorie des Wissens ist sein bedeutendster Beitrag zur Philosophie. Aber sie wirft Probleme auf, die hier nicht erörtert werden können. Wir können nur ihre allgemeine Richtung andeuten. Diese war, wie Marx in seinen „Thesen über Feuerbach"[2] darlegte, daß die Frage, ob es möglich sei, zur „gegenständlichen" Wahrheit zu gelangen, keine Frage der Theorie, sondern eine praktische Frage ist. Die kontemplative Vernunft gibt uns Ideen, aber ob diese wahr sind in dem Sinne, daß sie einen genauen Bericht von der Wirklichkeit geben, kann nur dadurch bestimmt werden, daß man nach ihnen handelt.

Marx' Theorie des Wissens beruht also auf der Konzeption von der „Einheit von Theorie und Praxis", die sich gegenseitig ergänzen. Das ist die immer noch anerkannte Lehre, und sie wird ständig hervorgehoben, um die Abhängigkeit des einen Elements vom andern zu zeigen. Denn wenn auch der Marxismus-Leninismus ausdrücklicher als jedes andere politische Bekenntnis die Bedeutung seiner theoretischen Grundlage betont, betont er doch gleichermaßen, daß seine revolutionäre Theorie von der Praxis geprägt worden ist, also von revolutionärer Aktivität. Theorie ohne Praxis ist unfruchtbar; Praxis ohne Theorie bedeutungslos. Aber durch ihre Verbindung wird es möglich, die Welt umzuwandeln.

Praktizismus ist daher die Neigung von Parteimitgliedern, ihre tägliche Arbeit ohne Rücksicht auf die Theorie zu tun, die dieser Arbeit allein Rechtfertigung und Bedeutung verschafft, mit dem Ergebnis, daß es ihnen an „einer klaren revolutionären Perspektive" fehlt. Die „Große Sowjetenzyklopädie" weitet den Begriff aus und benutzt ihn für engstirnige, utilitaristische und bürokratische Versuche, Probleme zu lösen, und für jede Lösung eines Problems, die es verabsäumt, die Gesamtinteressen von Staat und Partei zu berücksichtigen.

---

[1] The Illusion of the Epoch 1955, S. 58.

[2] Diese wurden offensichtlich im März 1845 geschrieben. Nach Marx' Tod fand Engels sie in einem Notizbuch und druckte sie als Anhang zu seiner Schrift „Feuerbach" (1886).

Proletariat ist abgeleitet von dem lateinischen „proletarius", der niedrigsten Klasse der römischen Bürger, die dem Staat nichts gab als ihre Abkömmlinge („proles"), und so wurde das Wort in abgewertetem Sinne gebraucht. In der Fußnote, die Engels der englischen Ausgabe des „Kommunistischen Manifestes" von 1888 beifügte, definierte er es als „Klasse der modernen Lohnarbeiter, die, da sie keine eigenen Produktionsmittel haben, darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um leben zu können". Im achtzehnten Jahrhundert wurde der Ausdruck gebraucht für die städtischen Arbeiter im Gegensatz zu den ländlichen, und so spricht Rousseau in seinem „Contrat Social" von „dem unglücklichen Proletarier der Städte", der zu einem „geachteten Bürger" wird, sobald er zum „Arbeiter auf den Feldern" wird. Marx und Engels jedoch beschränken den Begriff auf die Industriearbeiter, die durch die Entwicklung des kapitalistischen Systems geschaffen wurden. Aber sie schließen die niedrigste Schicht des Gelegenheitsarbeiters aus, die sie „Lumpenproletariat" nennen und mit Verachtung als unzuverlässiges revolutionäres Element behandeln. Sie schließen natürlich auch nicht die Bauern ein, nicht einmal die, welche kein Land besitzen. Dies ist die Bedeutung, die der Begriff heute hat, so daß die Kommunisten, wenn sie die Gesamtheit der Arbeitenden bezeichnen wollen, den Ausdruck „Werktätige" oder „werktätige Massen" verwenden.

Das Proletariat wird als die einzige echte revolutionäre Klasse angesehen, teils weil alle seine Angehörigen die Erfahrung der „Ausbeutung" im technischen, marxistischen Sinne haben, und teils weil die Bedingungen der industriellen Beschäftigung Arbeiter dieses Typs in Fabriken konzentrieren, so ihr Klassenbewußtsein entwickeln und sie leichter dazu bringen, sich zu revolutionärer Tätigkeit zu organisieren, was auf dasselbe hinausläuft. Marx und Engels glaubten, daß sich, als Resultat der industriellen Revolution, die Gesellschaft in zwei feindliche Klassen aufgespalten habe, die Bourgeoisie und das Proletariat, und daß alle andern Teile, abgesehen von den Bauern, Anomalien seien, dazu bestimmt, zusammen mit dem kapitalistischen System zu verschwinden. Sie behaupteten, daß also das Proletariat schließlich die Mehrheit der Bevölkerung bilden würde. Und das war in der Tat wesentlich für ihre Analyse des Zerfalls des Kapitalismus und gab ihrer revolutionären Doktrin den äußeren Anschein, demokratisch zu sein. Wir können jedoch beobachten, daß sie niemals, wenn sie in

ihrem Briefwechsel eine der von ihnen als bevorstehend angenommenen Revolutionen erörterten, der Tatsache, daß in keinem der betroffenen Länder eine solche Mehrheit bestand, Beachtung schenkten.

In der Tat ist es, worauf G. D. H. Cole hingewiesen hat, seit den späten neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts offenbar geworden, daß es bei der Beschränkung des Proletariats auf die Industriearbeiter höchst unwahrscheinlich ist, daß sie jemals die Mehrheit bilden werden und daß im Gegenteil wahrscheinlich die zukünftige Entwicklung des Kapitalismus ihre relative Anzahl abnehmen läßt[1]. Man könnte der Schwierigkeit entgehen durch Einschluß der Stehkragenarbeiter und sogar der Bauern, aber das würde das Proletariat als Klasse weniger homogen machen, da diese Elemente nicht denselben revolutionären Elan besitzen. Lenin hielt sich daher strikt an die marxistische Auslegung und definierte das Proletariat als „die Klasse, die mit der Produktion materieller Werte in Industriebetrieben großen Umfangs beschäftigt ist“. Als solches war es die Vorhut und klassenbewußteste Abteilung der Massen. Es wurde daher ein Teil der kommunistischen Legende, daß das Proletariat die Oktoberrevolution durchgeführt hatte unter der Führung der Partei und im Bündnis mit den armen (d. h. den landlosen) Bauern. Denn in seinem „Achtzehnten Brumaire“ (1852) hatte Marx erklärt, daß das Interesse der französischen Bauern dieses Typs mit dem des städtischen Proletariats identisch sei; und in einem Brief an Engels im April 1856 hatte er hoffnungsvoll auf die Möglichkeit einer „zweiten Auflage der Bauernkriege“ hingewiesen, welche die Erhebung der preußischen Arbeiter ergänzen könnte. Aber er hat das nicht weiterentwickelt, und es blieb Lenin überlassen, die Beziehungen zwischen der Bauernschaft und dem Proletariat auszuarbeiten und sie zu einem Teil der kommunistischen revolutionären Strategie zu machen. Für Lenins Theorie ist es grundlegend, daß die Bauern niemals mehr als Verbündete des Proletariats sein können, das immer Führer in der Revolution sein muß und nie seine Macht mit einer andern Klasse teilen darf. Praktisch jedoch bedeutet Proletariat in diesem Zusammenhang immer die kommunistische Partei, die kraft Definition proletarisch ist, obwohl das Proletariat, wie Borkenau nachgewiesen hat, immer eine untergeordnete Rolle in der kommunistischen Bewegung gespielt und zu Lenins Lebzeiten nie ein Arbeiter wirklichen Einfluß in der Partei gehabt hat[2].

---

[1] History of Socialism III, S. 971 f. [2] Der europäische Kommunismus 1952

Tatsächlich war die russische Partei niemals echt proletarisch. Zwar gab die Zwölfte Parteikonferenz vom August 1922 Verordnungen heraus, die auf dem Achtzehnten Kongreß im Jahr 1939 wieder verworfen wurden, mit dem Ziel, den Eintritt von nichtproletarischen Elementen in die Partei zu entmutigen, aber das war eine Verteidigungsmaßnahme von seiten der Führer, um sie vor der Überschwemmung mit NEP-Männern zu bewahren, die jetzt Zulassung verlangten, und sie beinhaltete keineswegs, daß die Parteiführung in proletarische Hände kommen sollte. In den dreißiger Jahren änderte sich die Zusammensetzung als Ergebnis des Auftauchens einer neuen technischen Intelligenz, die als Werkzeug der Fünf-Jahr-Pläne entstanden war; und als 1938 nach der großen Säuberung eine Neurekrutierung in großem Umfang vorgenommen wurde, traten Mitglieder dieser Schicht in großen Mengen bei und wurden unvermeidlich in die wichtigeren Posten der Hierarchie befördert. Ein hoher Prozentsatz der Neuen war tatsächlich proletarischen Ursprungs, aber sie übernahmen schnell die Voraussetzungen und Werte der Mittelklasse im Gegensatz zu denen der „Produktionsarbeiter". Das endete für das Proletariat damit, daß es sogar die bevorzugte Stellung verlor, die es ursprünglich in der Theorie besessen hatte.

Proletarische Demokratie

Bei der Betrachtung der bürgerlichen Demokratie haben wir gesehen, daß nach der marxistisch-leninistischen Theorie die der Machtergreifung des Proletariats vorausgehende Regierungsform der bürgerlich-demokratische Staat ist, ein Regime, das Lenin oft als bürgerlich-parlamentarische Demokratie bezeichnet, weil es durch das Parteiensystem wirkt. Wie Marx lehnte Lenin den „Parlamentarismus" (s. d.) grundsätzlich ab, und eine seiner ersten Handlungen nach seiner Rückkehr nach Rußland im April 1917 war, ihn als nicht länger anwendbar abzulehnen, da er glaubte, daß die Revolution nunmehr ihre bürgerlich-demokratische Stufe verlassen hätte. Die in den „Kinderkrankheiten des Linken Flügels im Kommunismus" gegebene Rechtfertigung für die Auflösung der konstituierenden Versammlung im Januar 1918 war, daß eine bürgerliche Republik mit einer solchen Versammlung zwar zweifellos besser sei als eine ohne, daß aber „eine Arbeiter-und-Bauern-Republik, eine Sowjetrepublik", wie er sie gegründet zu haben beanspruchte, besser als beide und der Parlamentarismus damit

unvereinbar sei. Die Stellung wird klar in einem am 1. September vom Exekutivkomitee der Komintern verfaßten Rundschreiben formuliert, das deutliche Züge seiner Inspiration trägt. „Welches ist die Form der proletarischen Diktatur? Wir antworten: Die Sowjets. Kann die Sowjetmacht sich mit dem Parlamentarismus aussöhnen? Nein und nochmals nein. Sie ist absolut unaussöhnbar mit den Parlamenten, wie sie bestehen, weil die parlamentarische Maschine die konzentrierte Macht der Bourgeoisie verkörpert." Daß aber die kommunistischen Parteien die bürgerlichen Parlamente benutzen sollten, „um den revolutionären Kampf zu fördern", steht auf einem andern Blatt, und Lenin bestand in den „Kinderkrankheiten des Linken Flügels im Kommunismus" darauf, daß das ihre Pflicht sei.

Die Diktatur des Proletariats, theoretisch von den Sowjets, tatsächlich aber von der Partei ausgeübt, bildete also das, was Lenin proletarische Demokratie nannte, von der er in seiner Schrift „Die Diktatur des Proletariats und der Renegat Kautsky" behauptete, sie sei „tausendmal demokratischer als die demokratischste Republik". Das ist nur ein weiteres Beispiel für kommunistischen Verbalismus. *Wenn* natürlich die Bourgeoisie mit den Kapitalisten identifiziert und dann als ausbeutende Klasse definiert wird und *wenn* die bürgerliche Demokratie als Regierungsform definiert wird, bei der alle Macht in ihren Händen liegt und zur Förderung ihrer Interessen benutzt wird, ist es klar, daß solche Demokratie nur formal ist. Aber die Gültigkeit dieses Schlusses hängt von den Voraussetzungen ab, auf denen er basiert, und es ist nie versucht worden, dafür einen auf gesicherten Fakten beruhenden Beweis zu liefern.

Ähnlich bedeutet Lenins Feststellung, daß unter der Diktatur des Proletariats die Macht auf die Arbeiter übertragen wird, lediglich, daß das nach der marxistischen Theorie geschehen sollte, während in Wirklichkeit die Sowjets bald in den Hintergrund geschoben wurden und die Partei die Kontrolle übernahm. Seine Schriften vor der Revolution bezogen sich ständig auf die Pariser Kommune als eines Musters für eine proletarische Regierung — eine einzige legislative und exekutive Versammlung, aus den gewählten Vertretern des Volkes zusammengesetzt —, aber solche Hinweise hörten bald nach der Revolution auf. Dennoch hielt er es für wünschenswert, eine gewisse Form der Volksvertretung zu erhalten, denn in „Staat und Revolution" erklärte er: „Der Ausweg aus dem Parlamentarismus liegt natürlich nicht in der Aufhebung der Vertretungskörperschaften und der Wählbar-

keit, sondern in der Umwandlung der Vertretungskörperschaften aus ‚Schwatzbuden' in ‚arbeitende' Körperschaften"; und möglicherweise glaubte er tatsächlich weiter daran, daß es die Wirkung der Revolution sei, „die Massen in aktive Teilhabe an der Regierungsarbeit zu bringen", lange nachdem es offenkundig geworden war, daß sie nichts dergleichen tat und auch tatsächlich in keinem bedeutungsvollen Sinne tun konnte, ohne der von der Partei ausgeübten zentralen Kontrolle Abbruch zu tun.

Obwohl also die Verfassung von 1918 die Wahl von Delegierten für den All-Unions-Kongreß der Sowjets vorsah, war doch die Funktion solcher Wahlen nicht, den Willen des Volkes zu sichern, sondern eine Gelegenheit zu liefern, Unterstützung des Regimes durch das Volk zu demonstrieren. Sie befähigen die Partei, der ungläubigen Welt zu verkünden, daß etwa bei den Wahlen von 1954 99,98% aller Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben und daß 99,79% für die Kandidaten des Blocks der „Kommunisten und Parteilosen" zum Obersten Sowjet der Union und 99,04% für gleiche Kandidaten zum Nationalitätensowjet stimmten[1]. Daß es keine anderen Kandidaten gibt, die man wählen kann, macht den ganzen Vorgang noch mehr zur Farce. Außerdem hat der Oberste Sowjet, wenn er gewählt ist, keinerlei Macht. Denn obwohl die Verfassung von 1936 ihn zur höchsten legislativen Körperschaft erklärt, hören die Delegierten lediglich die Berichte an und ratifizieren einstimmig die Beschlüsse der zentralen Parteiorgane.

Es gibt auch nicht die geringsten Anzeichen dafür, daß die gegenwärtigen Sowjetführer ihre Ansichten geändert haben. Wie schon bemerkt, erklärte Chruschtschew auf dem Zwanzigsten Kongreß in der Tat, daß in gewissen Ländern (womit er offensichtlich Frankreich und Italien meinte, wo die kommunistische Partei bei Wahlen beträchtliche Unterstützung von nichtkommunistischen Elementen erhält) die Arbeiter möglicherweise die Macht verfassungsmäßig erringen und dann das bürgerliche Parlament in „ein echtes Instrument des Volkswillens" umwandeln könnten. Dadurch sollte der Eindruck erweckt werden, daß die Kommunisten nun die sozialdemokratische Methode der Umwandlung der Gesellschaft durch parlamentarische Mittel annehmen sollten. Chruschtschew machte aber klar, daß der Übergang zum Kommunismus, welche Form er auch annähme, nur „unter der politischen Führung der Arbeiterklasse mit deren Avantgarde an der

---

[1] Merle Fainsod, How Russia is Ruled, 1954, S. 323.

Spitze" geschehen könnte. Daß kommunistische Parteien parlamentarische Mittel, das Wahlrecht eingeschlossen, benutzen sollen, um die Macht zu ergreifen, ist keine neue Lehre. Wenn sie aber einmal die Macht übernommen haben, können sie kaum weiter so handeln, wenn auch nur, weil das dem vitalen kommunistischen Prinzip, daß „die Partei immer recht hat" und durch ihre Natur den Willen der Gemeinschaft repräsentiert, widersprechen würde. Daher kann keine allgemeine Forderung nach freien Wahlen zugestanden werden, da solche leicht zu einer Niederlage der Partei führen könnten.

Proletarischer Internationalismus

Proletarischer Internationalismus ist das Gegenteil von „bürgerlichem Nationalismus" (s. d.) und wird in dem „Philosophischen Wörterbuch" definiert als „Ideologie der internationalen Solidarität der Proletarier und Werktätigen aller Länder". Es wird darauf hingewiesen, daß er zuerst im „Kommunistischen Manifest" Ausdruck fand mit dem Schlagwort: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" Marx lehrte, daß in jedem Land die proletarische Bewegung als Kampf zwischen dem Proletariat und der eigenen nationalen Bourgeoisie begann. Daher muß der Kampf von der nationalen in die internationale Ebene übergeleitet werden durch Ausdehnung der Revolution von einem Land ins andere, bis die Einheit des Weltproletariats verwirklicht ist.

Lenin glaubte, daß der Sieg des russischen Proletariats das Signal für proletarische Revolutionen im Westen sein würde und daß diese sich dann auf die rückständigen kolonialen Gebiete ausbreiten würden. Der Prozeß verdankte in Rußland, so behauptete er, seinen Beginn den besonderen Umständen dieses Landes, und das berechtigte das russische Volk nicht, ein besonderes Verdienst in Anspruch zu nehmen. Bei Gründung der Komintern wurde Moskau der Sitz ihres Exekutivkomitees, aber das geschah, weil es zu der Zeit keine andere Wahl gab. Wenn auch die Assimilation der Komintern mit der sowjetischen Kommunistischen Partei das schließliche Ergebnis war, so war das doch nicht die ursprüngliche Absicht. Tatsächlich war die Achtung, welche die Kongresse der kommunistischen Parteien jahrelang jedem Vorschlag der brüderlichen russischen Delegation zollten, primär die Folge des ungeheuren Prestiges, dessen sich die Sowjetunion erfreute, die ihre Revolution im Gegensatz zu andern Ländern schon gemacht hatte.

Angesichts der engen Verbindung jedoch zwischen der Stärke und Stabilität der Sowjetunion und den Aussichten auf eine Weltrevolution war es geradezu unvermeidlich, daß die Komintern sich mit der Sowjetmacht identifizieren mußte und daß der Anspruch, die kommunistischen Parteien zu lenken, in die Forderung münden mußte, absolute Kontrolle über sie auszuüben. So wurde die Bereitschaft, die Sowjetunion und ihre Politik selbst auf Kosten des eigenen Landes zu verteidigen, zu einem Prüfstein für den wahren Kommunisten. Stalin drückte es in seiner Schrift „Die Internationale Situation und die Verteidigung der UdSSR" (August 1927) so aus: „Ein Internationalist ist, wer rückhaltlos, ohne Zögern, bedingungslos bereit ist, die Sowjetunion zu verteidigen, weil sie die Basis der weltrevolutionären Bewegung ist." Und in den endgültigen Statuten der Komintern, die auf dem Sechsten Kongreß 1928 angenommen wurden, wurde folgendes aufgenommen: „Angesichts der Tatsache, daß die Sowjetunion das einzige Vaterland des internationalen Proletariats ist . . . muß (dieses) zu seinem Teil den Erfolg der Arbeit des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion erleichtern und ihn gegen die Angriffe der kapitalistischen Welt mit allen in seiner Macht liegenden Mitteln verteidigen."

Wenn dies schon die Pflicht des Proletariats insgesamt war, so um so mehr die der kommunistischen Parteien, die dessen Avantgarde sind, und ihre Unterwerfung unter die Sowjetunion oder die sowjetische Kommunistische Partei — was auf dasselbe hinausläuft — war also der Wesenskern des proletarischen Internationalismus. Aber diese Unterwerfung bestand nicht nur in ihrer Verpflichtung, die sozialistische Zitadelle zu verteidigen. Denn es war ein Glaubensartikel, daß die Erfahrung der russischen Partei für alle andern universal gültig war, so daß sie auf kein Problem stoßen konnten, das sich nicht auch in ihrer Geschichte gestellt hätte und für das sie nicht die richtige Lösung gefunden hätte. Wir werden noch sehen, wie sorgfältig die Sowjetideologen darauf bedacht waren, aufzuzeigen, daß die Volksdemokratie keine neue Entwicklung darstellte, sondern dem russischen Muster entsprach. Daher wurde die Auffassung von den „getrennten Wegen zum Sozialismus" als häretisch verurteilt, außer als es wünschenswert schien, aus taktischen Gründen zu verkünden, daß nicht beabsichtigt war, dem Sowjetmuster zu folgen, wie es die Satellitenführer durften, als sie ihre Parteien unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg aufbauten. Sobald sie sich allerdings genügend gefestigt hatten, wurde der Vorwand fallengelassen.

Um den proletarischen Internationalismus in diesem Sinn durchzusetzen, wurde der „Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU (B)" zur vorgeschriebenen Lektüre für alle kommunistischen Parteien. Ein Artikel in der „Prawda" vom 1. Oktober 1948 stellte fest: „Die einzigen wahren proletarischen Internationalisten sind die, welche ihre Aktivität auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus gründen, welche die Erfahrung der Sowjetunion und der sowjetischen Kommunistischen Partei als Ausgangspunkt nehmen . . ."; während ein Artikel in dem gleichen Organ vom 12. Januar 1949 noch nachdrücklicher erklärte:

„In unserer Zeit kann man ein aufrechter Revolutionär und Internationalist nur sein, wenn man die Kommunistische Partei der Sowjetunion und die Sowjetunion selbst bedingungslos unterstützt, wenn man seine Tätigkeit auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus gründet und von der Erfahrung der sowjetischen Kommunistischen Partei ausgeht — der führenden Kraft in der internationalen kommunistischen Bewegung."

In seinem Bericht an den Zwanzigsten Kongreß gab Chruschtschew jedoch zu, daß es für Länder möglich sei, zum Sozialismus auf „getrennten Wegen" zu gelangen, was in der Tat schon in dem sowjetisch-jugoslawischen Abkommen vom Juli 1955 zugestanden worden war. Er scheint kapitalistische Länder im Sinn gehabt zu haben, in denen starke und gutorganisierte sozialistische Parteien existierten. Aber die kommunistischen Satellitenparteien, die am meisten gelitten hatten, legten diese Feststellung dahin aus, daß es ihnen erlaubt sei, ihre Programme auszuführen, ohne daß die Russen im Namen des proletarischen Internationalismus eingreifen würden. Sie wurden jedoch enttäuscht. Ein Prawda-Leitartikel vom 16. Juli 1956 bezog sich auf „die politisch Unreifen und Leichtgläubigen . . ., die auf diesen Köder vom nationalen Kommunismus hereinfielen", der, wie behauptet wurde, von „den Feinden der Arbeiterklasse in der Hoffnung, die kommunistischen Parteien zu spalten", ausgelegt worden war. Ähnlich erklärte Bulganin in einer Rede in Warschau am 21. Juli: „Wir Marxisten-Leninisten erachten, daß jedes Land etwas Neues zum historischen Prozeß des Aufbaus des Sozialismus beiträgt und daß es nötig ist, die sozialistische Demokratie bis zum äußersten zu entwickeln. Aber wir dürfen die Versuche nicht unterschätzen, welche unter der Flagge der sogenannten ‚nationalen Besonderheiten' die internationalen Bande des Sozialismus schwächen, Versuche, die Macht des volksdemokratischen Staates unter der Flagge einer zweifelhaften ‚Ausweitung der Demokratie' zu unterminieren."

In diesen Feststellungen wird der proletarische Internationalismus mit der internationalen proletarischen Einheit identifiziert und nicht, wie es immer der Fall gewesen ist, mit dem Anspruch, daß alle kommunistischen Parteien die russische Führung annehmen müssen. Aber es ist eindeutig beabsichtigt, daß sie es tun; und ein Artikel in der Augustausgabe 1956 des „Kommunist" schreibt die Ansicht, daß die kommunistischen Parteien unabhängig sein sollen (natürlich wird nicht behauptet, daß irgendeine gewagt habe, ein Recht darauf zu beanspruchen), insbesondere Chruschtschew zu, als er Stalin tadelte und sowjetische Irrtümer zugab, welche „reaktionären Kräften" ermöglicht hatten, die sowjetische Partei zu verunglimpfen.

Propaganda

Das „Oxford English Dictionary" definiert Propaganda als „Zusammenschluß oder Plan zur Verbreitung einer Lehre oder Praxis", aber im gegenwärtigen Gebrauch wird das Wort mit dem Apparat in Verbindung gebracht, den eine Regierung benutzt, um ihre Politik der Außenwelt zu erklären und zu rechtfertigen. Die Sowjetregierung hat nicht nur eine ausgeklügelte Maschinerie zur Durchführung solcher Propaganda im Ausland entweder direkt oder durch kommunistische Frontorganisationen, sondern führt sie auch im Inneren durch mit Hilfe von Presse, Rundfunk, Film usw. Im marxistisch-leninistischen Wortschatz hat der Begriff aber noch eine zusätzliche Bedeutung. Nach dem „Politischen Wörterbuch" ist Propaganda „die intensive Erläuterung der Schriften von Marx, Engels, Lenin und Stalin und der Geschichte der bolschewistischen Partei und ihrer Aufgaben". Sie bedeutet also die theoretische Schulung, die man für die Sowjetbürger, besonders für die Parteimitglieder, erforderlich hält und die von berufsmäßigen Propagandisten im Sinne Plechanows (s. o. S. 22) durchgeführt wird. Es wird als wesentlich angesehen, Kenntnis vom Marxismus-Leninismus zu besitzen, da Lenin bestimmte, daß eine revolutionäre Bewegung nur „von einer durch die fortgeschrittenste Theorie gelenkten Partei" getragen werden könnte.

Daher erklärte Stalin zu Beginn seiner „Grundlagen des Leninismus" — der Schrift, in der er zuerst seine Glaubwürdigkeit als Theoretiker der Partei zu begründen suchte —: „Der Versuch von praktischen Arbeitern, die Theorie an die Seite zu schieben, widerspricht völlig dem Geist des Leninismus und ist mit ernsthafter

Gefahr für die Sache beladen." Und in seinen Berichten an verschiedene Parteikongresse und bei andern Gelegenheiten wurden die Fehler der Partei dem Mangel an Verstehen marxistisch-leninistischer Prinzipien zugeschrieben. Es gibt daher in der Sowjetunion einen ungeheuren Apparat, um sowohl Mitglieder wie Nichtmitglieder der Partei in diesen Prinzipien zu unterrichten. Dasselbe gilt auch von den Satellitenstaaten, in denen die Führer ständig die Wichtigkeit der Schulung betonen und die dafür notwendigen Maßnahmen erklären. Die Form dieser Schulung reicht von Gruppen, die eine gewisse Zeitlang wöchentlich für ein paar Stunden zusammenkommen, um ein vorgeschriebenes Buch, etwa den „Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU (B)" zu studieren, bis zu Einrichtungen auf hoher Ebene, die Vollkurse für die Dauer bis zu drei Jahren oder noch mehr abhalten.

Die Bedeutung, die man der Schulung beilegt, kann teilweise der besonderen Natur der politischen Auffassungen des Marxismus-Leninismus zugeschrieben werden, die keineswegs selbstverständlich sind, obwohl sie eine gewisse Folgerichtigkeit besitzen. Wenn man die Umstände bedenkt, unter denen die Oktoberrevolution durchgeführt wurde, sieht man leicht, wie damals die Lehre entstand, daß die Partei unfehlbar ist, daß ihr Wille den der Massen vertritt und daß daher jedermann die Pflicht hat, sich ihr zu unterwerfen. Doch wird der gewöhnliche Mensch wahrscheinlich ohne Hilfe einer geschulten Vernunft nicht zu dieser Ansicht gelangen, denn, sich selbst überlassen, wird er eher folgern, daß der Wille der Masse besser mit Hilfe eines geeigneten Mechanismus erforscht werden kann. Kein ausgeklügeltes System politischer Schulung ist erforderlich, um den Bürger des Westens davon zu überzeugen, daß allgemeine Wahlen, Volksentscheide u. ä. angemessene Mittel sind, festzustellen, was die Mehrheit der Gemeinschaft will, während sicherlich erklärt werden muß, warum sie es nicht sind.

Gleichzeitig liegt die Bedeutung der Schulung teilweise an der von vielen Kommunisten, wenn auch heute vielleicht weniger eifrig verfochtenen Auffassung, daß der Marxismus-Leninismus die einzige „wissenschaftliche" Weltanschauung ist, so daß nach einem Artikel der „Prawda" vom 27. Dezember 1948 eine „gründliche Beherrschung seiner Methode die entscheidende Bedingung für wissenschaftliche, unterrichtende und praktische Tätigkeit ist". Alexandrow erklärte in einer Verlautbarung vom 2. November 1946, daß die auf dem Marxismus-Leninismus beruhende Sowjetgesellschaft „eine unermeßlich höhere gesellschaft-

liche Ordnung als alle früheren und gegenwärtigen uns bekannten Formen gesellschaftlichen Lebens" sei. Diese Gesellschaft, so führte er aus, entwickle sich nur nicht „kraft elementarer Gesetze" — denn das wäre die Häresie der „Spontaneität" (s. d.) —, sondern als Ergebnis der „bewußten Anstrengung" aller, die sie zu schaffen streben, und vor allem der führenden Arbeiter der Partei und des Staates.

Das Ziel der Schulung ist es also, eine diese Anstrengung ermutigende Geisteshaltung zu entwickeln, die, kurz gesagt, absolute Ergebenheit gegenüber den kommunistischen Prinzipien und unversöhnliche Feindschaft gegenüber allen andern bedeutet. Daß es häufig nicht gelingt, diese Geisteshaltung zu entwickeln, ist natürlich die Schuld der Propagandisten — die ständig Ziel der Kritik sind — und niemals der Prinzipien selbst, die, wie ein Artikel im „Jungkommunist" im Januar 1956 erklärt, „Partei und Volk mit der Kenntnis der objektiven Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung ausstatten und die Kunst lehren, die innere Verbindung zwischen den Ereignissen zu verstehen und die vorwärts gerichteten Perspektiven unserer Bewegung zu sehen". Denn wenn die Partei ihre Führungsrolle spielen soll, müssen ihre Mitglieder die Prinzipien, für die sie eintritt, „meistern". Allerdings werden nicht alle den gleichen Grad von „Meisterschaft" erwerben, da das von ihrem Maß an Intelligenz abhängt und von der Arbeit, zu der sie berufen sind. Die „breiten Massen" aber empfangen die Botschaft der Partei durch „Agitation" (s. d.).

Reformismus

Reformismus ist das zentrale Problem, das die Kommunisten von den Sozialisten und vor allem von deren rechtem Flügel unterscheidet. Marx hat ihn zuerst in seinem „Achtzehnten Brumaire" (1852) definiert:

„Der eigentümliche Charakter der Sozialdemokratie faßt sich dahin zusammen, daß demokratisch-republikanische Institutionen als Mittel verlangt werden, nicht um zwei Extreme, Kapital und Lohnarbeit, beide aufzuheben, sondern um ihren Gegensatz abzuschwächen und in Harmonie zu verwandeln. Wie verschiedene Maßregeln zur Erreichung dieses Zweckes vorgeschlagen werden mögen, wie sehr er mit mehr oder minder revolutionären Vorstellungen sich verbrämen mag, der Inhalt bleibt derselbe."

Mit andern Worten: Der Reformismus war die zu der Zeit, als

Marx das schrieb, von den verschiedenen kontinentalen Linksgruppen außer den Blanquisten[1] geteilte Ansicht, daß die Übel des kapitalistischen Systems durch Reformen ausgetrieben werden könnten, während er das für unmöglich hielt und glaubte, daß das ganze System durch revolutionäre Aktionen hinweggefegt werden müsse. In der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts wurde Marx' Ansicht immer mehr angenommen und von den bedeutenderen sozialdemokratischen Parteien in der einen oder andern Form ihrem offiziellen Programm einverleibt.

Aber gegen Ende des Jahrhunderts änderte sich die Haltung dieser Parteien und am deutlichsten die der deutschen, die bei weitem die größte und bestorganisierte von allen war und auf dem Erfurter Kongreß 1891 ein spezifisch marxistisches Programm angenommen hatte. Die Macht und der Wohlstand Deutschlands vermehrten sich, den Industriearbeitern ging es besser als je zuvor, und die Regierung schuf und erweiterte die sozialen Einrichtungen. Unter solchen Umständen erschien die Vernichtung des kapitalistischen Systems und des bürgerlichen Staates, der es stützte, utopisch, und die Führer nutzten als Männer der Praxis ihre wachsende politische Macht, um konkrete Vorteile für die Arbeiter zu sichern. So entstand ein Widerspruch zwischen ihrer reformistischen Politik und ihrer revolutionären Theorie. John Plamenatz drückt es so aus: „Sie praktizierten, was sie nicht predigen konnten, und predigten, was sie nicht zu praktizieren wagten."[2]

Um die Jahrhundertwende wurde dieser Widerspruch offengelegt durch Bernstein, der viele Jahre in London gelebt hatte und unter den Einfluß der Fabianer geraten war. Er befürwortete jetzt eine Neubesinnung des Marxismus. Er hob hervor, daß dessen Hauptvoraussagen sich als falsch erwiesen hätten und daß man das offen zugeben sollte. Seine Ansicht wurde als Revisionismus bekannt, welcher die Theorie des Reformismus ist, da dieser die Annahme einer Politik bedeutet, die nur gerechtfertigt werden kann, wenn der Marxismus so „revidiert" wird, daß das revolutionäre Element, welches ein wesentlicher Teil von ihm ist, ausgemerzt wird. Er wurde selbstverständlich als Häretiker verdammt, aber die Sozialdemokraten der Zweiten Internationale praktizierten den Reformismus weiterhin wie vorher, und der Widerspruch wurde erst gelöst, als Lenin im März 1920 die Dritte Internationale (Komintern) gründete und die Arbeiterbewegung in einem Land

---

[1] Vgl. Anm. des Übers. S. 6.
[2] Deviations from Marxism, in: Political Quarterly (Jan./März 1950) S. 42.

nach dem andern spaltete, indem er die Parteien zwang, zwischen dem Reformismus und dem Marxismus des authentischen revolutionären Typs und dessen unvermeidlichen Folgerungen zu wählen.

Im ersten Weltkrieg behandelte Lenin die Frage in seinen Polemiken gegen die Zweite Internationale; und in der großen Kontroverse mit den westlichen sozialdemokratischen Führern nach der Oktoberrevolution wurde der Reformismus benutzt, um den ganzen ideologischen Komplex zu bezeichnen, der die Kommunisten von den Sozialisten schied und die beiden Parteien daran hinderte, ihre Kräfte zu vereinen, um die klassenlose Gesellschaft, die ihr gemeinsames Ziel war, zu verwirklichen. Die Kontroverse enthüllte Lenins völlige Verständnislosigkeit für den Westen, der nicht revolutionär war trotz des Lippenbekenntnisses der sozialdemokratischen Parteien zu marxistischen revolutionären Prinzipien.

Doch konnte sich Lenin zur Unterstützung seiner Ablehnung von „Reformismus" oder „Opportunismus" (s. d.) auf Marx' Lehre berufen; die beiden waren nämlich für ihn so eng verknüpft, daß alles, was er von dem einen zu sagen hatte, auch für den andern zutraf. In seiner Schrift „Strittige Fragen" (1913) behauptet er: „Reformismus bedeutet, daß die Leute sich darauf beschränken, für Änderungen zu agitieren, die nicht die Beseitigung der Hauptgrundlagen der alten herrschenden Klasse erfordern, Änderungen, die mit der Erhaltung dieser Grundlagen vereinbar sind." Und in seiner Schrift: „Können die Bolschewisten die Staatsmacht erhalten?" (Oktober 1917), erklärt er: „Er bedeutet lediglich Zugeständnisse durch die herrschende Klasse und nicht deren Sturz; er bedeutet, daß von der herrschenden Klasse Zugeständnisse gemacht werden, sie aber die Macht behält." Daher legte Artikel 7 der „Einundzwanzig Bedingungen für die Zulassung zur Komintern", denen auf dem Zweiten Kongreß 1920 zugestimmt wurde, fest: „Parteien, die der Kommunistischen Internationale beitreten wollen, müssen die Notwendigkeit eines vollständigen und absoluten Bruches mit dem Reformismus anerkennen . . . Ohne das ist keine folgerichtige kommunistische Politik möglich." Stalin vertrat die gleiche Doktrin. Für beide sind Reformisten solche Personen, die trotz ihrer Sympathien für den linken Flügel tatsächlich Verbündete der Bourgeoisie werden, weil sie nicht erkennen wollen, daß die Vernichtung des kapitalistischen Systems die Errichtung eines Regimes vom Sowjettyp und daher die für dessen Errichtung erforderlichen Maßnahmen einschließt.

Angesichts der Bedeutung des Reformismus ist es nur natürlich, daß Ausführungen über kommunistische Ideologie ihm beträchtliche Beachtung schenken. Das „Politische Wörterbuch" definiert ihn als

„die opportunistische Tendenz in der internationalen Arbeiterklassen-Bewegung, die nach Kooperation mit der Bourgeoisie strebt und den Kampf der Arbeiterklasse nur zu einem Kampf um Reformen macht, der die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft nicht anrührt. Die Reformisten, die sich Sozialisten nennen, propagieren die Idee, daß der Sozialismus auf dem Weg der bürgerlichen Demokratie allmählich, mit friedlichen Mitteln und ohne Revolution erreicht werden kann. Sie verwerfen den revolutionären Klassenkampf der Arbeiter und leugnen die Notwendigkeit der Errichtung einer Diktatur des Proletariats, womit sie den Kapitalisten helfen, ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten."

Der Artikel versichert jedoch, daß „die breiten Massen sich zunehmend davon überzeugen, daß der Reformismus das Ersticken ihrer Interessen zugunsten derer der Bourgeoisie bedeutet".

Das „Philosophische Wörterbuch" gibt eine etwas schärfere Definition. Danach ist Reformismus

„eine politische Richtung in der Arbeiterbewegung, die dem revolutionären Marxismus und den Interessen des Proletariats feindlich ist, die an Stelle des Klassenkampfes gegen den Kapitalismus, des Kampfes für die Diktatur des Proletariats und den Sieg des Sozialismus geringfügige Reformen setzt, welche die Grundlagen des ausbeutenden bürgerlichen Systems nicht berühren."

Es darf dabei nicht vergessen werden, daß die Entscheidung des Zwanzigsten Kongresses über die Möglichkeit, in gewissen Ländern den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus mit parlamentarischen Mitteln zu erreichen, kein Zugeständnis an den Reformismus einschließt. Darauf ist mehrfach hingewiesen worden. So erklärt G. Anatoljew im „Internationalen Leben" vom Oktober 1956, daß die „Überleitung einen unaufhörlichen Kampf gegen den Opportunismus verlangt, welcher, indem er die allmähliche Umwandlung durch geringfügige Reformen und parlamentarische Resolutionen predigt, die Notwendigkeit der Machtergreifung durch die Arbeiterklasse leugnet." „Was die Reformer angeht," so sagt er, „so schrumpft ihre ganze parlamentarische Tätigkeit ein . . . zu der Ausnutzung des Parlaments, Reformen durchzuführen, die der Bourgeoisie annehmbar sind. Solche Tätigkeiten stärken nur die Reaktion und schaden der Arbeiterbewegung beträchtlich."

Revolutionäre Wachsamkeit

Die Notwendigkeit der Wachsamkeit oder der revolutionären Wachsamkeit, wie man sie gewöhnlich nennt, wird in der kommunistischen Propaganda ständig betont. Eine Formulierung des Grundes dafür, die so gut wie jede andere ist, findet sich in einem anläßlich der Ermordung des Leningrader Parteichefs S. M. Kirow 1934 vom Zentralkomitee herausgegeben Rundbrief, der in Kap. 11, Abschn. 4 des „Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU (B)" zitiert wird:

„Es gilt, mit der opportunistischen Vertrauensseligkeit Schluß zu machen, die von der falschen Annahme ausgeht, als ob der Feind in dem Maße, wie unsere Kräfte wachsen, immer zahmer und harmloser werde. Eine solche Annahme ist grundfalsch. Das ist eine Nachwirkung der rechten Abweichung, deren Vertreter aller Welt weiszumachen suchten, daß die Feinde allmählich in den Sozialismus hineinkriechen, daß sie zu guter Letzt richtige Sozialisten werden würden. Es ist nicht die Sache der Bolschewiki, auf ihren Lorbeeren auszuruhen und Maulaffen feilzuhalten. Nicht Vertrauensseligkeit brauchen wir, sondern Wachsamkeit, wirkliche bolschewistische revolutionäre Wachsamkeit. Man muß dessen eingedenk sein, daß die Feinde, je hoffnungsloser ihre Lage sein wird, um so eher zu dem ‚äußersten Mittel' greifen werden, als dem einzigen Mittel der im Kampfe gegen die Sowjetmacht zum Untergang Verurteilten. Man muß dessen eingedenk und wachsam sein."

Revolutionäre Wachsamkeit ist also verwandt mit einer Anzahl von marxistisch-leninistischen Begriffen. Erstens daß der Sowjetstaat und alle anderen nach seinem Muster gebildeten Staaten von Feinden umringt sind, denen alle Mittel recht sind, sie zu vernichten, z. B. durch Einsatz von Spionen und Saboteuren und durch Benutzung der bürgerlichen Ideologie, um einzelne zu verführen (s. „Kapitalistische Einkreisung"). Zweitens daß der Klassenkampf in der Periode des Übergangs zum Sozialismus verschärft wird, weil die zum Untergang verurteilte kapitalistische Welt ihren Widerstand verstärken wird, so daß sie und nicht das Proletariat, das lediglich seine historische Mission erfüllt, letztlich für die Revolution verantwortlich ist. Drittens daß die Bourgeoisie bei der Verteidigung ihrer Klasseninteressen nur tut, was von ihr zu erwarten ist, und daß die wirklichen Feinde der Revolution die Sozialisten sind, da es ihr angebliches Bündnis mit der Bourgeoisie ist, welches das kapitalistische System am Leben erhält. So

wird die Verschärfung des Klassenkampfes unweigerlich betont, wenn die Parteilinie sich nach links bewegt, da dies zu der Schlußfolgerung führt, daß der Kampf gegen die Sozialisten intensiviert werden muß, während er abgeschwächt wird, wenn die Linie nach rechts abbiegt, wie es beim Zwanzigsten Kongreß der Fall war, der behauptete, es sei nun die Pflicht der kommunistischen Parteien, Volksfronten mit andern politischen Links-Gruppen zu bilden.

Aber wer auch immer der Klassenfeind ist, und er kann sehr wohl in den Reihen der Partei selbst gefunden werden, jedenfalls ist es Pflicht jeder kommunistischen Partei, ihn zu entdecken und zu vernichten. Wie gewöhnlich gibt die KPdSU in dieser Hinsicht ein Beispiel, und so wies ein Artikel in dem „Journal des Kominform“ vom 23. November 1951 darauf hin, daß es ihrer revolutionären Wachsamkeit zu danken sei, daß „die aggressiven Absichten der faschistischen Tito-Bande aufgedeckt wurden“. Ein Artikel in derselben Zeitschrift vom 27. Februar 1953 führte „die Bloßstellung der Gruppe von Mörderärzten, Agenten der amerikanischen und britischen Imperialisten“ als weitere Illustration dieser Pflichterfüllung an. Der Glaube, daß die kapitalistische Welt ständig die Kommunisten zu verführen sucht, um ihre Pläne auszuführen, macht es jeder Partei zur Pflicht, äußerste Wachsamkeit bei der Führung ihrer Geschäfte walten zu lassen; und ein immer wieder angeprangerter Fehler dabei ist die Errichtung von „Kadern“ (s. d.) ohne ausreichende Untersuchung des Vorlebens der einzelnen Mitglieder, mit dem Ergebnis, daß unzuverlässige Personen in Stellen gesetzt werden, wo sie als „Verräter des Volkes“ wirken können. Die gleiche Betonung der revolutionären Wachsamkeit spiegelt sich in den Strafgesetzbüchern der kommunistischen Länder, nach denen die Mitteilung irgendeiner politischen oder wirtschaftlichen Information, die noch nicht offiziell freigegeben ist, ein kriminelles Vergehen darstellt.

Säuberungen[1]

Zu allen Zeiten der Geschichte haben absolute Herrscher oder solche, die absolut sein wollten, danach getrachtet, tatsächliche und potentielle Gegner zu beseitigen. Auch Hitler und Mussolini

[1] Eine neuere und vollständige Behandlung des Gegenstandes findet sich in Zbigniew K. Brzezinski, The Permanent Purge, Harvard 1956.

handelten so. In der Sowjetunion jedoch und in kommunistisch kontrollierten Ländern ist dieser Prozeß viel weiter durchgeführt worden, und man hat den Begriff „Säuberung" geprägt, um ihn zu bezeichnen. Er wird für drei Typen von Strafmaßnahmen angewandt, die sich voneinander unterscheiden, sich gelegentlich allerdings mischen. Erstens gibt es die allgemeine Aktion innerhalb der Sowjetunion, um in der ganzen Bevölkerung Elemente auszumerzen, die als „konterrevolutionär" bezeichnet werden; allerdings brauchen sich die nach dem berüchtigten Art. 58 des Strafgesetzbuches angeklagten Personen tatsächlich keines besonderen Vergehens schuldig gemacht zu haben, da es genügt, daß sie wegen ihrer sozialen Herkunft oder aus andern Gründen als potentielle Missetäter angesehen werden. Die Ausmerzung solcher Elemente besagt nicht notwendig physische Liquidation, obwohl sie während einer Revolution wahrscheinlich ist oder auch wenn die Aktion der Kontrolle entgleitet, wie es während der „Großen Säuberung" von 1936/38 der Fall war, bei der ungezählte Tausende von völlig Unschuldigen umkamen. Gewöhnlich jedoch wird es als ausreichend angesehen, Personen dieser Kategorie in Lager wie Workuta zu schicken, wo sie für den Rest des Lebens wirksam von der Masse der Bevölkerung isoliert sind.

Zweitens gibt es die immer wiederkehrenden Säuberungen innerhalb der Partei und besonders unter deren Funktionären. Die Möglichkeit dazu wurde schon 1920 in den „Einundzwanzig Bedingungen für die Zulassung zur Komintern" geschaffen. Aber nicht nur die Personen, die verantwortliche Parteiämter innehaben und die man als Abweichler erkannt hat, werden ausgemerzt; jedem einschneidenden Machtwechsel in der Spitzenführung folgt auch die Entfernung derer, die ihre Stellung den in Ungnade gefallenen Führern verdankt oder sie unterstützt haben. Gleicherweise führt jede bedeutende Änderung der Parteilinie zur Entlassung der mit der verurteilten Politik eng verbundenen Funktionäre, obwohl ihr Vergehen nur darin bestanden haben mag, daß sie Befehlen gehorchten.

Die Führer können ferner eine Überprüfung der gesamten Mitgliedschaft der Partei beschließen. Als „Avantgarde" des Proletariats ist die Partei in der Theorie eine Elite. Aber von Zeit zu Zeit machen taktische Erwägungen es wünschenswert, sie zur Massenpartei auszubauen, bis schließlich ein Punkt erreicht ist, an dem geprüft werden muß, ob sie noch die erforderliche ideologische Reinheit und den revolutionären Eifer besitzt. Vor kurzem vorgenommene Säuberungen in den Satellitenländern sind Bei-

spiele dafür. In den Jahren unmittelbar nach dem Krieg gewannen die Kommunisten die Kontrolle, und eine große Anzahl von Leuten beeilte sich, aus mehr oder weniger eigensüchtigen Gründen auf ihren Siegeswagen zu klettern. Die Parteien schwollen daher mit „unzuverlässigen Elementen“ an, und die Führer forderten schließlich alle Mitglieder auf, ihre Mitgliedskarten abzugeben, die ihnen erst zurückgegeben wurden, nachdem sie sich einer Befragung über ihr Vorleben unterworfen hatten und ihre Loyalität festgestellt war.

Drittens gibt es die Säuberungen der herrschenden Gruppe unter den Spitzenführern im Laufe ihres Machtkampfes, um Rivalen auszuschalten. Klassische Beispiele dafür sind Stalins Abrechnung mit der „Linksopposition“ (Trotzkij, Kamenew und Sinowjew) 1926/27 und mit der „Rechtsopposition“ (Bucharin, Tomskij und Rykow) 1929/30 — ein Prozeß, der mit der „Großen Säuberung“ abgeschlossen wurde, in der er solch erschreckende Exzesse verursachte, daß Stalin auf dem Achtzehnten Kongreß 1939 versichern mußte, daß er nicht wiederholt werden würde. Das unterschiedlose Gemetzel dieser Jahre fällt teilweise Stalins zweifellos anomaler geistiger Veranlagung zur Last, aber diese Veranlagung selbst ist das Produkt einer Isolierung, die autokratische Führer oder Gruppen unweigerlich erleiden und die, weil sie sie von verläßlichen Informationsquellen abschneidet, Furcht und Verdacht erzeugt und dazu führt, Zuflucht zu Terror zu suchen, um gar nicht bestehende Anschläge und Verschwörungen zu unterdrücken.

In seiner berühmten Rede vom 25. Februar 1956 gab Chruschtschew offen zu, daß Stalins Unbarmherzigkeit für die Hinrichtung und Verfemung zahlloser unschuldiger Menschen verantwortlich war. Aber obwohl er die gegen die Rädelsführer angewandte Härte in den Säuberungen der zwanziger Jahre verurteilte, hielt er die Säuberungen selbst für vollauf gerechtfertigt; und er beschränkte sich durchweg auf die Behandlung der Mitglieder der Partei, wobei er durchblicken ließ, daß gegen alle, die ihr nicht angehören — wie z. B. die Kulaken — jede Maßnahme ergriffen werden kann. Er sagte ferner kein Wort über das System, das Stalin befähigt hatte, so zu handeln, wie er es getan hatte.

In der Tat ist die Säuberung wegen der Natur der Partei und ihrer Ziele ein wesentlicher Bestandteil der kommunistischen Herrschaft. Lenins Hauptbeitrag zur „Wissenschaft“, der seinen Namen mit dem von Marx paart, ist die Konzeption von der Partei, die er früh bildete und nie aufgab. Es ist die von einer „engen

Partei" verschworener Revolutionäre, die bereit sind, eine von dem Zentrum auferlegte eiserne Disziplin anzunehmen. Die Anstrengungen und Spannungen, die er nach der Revolution erfuhr, ließen ihn stärker denn je zuvor darauf bestehen; und die Resolution auf dem Zehnten Kongreß vom April 1921, welche die Bildung von Oppositionsgruppen als „Fraktionalismus" (s. d.) verurteilte, bezeichnete den Beginn der Konzeption der monolithischen Partei, deren Mitglieder in allen Fragen eine Einheitsfront bilden müssen und aus der alle andersdenkenden Elemente daher auszuschließen sind.

Diese Konzeption wurde verstärkt durch eine Ideologie, welche die harten und radikalen Antinomien kommunistischen Denkens widerspiegelt. Der marxistische Sozialismus ist die einzige „wissenschaftliche" Weltanschauung und kann allein die Menschheit erneuern. Den Parteiführern gehört das Recht, ihn auszulegen, und mit diesem Recht auch die Macht; denn sie allein verstehen völlig die Geheimnisse der Dialektik, welche die wahre Natur des historischen Prozesses enthüllt. Daher ist jede Entscheidung der Partei richtig in dem Sinne, daß sie den besondern Handlungsverlauf vorschreibt, der sie unter den gegebenen Umständen stärken und damit die revolutionäre Sache unterstützen wird, während jede andere Entscheidung die gegenteilige Wirkung gehabt hätte. Unter diesen Voraussetzungen kann jede Opposition gegen den Parteiwillen als Verrat an der revolutionären Sache hingestellt werden.

Es gibt ferner die Ziele, für welche die Partei eintritt. Absolute Herrscher sind gewöhnlich Änderungen abhold und wünschen nur, die bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten. Aber der Kommunismus ist der Zukunft geweiht — der Schaffung eines neuen Menschen aus unvollkommenem menschlichem Material und einer nach eigenem Muster gebildeten neuen Gesellschaft. Doch ist es unmöglich, irgendeine Revolution in gleichem Tempo weiterzuführen; denn zu Zeiten muß die Bewegung verlangsamt werden, sei es auch nur, um den gewonnenen Boden zu sichern. In dem Maße, wie das Land zur Ruhe kommt, neigt ferner die Förderung der Großindustrie und der Landwirtschaft dazu, Selbstzweck zu werden, auch wenn sie unter dem Schlagwort „Aufbau des Sozialismus" geschieht, und die Karriere der Parteimitglieder der höchsten Ebene hängt vom Erfolg dieses oder jenes Projektes ab. Daher werden gewiß Meinungsverschiedenheiten entstehen zwischen denen, welche die Zeit für gekommen halten, die Revolution anzuhalten, und denen, die glauben, daß man sie

weitertreiben und größere und ehrgeizigere Pläne durchführen muß. Die letzte Entscheidung liegt bei der Spitzenführung, und der Ausgang kann sehr wohl die Form einer Säuberung unter ihren Mitgliedern annehmen. Parteifunktionäre sind ihr immer ausgesetzt; denn sie können jederzeit in die Lage kommen, schneller oder langsamer als erwünscht vorzugehen und deshalb der einen oder andern Form der Abweichung angeklagt zu werden.

Solange die kommunistischen Parteien bestehen, wird es bestimmt Säuberungen geben. Sie bilden den einzig möglichen Weg, im Ein-Partei-System mit einem widerspenstigen Element in der Führerschaft, dem nicht erlaubt wird, seine Opposition gegen die offizielle Linie zu organisieren, fertig zu werden. Der Prozeß braucht nicht unbedingt zur physischen Liquidation zu führen, aber er wird wahrscheinlich von unangenehmen Folgen für die Opfer sein, wenn auch nur, weil es der Führung eindeutig zum Vorteil ist, der Öffentlichkeit klarzumachen, daß die Opposition so geartet war, daß die dafür Verantwortlichen zu „Feinden des Volkes" wurden. In diesem Fall ist eine härtere disziplinarische Maßnahme als bloße Ausschließung aus der Partei erforderlich.

Sektierertum

Das „Politische Wörterbuch" legt fest: „Unter Sektierertum ist zu verstehen die Absonderung von der breiten Masse der Arbeiter, die Zugehörigkeit zu engen Parteigruppen und die Weigerung, unter dem Vorwand der Reinheit der Prinzipien an Gewerkschaften und andern Massenorganisationen teilzunehmen." Alle Argumente gegen sie lassen sich in dem Handbuch der kommunistischen Staatsräson, den „Kinderkrankheiten des linken Flügels im Kommunismus" finden, in dem Lenin betonte, daß die Parteimitglieder, wenn der Kommunismus die Massen einfangen wolle, bereit sein müßten, in politischen und andern Linksbewegungen zu arbeiten mit dem Ziel, deren Kontrolle ihren sozialistischen Gegnern zu entreißen, und daß es das Kennzeichen des guten Revolutionärs sei, daß er das zu tun willens sei.

Aber immer wenn die Parteilinie sich nach rechts bewegt, was bedeutet, daß die Kommunisten mit nichtkommunistischen Elementen zusammenarbeiten sollen, gibt es Ärger mit den Extremisten, die nicht einsehen, daß solche Zusammenarbeit nur taktisch ist, und sie als Verrat an den Prinzipien betrachten. Das klassische Beispiel dafür war die Umkehr der vom Sechsten Komin-

ternkongreß von 1928 beschlossenen extremen Linkslinie auf dem Siebten Kongreß von 1935. Die kommunistischen Parteien wurden aufgefordert, alle revolutionäre Tätigkeit aufzugeben, Volksfronten mit antifaschistischen Parteien zu bilden und sogar an bürgerlichen Regierungen teilzunehmen. Diese Entscheidung war offenbar durch Moskaus Unruhe über die wachsende Macht Deutschlands inspiriert, welche es unklug erscheinen ließ, Länder zu schwächen, die zwar kapitalistisch, aber auch antifaschistisch waren. Aber sie wurde sicher von jenen Kommunisten übel vermerkt, die ihr ganzes Leben der Revolution gewidmet hatten und zu alt waren, ihre Methoden zu ändern; und da Stalin kein Risiko einging, wurde der größte Teil von ihnen nach Moskau befohlen und liquidiert.

Jedes Parteimitglied jedoch ist der Gefahr ausgesetzt, des Sektierertums beschuldigt zu werden, wenn es weiter nach links geht, als seine Führer es für wünschenswert erachten, so daß Sektierertum praktisch identisch ist mit Linksabweichung. Ein Beispiel geringerer Bedeutung mag genügen. 1950/52 wurde es den westlichen kommunistischen Parteien zur Pflicht gemacht, sich auf die „Friedenskampagne" und den von Stalin vorgeschlagenen „Friedenspakt" zu konzentrieren und eine breit angelegte Bewegung zur Unterstützung dieser Ziele zu schaffen. Im November 1952 wollte Roger Garaudy, der Führer der französischen, von den Kommunisten kontrollierten „Union de la Jeunesse Républicaine Française", daß diese Bewegung auf ihren Vorkriegsnamen „Jeunesse Communiste" zurückgriff. Er wurde von dem Organisationssekretär Auguste Lecœur des Sektierertums angeklagt mit der Begründung, daß er einen „erreur monumentale" begehe, indem er diesen Augenblick wähle, um die Jugendbewegung, die unabhängig erscheinen sollte, in eine ausgesprochen kommunistische umzuwandeln. In solchen „weichen" Perioden erscheinen dann in der Parteipresse Artikel über die Gefahr des Sektierertums, und der Mißerfolg kommunistischer Arbeiter, die sozialistischen Arbeiter zu bewegen, sich mit ihnen zu gemeinsamer Aktion zu vereinen, wird stets ihm zugeschrieben.

Sozialdemokratismus

Bis 1914 hatte sich Lenin als Sozialdemokrat betrachtet, aber während des Krieges bekämpfte er, wie wir gesehen haben, die Meinung der sozialdemokratischen Parteien und der Zweiten In-

ternationale, der sie angegliedert waren, weil sie ihre nationalen Regierungen unterstützten, anstatt den Krieg in einen revolutionären Krieg zur Vernichtung des Kapitalismus umzuwandeln. Nach der Oktoberrevolution erweiterte sich die Kluft, weil die sozialdemokratischen Führer, auf deren Unterstützung er gerechnet hatte, sich eiligst von dem durch ihn geschaffenen Regime lossagten. Allerdings entstand die heutige Teilung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten sichtbar erst, als Lenin im März 1919 die Komintern gründete und die sozialdemokratischen Parteien vor die Wahl stellte, bei der Zweiten Internationale zu bleiben oder mit ihr zu brechen und sich der Kommunistischen Internationale anzugliedern. In einem Land nach dem andern wählte ein extremistisches Element die zweite Alternative und bildete eigene kommunistische Parteien. Die Spaltung verursachte auf beiden Seiten große Bitterkeit, die von der kommunistischen Propaganda bis zum äußersten geschürt wurde.

Die „Thesen über die Weltsituation", die von Trotzkij und Varga aufgestellt und vom Dritten Kominternkongreß gebilligt wurden, erklären:

„Der Unterschied [zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten] besteht darin, daß die Sozialdemokraten die wirkliche revolutionäre Entwicklung versperren, dadurch daß sie, ob in der Regierung oder in der Opposition, alles tun, was sie können, um die Stabilität des bürgerlichen Staates wiederherstellen zu helfen, während die Kommunisten jede Gelegenheit und jedes Mittel ergreifen, um den bürgerlichen Staat zu stürzen oder zu vernichten."[1]

Auf die einfachste Formel gebracht, bedeutete das, daß die sozialdemokratischen Parteien nichtrevolutionär und daher nichtmarxistisch waren, da ja Marx erklärt hatte, daß der Sturz des kapitalistischen Systems nur erreicht werden könnte durch die Revolution. Indem diese Parteien die Revolution verwarfen, wurden sie ipso facto „Alliierte der Bourgeoisie", und als solche bezeichnet sie die kommunistische Propaganda heute noch.

Gemäß dieser Formulierung ist der Unterschied zwischen den beiden Parteien mehr eines der Mittel als der Zwecke, denn es wird angenommen, daß sie das gleiche Ziel haben — nämlich die Abschaffung der Privatbetriebe, eine auf nationalisierten Industrien gegründete Planwirtschaft und die Errichtung der klassen-

---

[1] The Communist International. Documents 1919–23 I (hrsg. von Jane Degras), 1956, S. 239.

losen Gesellschaft; die Anklage gegen die Sozialdemokraten lautet, daß sie verwerfen, was die Kommunisten für den einzigen Weg zur Erreichung dieser Ziele halten: Revolution und nicht Reformen, die allmählich und in Übereinstimmung mit parlamentarischen Verfahrensweisen durchgeführt werden.

Aber wie richtig diese Unterscheidung einst gewesen sein mag, heute hat sie nur noch wenig Bedeutung. Die Absicht der kommunistischen Techniken ist heute einzig und allein, eine Partei zur Machtübernahme völlig ohne Revolution zu befähigen, wie es im Februar 1948 in der Tschechoslowakei geschah. Und die kommunistischen Parteien in Westeuropa wissen ganz genau, daß der beste Weg zur Machtergreifung für sie darin liegt, parlamentarische Mehrheiten zu erlangen. Sie haben daher in Frankreich und Italien heftige Anstrengungen gemacht, in die Regierungen zurückzukehren, aus denen sie 1947 ausgebootet wurden und in die man sie bis heute nicht wieder hineingelassen hat. Die kommunistischen Parteien sind in Wirklichkeit grundsätzlich gegen parlamentarische Regierungen, und wenn sie zur Macht kämen, würden sie sie abschaffen oder doch höchstens als Fassade bewahren. Das ist nur folgerichtig, denn die parlamentarische Regierung beruht auf der Voraussetzung, daß es in jeder Gesellschaft Teile mit eigenen Sonderinteressen gibt und daß diese Interessen am besten durch politische Parteien vertreten werden, von denen jede das Recht hat, die Mehrheit zu erlangen, wenn sie es kann. Da nun die Gesellschaft, welche die Kommunisten zu errichten trachten, alle Teile, deren Ansichten von ihrer abweichen, ausgeschaltet haben wird, ist es nicht schwer, einzusehen, daß die parlamentarische Regierung darin keinen Platz finden kann; und in der Tat könnte die britische Sozialistische Partei, wenn es ihr je gelingen sollte, ihre Politik vollständig durchzuführen und alle Mitglieder der Gesellschaft in den Zustand zu versetzen, den Professor L. H. Robbins als „eigentumslose Uniformität“ beschrieben hat, diese Regierungsform als überflüssig ansehen.

Die gegen die Sozialdemokraten vorgebrachte Anklage des Gradualismus trifft ebenfalls ins Leere, da auch hier nur ein Unterschied im Maß vorliegt. Die Kommunisten haben nie angenommen, daß sie ihre Art von Sozialismus über Nacht einführen könnten, und haben sich daher gezwungen gesehen, sogar in den Satellitenländern, in denen sie verhältnismäßig freie Hand hatten, Gradualismus zu praktizieren. Die Tatsache, daß kommunistische Parteien vom Zwanzigsten Kongreß verpflichtet wurden, in Koalition mit andern Linksgruppen einzutreten, um ihre Politik mit

parlamentarischen Mitteln zu fördern, liefert sie an sich schon dem Gradualismus aus und ebenso dem Reformismus, dessen Praxis doch die wahren Marxisten von den sozialdemokratischen Renegaten unterscheiden soll.

Aber die Sozialdemokraten sind von den Kommunisten nicht nur beschuldigt worden, nichtrevolutionär zu sein in dem Sinne, daß sie es ablehnen, die notwendigen Maßnahmen zur Ausführung eines angeblich beiden Parteien gemeinsamen Programmes durchzuführen, was Lenin schon Kautsky vorgeworfen hatte; sie sind auch und noch häufiger angeklagt worden, die revolutionäre Tradition im Stich gelassen zu haben, dadurch daß sie ihre Prinzipien wegwarfen und damit zeigten, daß sie überhaupt nicht beabsichtigten, ihr Programm durchzuführen. Hier stehen die Kommunisten auf festerem Boden. Der Tradition nach tritt der Sozialismus für die Abschaffung der Privatunternehmen ein, auf denen das kapitalistische System beruht, und für die Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum, denn es wurde als unumstößlich betrachtet, daß das Ergebnis die Freisetzung der gefesselten Energien der Arbeiter sein würde, die ihre Anstrengungen verdoppeln würden, um die Produktion in den Industrien, die dann ihnen gehörten, zu steigern. Die Erfahrung jedoch hat, wenigstens in England, die Bestätigung dafür versagt, und die Rechtssozialisten haben daraus den Schluß gezogen, daß, so unerwünscht die Privatunternehmen auch im Prinzip sind, es doch unklug ist, sie abzuschaffen, da sie allein die Mittel zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaates schaffen und die durch die nationalisierten Industrien auferlegten Verpflichtungen entlasten können. In der Tat ist die Nationalisierung so in Verruf geraten, daß man kürzlich die Entdeckung gemacht hat, daß der Sozialismus überhaupt nicht dafür ist, sondern für „Gleichheit" — ein Schlagwort, das besser geeignet ist, die Klasse anzusprechen, welche die Partei bei den Wahlen unterstützt, und das außerdem für den Fall der praktischen Anwendung wenigstens nicht unmittelbar heikle Fragen wegen gesteigerter Produktion aufrührt. Sollte dies offizielle Doktrin werden, würde es sicherlich einen Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus schaffen. Denn die Kommunisten bestehen nicht nur auf Nationalisierung, sondern verwerfen auch „Gleichmacherei" (s. d.), für die es im klassischen Marxismus keine Begründung gibt, da Engels ja ihre Bedeutung ausdrücklich auf Freiheit von „Ausbeutung" beschränkte. Zwar wurde in den Jahren unmittelbar nach der Machtergreifung durch die Bolschewisten die Bezahlung der Parteimitglieder auf „Ar-

beiterlöhne“ begrenzt. Aber diese Praxis hat man schon lange vor Stalins berühmter „urawnilowka“-Rede aufgegeben, in der er die Nivellierung der Löhne der Fabrik- und Landarbeiter als „kleinbürgerliche Abweichung“ verurteilte. Seitdem haben die Sowjetführer die Gleichmacherei entschlossen bekämpft, weil sie nicht imstande ist, den notwendigen Anreiz zum Aufbau der industriellen Stärke des Landes, auf der die Zukunft des Kommunismus als Weltbewegung beruht, zu schaffen.

So ist die Sozialdemokratie keineswegs einfach zu definieren. Dennoch ist Sozialdemokratismus in den letzten Jahren ein geläufiges Schimpfwort geworden, das die Führer einer kommunistischen Partei auf jedes Mitglied anwenden können, das angeblich sozialdemokratische Politik befürwortet. Auf der Vollversammlung des Zentralkomitees der SED vom August 1953 wurden Wilhelm Zaisser und Rudolf Herrnstadt des Sozialdemokratismus angeklagt und aus dem Zentralkomitee ausgestoßen wegen der Haltung, die sie zur Zeit des Berliner Aufstandes vom Juni desselben Jahres eingenommen haben sollten. Insbesondere wurden sie beschuldigt, den „Kapitulationismus“ verteidigt und die spontane Rolle der Massen auf Kosten der Partei gepriesen zu haben und damit dem charakteristischen sozialdemokratischen Irrtum der „Nachtrabpolitik“ (s. d.) verfallen zu sein.

Im März 1954 wurde dieselbe Anklage gegen Lecœur erhoben. Er wurde der Absicht beschuldigt, die Partei in eine amorphe Masse umzuwandeln ohne wirksame Organisation auf dem Gebiet der Arbeiterschaft, in der nur einige kommunistische Gruppen aktiv waren — eine Konzeption, die man als sozialdemokratisch bezeichnete und die am Ende zur Liquidation der Partei führen würde.

Ein Artikel des tschechischen Kommunisten Antonin Novotny im „Journal des Kominform“ vom 11. Dezember 1953 faßt die Angelegenheit zusammen. Er erklärt, daß der Sozialdemokratismus „die Arbeiterklasse von den andern Teilen des werktätigen Volkes, vor allem von den Bauern und Intellektuellen, zu isolieren sucht“; daß er eine Tendenz zur Gleichmacherei zeigt, nämlich daß alle Arbeiter gleiche Anteile haben sollten, „ohne Rücksicht auf . . . die geleistete Arbeit, was den Prinzipien des Sozialismus offenkundig widerspricht“; daß er das allgemeine Prinzip des Parteiaufbaus, das des demokratischen Zentralismus, schwächt und daß in der Sphäre der Ideologie er „sich offenbart in der Verzerrung und Herabwürdigung der marxistisch-leninistischen Theorie“. Daraus schließt der Verfasser, daß er eine gefährliche Form der bürgerlichen Ideologie ist und als solche bekämpft werden muß.

Sozialer Chauvinismus

Sozialer Chauvinismus ist ein von Lenin in seinen polemischen Schriften des ersten Weltkrieges geprägter Begriff. Im „Zerfall der Zweiten Internationale“ (1915) wird er definiert als „Anerkennung der Idee der Verteidigung des Vaterlandes in dem gegenwärtigen imperialistischen Krieg, Rechtfertigung eines Bündnisses zwischen den Sozialisten und der Bourgeoisie und den Regierungen der ‚eigenen‘ Länder“. In „Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution“ (1917) sind soziale Chauvinisten die sozialistischen Führer, die ihre bürgerlichen Regierungen unterstützen, indem sie den Krieg als einen der nationalen Verteidigung führen, während Lenins These war, daß alle modernen Kriege imperialistische Kriege sind um der bürgerlichen Interessen willen und daß es die Pflicht der Sozialisten als Internationalisten ist, sich zu vereinen und sie in „revolutionäre Kriege“ umzuwandeln zur Vernichtung des Kapitalismus. Zur Stützung seiner Ansicht berief er sich mit aller Schärfe auf die Entschließungen, die in gleichlautenden Ausdrücken von der Zweiten Internationale auf ihren Kongressen in Stuttgart (1907) und Basel (1912) angenommen worden waren und welche die Feststellung, für die tatsächlich er und Rosa Luxemburg verantwortlich waren, enthielten, daß es im Kriegsfall die Pflicht des Proletariats sei, „mit allen Kräften die durch den Krieg geschaffene Krise zu nutzen, um die Massen in Aufruhr zu bringen und dadurch den Untergang der Herrschaft der Kapitalistenklasse zu beschleunigen“.

Der Begriff läßt sich also auf sozialistische Parteien anwenden, die ihre Regierungen unterstützen, wenn ihre Länder angegriffen werden. Wenn sie es tun, stellt man es so hin, als verträten sie nur einen unbedeutenden Teil der Arbeiterschaft, der seine privilegierte Stellung auf Kosten der Interessen der gesamten Arbeiterklasse zu verteidigen trachte. So erklärte Lenin im „Zerfall der Zweiten Internationale“: „Es ist vollkommen klar, daß der politische und ideologische Hauptinhalt des sozialen Chauvinismus völlig mit den Prinzipien des Opportunismus zusammenfällt. Es ist ein und dieselbe Richtung.“

Sozialistischer Realismus

Der Einführung des ersten Fünf-Jahr-Plans folgte eine Kampagne zur Festigung der Ideologie, in deren Verlauf der Literatur, der Musik und der Kunst die gebührende Beachtung geschenkt wurde.

1930 übernahm eine in Charkow abgehaltene Konferenz Stalins Ausspruch, daß die proletarische Kunst „national in der Form und sozialistisch im Gehalt" sein müsse, und verfaßte eine Resolution, daß sie in Zukunft unter „die sorgsame, aber feste Führung der kommunistischen Partei" gestellt werden müsse. Das Dekret des Zentralkomitees vom 23. April 1932 „Über die Reorganisation der Kunst- und Literaturorganisationen" wurde ein Markstein in der Entwicklung der totalitären Kontrolle auf diesem Gebiet. Es ersetzte die lockere Union der Proletarischen Schriftsteller durch einen einheitlichen Verband der Sowjetschriftsteller, der Vorläufer für ähnlich zentralisierte Lenkung anderer Kunstformen wurde. Der Begriff „sozialistischer Realismus" wurde in dem Dekret nicht verwendet, aber fast unmittelbar danach als Schlagwort für die nunmehr vereinheitlichte Literaturbewegung geprägt. Er erschien zum erstenmal in einem Leitartikel der „Literaturzeitung" vom 29. Mai 1932 und wurde später Stalin persönlich zugeschrieben[1].

Die „Große Sowjetenzyklopädie" definiert sozialistischen Realismus als „Mittel, das Leben in der Kunst gemäß der Eigenart der sozialistischen Gesellschaft zu spiegeln. Er verlangt die wahre Abbildung der Wirklichkeit in ihrer revolutionären Entwicklung. Das Problem der Literatur ist die wahrhaftige und tiefe Schilderung eines neuen Volkes, des Schöpfers der sozialistischen Gesellschaft, und seines Kampfes für den Kommunismus . . ." In der Direktive an den Zweiten Unionskongreß der Schriftsteller im Jahre 1954 erklärte das Zentralkomitee, daß „die Fähigkeit", die Aufgabe des sozialistischen Realismus zu erfüllen, eine gründliche Kenntnis des wirklichen Lebens des Volkes, seiner Gefühle und Ideen verlangt und eine durchdringende Empfindungsfähigkeit für dessen Erfahrung . . ."; und ein ungezeichneter Artikel in „Fragen der Philosophie" beschrieb diese Direktive als ein „historisches Dokument von ungeheurer Bedeutung für die weitere Erhellung des Problems des sozialistischen Realismus", obwohl sie in Wirklichkeit nur in etwas gemäßigterer Form Ansichten wiederholte,

---

[1] Vgl. Andrey Olkhovsky, Music under the Soviets, New York 1955, S. 278f. — Sowjetische Lehrbücher erklären, daß der Ausdruck in diesem Jahr zuerst von Stalin in einer Unterhaltung mit einer Gruppe von Schriftstellern benutzt wurde. Weitere Einzelheiten werden nicht mitgeteilt. Vgl. auch A. A. Adamovich, Socialist Realism and its current aspects, in: Report on the Soviet Union in 1956 (veröffentlicht vom Institut der UdSSR, München, das den Verlauf einer Konferenz des Carnegie International Center, New York, am 28. und 29. April 1956 enthält) S. 100.

die in verschiedenen Resolutionen der Jahre 1946/48 ausgesprochen waren, als unter Shdanows Führung in großem Maßstab ein Feldzug für ideologische Orthodoxie durchgeführt wurde.

Allgemein wird behauptet, daß diese Direktive von der „großen Sorge" des Zentralkomitees um die Vermehrung des „geistigen Wohls des Sowjetvolkes" inspiriert worden ist. So erklärt der oben angeführte Artikel:

„In der Periode der Vollendung des Aufbaus des Sozialismus und des allmählichen Übergangs zum Kommunismus, da die Partei die ganze Nation zur Lösung großer historischer Probleme inspiriert, spielen die richtigen Eindrücke von Millionen von Menschen über die Schönheit der Arbeit, des schöpferischen Lebens, über das sozialistische und kommunistische Ideal als des majestätischsten und glänzendsten Ziels der Menschheit eine ungeheure Rolle; Kunst und ästhetische Wissenschaft sind ständig aufgerufen, diese Idee im Geist des Sowjetvolkes zu entzünden. Darum lenkt die kommunistische Partei die Aktivität der Sowjetschriftsteller und -künstler unentwegt auf die Schaffung zutiefst wahrer und ideologisch und künstlerisch höchst vollkommener Kunstwerke, die geeignet sind, das Volk im kommunistischen Geist zu erziehen."

Das ist immer noch offizielle Lehre. So hat z. B. A. Gerasimow, der Präsident der Akademie der Künste der UdSSR und einer der kompromißlosesten Exponenten des sozialistischen Realismus, in der „Sozialen Kultur" vom 27. März 1956 geschrieben, daß einige Künstler und Kritiker kürzlich gemeint hätten, „die Erbschaft des Impressionismus" könne der Sache des sozialistischen Realismus dienstbar gemacht werden. Aber er, Gerasimow, könne nicht zustimmen, obwohl er zugeben müsse, daß der Impressionismus einige Errungenschaften für sich buchen könne, z. B. habe er „die Palette des Malers aufgefrischt".

„Denn was", fragt er, „haben die Impressionisten in ihrer Kunst widergespiegelt? Lenin bezeichnete in einem seiner Artikel die ‚intellektuellen Impressionisten' als Männer, die ‚ohne Rückgrat sich der Stimmung des Augenblicks hingeben'. Natürlich steht der Impressionismus, der auf Augenblicksimpression der Natur, auf flüchtiger Wahrnehmung und auf der Fixierung zufälliger Erscheinungen beruht, in Gegensatz zu der Kunst des sozialistischen Realismus, der verlangt, daß der Künstler weiß, wie er den Inhalt des Lebens enthüllt, . . . und daß die Kunst am Kampf für den Kommunismus teilnimmt. Eine flüchtige Wahrnehmung der Fakten der Wirklichkeit ist offenbar unzureichend; was nottut,

ist ein progressiver Ausblick, der dem Künstler hilft, die Erscheinungen der gegenwärtigen Wirklichkeit zu erfassen und richtig und tief zu verallgemeinern und Charaktere von breiter gesellschaftlicher Bedeutsamkeit zu schaffen."

All dies bedeutet, daß die Sowjetführer die Künste lediglich als Propagandaträger ansehen und daß, da sie sich scheuen, es in Worten auszudrücken, die Lehre vom sozialistischen Realismus ausgedacht worden ist, um eine theoretische Rechtfertigung zu liefern. Sie wissen aber auch genau, daß seine Anwendung auf die Literatur unzählige trübe Schundromane erzeugt hat, die auf andern Gebieten der Kunst ihr Gegenstück fanden. So entsteht das Problem der Maßstäbe ästhetischen Urteils. Der Verfasser des Artikels in „Fragen der Philosophie" beklagt bitter die „theoretische Schwäche unserer Ästhetiker", die, wie er zugibt, „wie jede andere Wissenschaft ihre Kategorien besitzt". Er beklagt den „Mangel an Interesse" an diesem Gegenstand und behauptet charakteristischerweise, daß „ein schwerwiegendes Hindernis" für ihre fruchtbare Entwicklung „der organisatorische Wirrwarr" sei, „der auch heute noch bei der Ausbildung und der Verwendung von Kadern von Arbeitern in der Ästhetik besteht". Danach scheint also der Gegenstand in den höheren Zirkeln der marxistisch-leninistischen Gelehrsamkeit vernachlässigt worden zu sein. In der Tat, so klagt der Artikel, gäbe es keine angemessene Literatur über den Gegenstand. Die Theorien von Leuten wie Belinskij und Tschernyschewskij seien nicht ausgewertet worden und, was schlimmer sei, „seit vielen Jahren ist im Druck kein Wort erschienen über die ästhetischen Ansichten von Marx, Engels, Lenin und Stalin".

In Wirklichkeit machen es die marxistisch-leninistischen Prinzipien unmöglich, überhaupt eine Theorie der Ästhetik zu formulieren. Jedes Kunstwerk ist ein Akt des Selbstausdrucks. Aber in der Sowjetunion ist Selbstausdruck höchst verdächtig, da ja eine vom Künstler unabhängige objektive Wirklichkeit behauptet wird, so daß es die Pflicht des Künstlers ist, sich in seinen Mitteln nach ihr zu richten. Denn, wie ein Artikel im „Bolschewist" vom 15. Mai 1948 es ausdrückt:

„Der sozialistische Realismus . . . setzt als Grundlage künstlerischen Schaffens nicht die subjektiven, zufälligen Ideen der Schriftsteller, sondern die Entdeckung der objektiven Wirklichkeit. Der Grad des Künstlerischen in den Werken der sowjetischen realistischen Schriftsteller bestimmt sich primär nach dem Ausmaß, in dem sie den Verlauf des Lebensprozesses genau reproduzieren . . .'

Aber was diese objektive Wirklichkeit ist, weiß nur die Partei. So betont die „Große Sowjetenzyklopädie", daß der Künstler, wenn er das vom sozialistischen Realismus auferlegte Ideal erreichen will, mit „Parteigemäßheit" (s. d.) erfüllt sein muß, was offensichtlich sehr erwünscht ist, da seine Arbeit, je mehr er in der Partei lebt und sich bewegt und in ihr sein Dasein findet, um so wahrscheinlicher darstellen wird, was diese will. Wenn die zuständigen Autoriätäten befriedigt sind, wird die Tatsache, daß sein Werk notwendigerweise die Individualität des Autors widerspiegelt, keine Kritik hervorrufen, da er sich fähig erwiesen hat, sich auf die objektive Wirklichkeit einzustimmen. Wenn sie aber nicht zufrieden sind, wird man ihm sagen, daß er von der „wissenschaftlich-objektiven, echten Parteihaltung" abgewichen ist, daß er sich von seinem eigenen Geschmack und Gefühl hat leiten lassen und daß er sich daher des ästhetischen Objektivismus schuldig gemacht hat, der, wenn überhaupt, nur wenig von Idealismus entfernt ist.

Spontaneität

Der „Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU (B)" definiert Spontaneität als die Lehre, daß Sozialisten „nicht versuchen sollten, der Arbeiterklasse ein sozialistisches Bewußtsein zu geben, sondern warten sollten, bis die spontane Bewegung der Arbeiterklasse von selbst zu einem sozialistischen Bewußtsein kommt".

In Marx' System findet die Entwicklung der Gesellschaft oder der Produktion — was auf dasselbe hinausläuft — durch einen dialektischen Prozeß statt, der von objektiven, vom Willen der Menschen unabhängigen Gesetzen gelenkt wird. Er nahm jedoch an, daß pari passu mit diesem Prozeß und als dessen Funktion sich im Proletariat als spontane und elementare Kraft jene Eigenschaft des Klassenbewußtseins entwickeln würde, welche die Arbeiter zur rechten Zeit befähigen würde, die Macht zu ergreifen; und er legte, vor allem in seinen späteren Schriften, großen Wert auf die Notwendigkeit, diese Eigenschaft durch Erziehung und Organisation zu entwickeln. Diese Ansicht wurde von allen westlichen sozialistischen Parteien geteilt und in die Losung der Ersten Internationale: „Die Emanzipation der Arbeiter kann nur durch die Arbeiter selbst erreicht werden", eingebettet.

Lenin jedoch griff sie in seiner Schrift „Was tun?" (1902) an und bezeichnete sie als „Anbetung der Spontaneität". Er zielte

damit auf die „ökonomische" Gruppe in der russischen Sozialdemokratischen Partei, die behauptete, daß sich die proletarische Tätigkeit auf das wirtschaftliche Gebiet beschränken sollte — d. h. auf die Gewerkschaften — und daß sich revolutionäres Klassenbewußtsein durch solche Tätigkeit spontan entwickeln würde. (Vgl. Ökonomismus.) Dieser Ansicht stellte er die folgenden Behauptungen entgegen: 1. „Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben." 2. Die Arbeiter seien unfähig, eine solche Theorie hervorzubringen, denn „die Geschichte aller Länder zeigt, daß die Arbeiterklasse durch eigene Anstrengung ausschließlich fähig ist, nur Gewerkschaftsbewußtsein zu entwickeln", was „ideologische Versklavung an die Bourgeoisie" bedeute. 3. Klassenbewußtsein müsse ihr daher von der Intelligenz verschafft werden — der Klasse, aus der er später seine eigene bolschewistische Partei rekrutierte. 4. Folglich „stärkt jede Anbetung der Spontaneität der Arbeiterbewegung, jede Verkleinerung der Rolle des ‚bewußten Elements', der Rolle der Partei durch die Sozialdemokraten ... den Einfluß der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiter"[1].

In der Frage der Beschränkung der proletarischen Aktion auf die Gewerkschaften siegte Lenin, und die Ökonomisten wurden auf dem Zweiten Kongreß 1903 geschlagen. Aber damit war die Angelegenheit keineswegs erledigt, da nach Lenins Interpretation Spontaneität die Behauptung war, daß das Proletariat selbst die Revolution machen könne, was einer Leugnung der primären Rolle der Partei bei ihrer Herbeiführung gleichkam. Denn Lenin war der Ansicht, das Proletariat würde, sich selbst überlassen, nie eine Revolution machen, da es sich unweigerlich mit der Bourgeoisie verständigen würde, um innerhalb des Rahmens des kapitalistischen Systems die Zugeständnisse zu erlangen, die seine Arbeitsbedingungen verbesserten. Und genau das taten die sozialistischen Parteien des Westens trotz der revolutionären Programme, denen viele von ihnen verhaftet waren.

Von diesem Standpunkt aus ließ sich viel für Lenins Haltung sagen. Doch ließ seine Verwerfung der Spontaneität in Wirklichkeit ein viel größeres Problem erwachsen, da sie gleichzeitig die deterministische Seite der Lehre von Marx verwarf. Denn Revolutionen gehorchen nicht mehr objektiven Gesetzen, sondern werden von einer Gruppe berufsmäßiger Revolutionäre gewollt,

---

[1] Eine interessante Erörterung der Ansichten Lenins über Spontaneität findet sich bei L. M. Haimson: The Russian Marxists an the Origins of Bolshevism, Harvard 1956.

die besonders in der Kunst, sie zu organisieren, geschult sind. Das ist jedoch ein Problem, das getrennte Behandlung verlangt und unter „Voluntarismus" erörtert wird.

Subjektivismus

Nach dem „Oxford English Dictionary" ist das Subjektive das, was „zu dem empfindenden Objekt gehört oder aus ihm fließt im Gegensatz zu den realen und äußeren Dingen"; und daher ist es auf dem Gebiet der Kunst der Ausdruck der Eigenheit des Künstlers und nicht der der äußeren Wirklichkeit. Aus unserer Erörterung des bürgerlichen Objektivismus und der Parteigemäßheit ist bereits klargeworden, daß eine solche Haltung mit der marxistisch-leninistischen Doktrin unvereinbar ist, denn diese behauptet eine objektive Wirklichkeit, mit der die Partei und das einzelne Mitglied übereinstimmen müssen. So spricht Lenin von der Gefahr einer Partei, die „objektive Analyse" durch „Gefühle" ersetzt, und im Zusammenhang mit dem Vertrag von Brest-Litowsk stellte er die „Revolutionäre aus dem Gefühl" den „echten Revolutionären" gegenüber[1]. Der Vorwurf des Subjektivismus richtet sich jedoch gewöhnlich mehr gegen einzelne als gegen die Partei. Die Partei verlangt völlige Unterwerfung unter ihren Willen. Es wird aber betont, daß das nicht die Form „blinden Gehorsams" annehmen darf. Die Parteimitglieder sind verpflichtet, selbst zu denken, aber gleichzeitig so zu denken wie die Führer, die allein fähig sind, den richtigen Kurs des Handelns zu erkennen. Subjektivismus sind danach alle Ansichten und Urteile, die denen der Führer widersprechen und daher als schädlich für die Parteiinteressen angesehen werden.

Der Begriff wird in tadelndem Sinn auch auf jede Meinung angewandt, die als Ausdruck subjektiven Idealismus ausgelegt und zu einer Leugnung der objektiven Natur der Wirklichkeit und der sie beherrschenden objektiven Gesetze verzerrt werden kann. Daher sahen sich nach der Veröffentlichung von Stalins Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" (1952) mit ihrer Hervorhebung der objektiven Gesetze der politischen Ökonomie die Wirtschaftler, die angeblich in der Verherrlichung des Sowjetstaates zu weit gegangen waren, des Subjektivismus angeklagt, wenn auch der Hauptvorwurf gegen sie der des „Voluntarismus" (s. d.) war.

---

[1] Leites, a. a. O. S. 190.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde es nötig, die Regimes der neuen Satellitenstaaten, die unter kommunistischer Führung in Osteuropa entstanden waren, in das Begriffsschema der sowjetischen politischen Theorie einzupassen; und das führte zu der Formulierung der Doktrin von der „Volksdemokratie", die dargestellt wird als der wichtigste neue Beitrag dieser Jahre zur „großen Schatzkammer des Marxismus-Leninismus"[1].

Die ersten Versuche, sich mit dem Problem zu befassen, wurden 1947 von dem Rechtsanwalt I. P. Trainin und den Wirtschaftswissenschaftlern E. S. Varga und A. Leontiew gemacht, alle drei hervorragende Praktiker auf ihrem Gebiet. Trainin erklärte, daß die Satellitenregimes „einen speziellen Typ der Demokratie" darstellten; Varga sagte, sie seien ein Typ, „völlig neu in der Geschichte der Menschheit", und Leontiew, sie seien „eine neue Phase des gesellschaftlichen Lebens", hervorgerufen durch den besonderen Charakter der gegenwärtigen „Umwandlungsepoche in der Weltentwicklung". Diese Ansichten jedoch paßten den Autoritäten nicht. Denn wenn die Volksdemokratie — der schon früh angewandte Begriff zur Bezeichnung dieser Regimes — eine neue Erscheinung war, konnten die Satelliten auch auf eigenen „getrennten Wegen" zum Sozialismus vordringen, und obwohl man ihnen damals sagte, daß sie es tun könnten, hatten die Russen nicht im geringsten die Absicht, es zuzulassen, wie sie bald erkennen ließen. Es bedeutete außerdem, daß die Volksdemokratie etwas außerhalb des russischen Erfahrungsbereichs war und eine Entwicklung, welche die Weisheit Lenins und Stalins nicht vorhergesehen hatte. Die obigen Ansichten wurden daher als unrichtig erklärt, wobei die Vargas besonders heftig kritisiert wurde.

Um zu einer richtigen Formulierug zu kommen, mußten zahlreiche Hindernisse überwunden werden. Zunächst war da die Doktrin von der Diktatur des Proletariats, die nach Marx die Form des Staats war, die der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus entsprach und die Lenin daher unmittelbar nach der Oktoberrevolution ausgerufen hatte. In „Staat und Revolution" hatte Lenin niedergelegt, daß, genauso wie die Formen der bürgerlichen Staaten sich ändern, obwohl sie alle „bei genauer Analyse" Diktaturen der Bourgeoisie sind, auch „der Übergang

---

[1] Vgl. H. Gordon Skilling, People's Democracy in Soviet Theory, in: Sovjet Studies (Juli 1951) S. 16–33; (Oktober 1951) S. 131–149.

vom Kapitalismus zum Kommunismus . . . natürlich eine ungeheure Fülle und Mannigfaltigkeit der politischen Formen hervorbringen" muß, „aber das Wesentliche wird dabei unbedingt gleichbleiben: eine Diktatur des Proletariats". Offensichtlich galt das auch für die Volksdemokratie, auch wenn sie nicht in jeder Hinsicht dem Sowjetmuster entsprach. Aber Trainin, Varga und Leontiew hatten behauptet, daß der Begriff der Diktatur des Proletariats auf sie nicht anwendbar sei, und tatsächlich gab es praktische Gründe für diese Schlußfolgerung. Die Regierungen der Satellitenländer waren nämlich zuerst mehr oder weniger echte parlamentarische Demokratien, und selbst als sie aufhörten, es zu sein, war es unklug, der Welt ihre wahre Natur zu verkünden. 1948 wurde ein Ausweg gefunden. Man sagte, die Volksdemokratie sei zwar keine Diktatur des Proletariats, übe jedoch die gleichen Funktionen aus; in der Ausgabe des „Politischen Wörterbuchs" von 1956 wurde aber schließlich zugegeben, daß „in einer Anzahl von Ländern in Europa und Asien eine Diktatur des Proletariats in der Form einer Volksdemokratie errichtet worden ist".

Dann war da die Frage nach der Natur der Revolutionen, welche die Volksdemokratie hatten entstehen lassen. Diese wurden beschrieben als weder proletarisch noch sozialistisch, noch bürgerlich-demokratisch, sondern als einem Zwischentyp zugehörig, der wenigstens in seinem ersten Stadium antifaschistisch, aber nicht antikapitalistisch war. Die Anwesenheit der Roten Armee, welche die herrschende Klasse an der Machtergreifung gehindert hatte, war an sich schon ausreichend, sie von der Oktoberrevolution zu unterscheiden; und als man es nach dem Abfall Titos für nötig hielt, die Abhängigkeit der Satelliten von der Sowjetunion zu betonen, wurde die Rolle der Roten Armee zunehmend hervorgehoben.

Eine weitere Schwierigkeit ergab sich aus der Tatsache, daß es, selbst nachdem die Kommunisten im Sattel saßen, wünschenswert erschien, die parlamentarische Demokratie zu erhalten, ein Regierungssystem also, das Marx und Lenin übereinstimmend verworfen hatten und das von Lenin abgeschafft worden war, sobald seine Partei die Macht ergriffen hatte. Darüber konnte man allerdings hinwegsehen, weil die Kommunisten tatsächlich eine Ein-Partei-Regierung einführten und die Existenz der verschiedenen zugelassenen Scheinparteien keinen Einfluß auf die Bestimmung der Politik hatte. So war es möglich, zuzugeben, daß „die politische Rolle der Werktätigen" nicht unvereinbar war mit der Auf-

rechterhaltung „der äußeren Form der parlamentarischen Demokratie", während die Tatsache ihrer Aufrechterhaltung dazu diente, die Volksdemokratie von der höheren sowjetischen Form zu unterscheiden.

Schließlich war die Wirtschaft der Satelliten sehr verschieden von der der Sowjetunion, da beträchtliche Teile der Industrie und Landwirtschaft sich noch in privater Hand befanden. Hier lag die Lösung darin, diese Wirtschaften als die Stufe hinzustellen, die Rußland während der NEP-Periode durchgemacht hatte, die Stalin 1928 als „unvermeidliche Phase der sozialistischen Revolution in allen Ländern" erklärt hatte. Die Länder der Volksdemokratie waren also dabei, „den Sozialismus aufzubauen" unter der Führung der Sowjetunion, und sie würden eines Tages an dem Punkt ankommen, den Rußland 1936 erreicht hatte, als Stalin verkünden konnte, daß der „Sieg des Sozialismus" innerhalb des Landes errungen war. Wie sie „in den Sozialismus hineinwachsen" und also solcher Führung nicht mehr bedürfen, wird allerdings nicht gesagt. In der Tat ist ein Hauptzweck der Doktrin, eine Rechtfertigung für ihre fortdauernde Unterordnung zu liefern.

Bei der Definierung der Volksdemokratie mußten alle diese Dinge berücksichtigt werden. Es war gleichermaßen unerwünscht, sie auf eine Ebene mit der Sowjetunion zu stellen, wie ihre Unterschiedlichkeit zu unterstreichen. Es war also eine Formel nötig, die sie als in Übereinstimmung mit der sowjetischen Erfahrung hinstellen konnte, aber als unreif und noch weit vom Ziel entfernt. Diese Formel lieferte Dimitrow in einer Rede vor dem bulgarischen Parteikongreß im Dezember 1948, und sie war sicher offiziell, da er behauptete, die Anleitung und den Rat Stalins gehabt zu haben. Sie enthielt die folgende Feststellung: „In Übereinstimmung mit der marxistisch-leninistischen Ansicht sind das Sowjetregime und das Regime der Volksdemokratie zwei Formen ein und derselben Macht — der Macht der Arbeiterklasse, die sich mit den Werktätigen in Stadt und Land verbündet hat und das Haupt dieses Bündnisses ist. Dies sind die beiden Formen der Diktatur des Proletariats."[2]

Eine in der „Prawda" vom 27. April 1949 veröffentlichte Feststellung von P. Judin mag damit verglichen werden:

„Die Existenz der höchsten Form der politischen Macht der Arbeiterklasse — der Sowjets — schließt andere Formen der Staatsmacht nicht aus. Es ist möglich geworden, die Funktionen

---

[2] Text der Rede im „Journal des Kominform" vom 1. Januar 1949.

der Diktatur des Proletariats durch die Regimes der Volksdemokratie zu erfüllen. Die historische Erfahrung hat gelehrt, daß die Diktatur des Proletariats in zwei Formen besteht; in der Form der Sowjets und in der Form der Volksdemokratie."

Oder wie die „Große Sowjetenzyklopädie" es in einem im November 1954 in Druck gegebenen Abschnitt ausdrückt:

„Die geschichtliche Erfahrung hat gezeigt, daß das System der Volksdemokratie erfolgreich die Aufgaben der Diktatur des Proletariats erfüllt, selbst wenn mehrere Parteien und gesellschaftlich-politische Organisationen bestehen, unter der einen unerläßlichen Bedingung, daß die einzige führende und lenkende Kraft allen politischen Lebens die kommunistische Partei ist, welche die Führung mit niemand teilt und teilen kann."

Die Errichtung der Chinesischen Volksrepublik im September 1949 konfrontierte die Gelehrten mit einem weiteren Problem[3]. Von 1940 an hatten die chinesischen Kommunisten innerhalb des Rahmens der Auffassung Mao Tse-tungs von der „neuen Demokratie" gewirkt, welche der der Volksdemokratie sehr ähnlich war, wenigstens wie diese bis 1948 verstanden wurde, da man den gleichen Ton auf die Koalition der Massen unter proletarischer Hegemonie legte, der Gewinnung der Bauern den gleichen Wert beilegte und gleicherweise auf der Notwendigkeit einer gemischten Wirtschaft bestand. Die erste Verfassung der Volksrepublik beschrieb sie als „volksdemokratischen Staat", und ob die chinesischen Kommunisten das als Entsprechung der Volksdemokratie ansahen oder nicht, jedenfalls taten es die Sowjettheoretiker, wenn auch als einen noch primitiveren Typ als die Volksdemokratien Osteuropas, da das Land gerade eben erst aus dem Kolonialismus oder Semi-Kolonialismus auftauchte. Aber wenigstens ab 1955 wurde China als gleichwertig behandelt, und ein Artikel im „Journal des Kominform" vom 13. Januar 1956 beschrieb die Volksdemokratien als „wahrhaft unabhängige Staaten, geführt von der Sowjetunion und der chinesischen Volksrepublik".

Ihre Unabhängigkeit wird heute sogar in noch großzügigeren Wendungen zugegeben, zweifellos, um den Eindruck zu verwischen, der durch solche Ereignisse wie die sowjetische Intervention in Ungarn hervorgerufen wurde. So erklärte N. B. Farberow, der sich selbst als Autorität auf diesem Gebiet bezeichnet, in einem Artikel mit dem Titel „Die Einheit der sozialistischen Staaten und

---

[3] Vgl. Benjamin Schwartz, China and the Theory of People's Democracy in: Problems of Communism (September/Oktober 1954) S. 8–15.

ihre politischen Formen", veröffentlicht in „Sowjetstaat und Recht", Juni 1957, daß die sowjetische Form, wenn in der Vergangenheit die Formen der Diktatur des Proletariats „in unserer Literatur" erörtert worden seien, als die vollkommenste dargestellt worden sei, wobei, „bewußt oder unbewußt" der Eindruck erweckt worden sei, die volksdemokratische Form sei weniger vollkommen. Dies, behauptet er, sei richtig gewesen „zu einer Zeit, als nur eine Form der Diktatur des Proletariats bekannt war — eine Republik der Sowjets, deren Prototyp die Pariser Kommune war"; heute aber, wo zwei Formen existierten, die beide in der Praxis erprobt und gerechtfertigt seien, „heißt es eine unhistorische, dogmatische und pedantische Haltung einnehmen, wenn man von der einen als der besseren und passenderen spricht". Er wiederholt die Behauptung, die „historische Erfahrung" habe bewiesen, daß sozialistische Staaten die Funktionen einer Diktatur des Proletariats erfüllen können, selbst wenn mehrere Parteien, einschließlich „nicht-marxistischer", beständen, vorausgesetzt, daß diese Parteien „auf dem Boden des volksdemokratischen Systems stehen", mit der kommunistischen (Arbeiter-) Partei zusammenarbeiteten und ihre allgemeine Führung anerkennten; und er zitiert das Beispiel Chinas, wo „eine erfolgreiche Form der Allianz und der friedlichen Kollaboration zwischen den Arbeitern und der nationalen Bourgeoisie, die das volksdemokratische System akzeptiert, erarbeitet worden ist".

M. A. Suslow hatte in einer wichtigen Rede am 6. November 1956, die am folgenden Tag in der „Istwestja" veröffentlicht wurde, ausgeführt, „der Aufbau des Sozialismus" sei, obwohl jede kommunistische Partei berechtigt sei, die lokalen Verhältnisse ihres Landes in Betracht zu ziehen, gemäß der Lehre von den „getrennten Wegen zum Sozialismus", die auf dem Zwanzigsten Kongreß verkündet worden war, dennoch gewissen „universalen Gesetzen" unterworfen, die nicht mißachtet werden dürften. Farberow unterstrich das noch. Nationale Unterschiede zu ignorieren, so behauptete er, führe zu Sektierertum (s. d.) und Loslösung von den Massen. Anderseits „die allgemeinen Grundsätze und natürlichen Gesetze der sozialistischen Revolution aus dem Auge zu verlieren . . ., führt zur Aufgabe des proletarischen Internationalismus (s. d.) und öffnet dem bürgerlichen Nationalismus (s. d.) die Tore."

Voluntarismus bedeutet, daß man dem menschlichen Willen als bestimmenden Faktor gesellschaftlichen Wandels die primäre und entscheidende Bedeutung zuschreibt und nicht den objektiven wissenschaftlichen Gesetzen. Die marxistisch-leninistische Theorie hat es immer schwer gehabt, zwischen den beiden einen Ausgleich zu schaffen. Was z. B. bringt eine Revolution hervor? Geschieht sie, weil eine Person oder eine Gruppe von Personen sie gewollt haben, oder ist sie der Ausfluß eines Prozesses, der sich in der Geschichte auswirkt durch das, was Marx „unerbittliche Gesetze" nannte? Ist sie ein Problem der Rolle des Bewußtseins oder des Willens einerseits und der materiellen Welt des Seins anderseits? Marx hat versucht, die beiden in ein dynamisches Gleichgewicht zu bringen, und das war, wie Vernon V. Aspaturian sagt, einer der anziehendsten Züge seiner Philosophie, denn es „stützte den gesellschaftlichen Zweck mit wissenschaftlicher Analyse und befriedigte so die beiden grundlegenden Bestrebungen des neunzehnten Jahrhunderts".[1]

Dennoch wurde in allen Schriften von Marx und während seines ganzen Lebens das deterministische Element in seinem System überall hervorgehoben, um dessen wissenschaftlichen Charakter zu unterstreichen, und erst unter seinen russischen Nachfolgern verschob sich der Nachdruck auf den Voluntarismus, der besser zu den einheimischen revolutionären Traditionen paßte, wie sie sich bei Pestel, Tkatschew und Bakunin und in der Bewegung der Narodniki zeigten. Wie Aspaturian sagt, lieferte Plechanow, durch den Lenin seine Einführung in den Marxismus erhielt, die theoretische Rechtfertigung dafür, als er versuchte, dem von den Kritikern der marxistischen Lehre gegen sie erhobenen Vorwurf des „tödlichen Determinismus" zu begegnen, indem er die aktivistische Seite betonte und dadurch die Brücke schuf zwischen den späteren Ansichten von Engels und den von Lenin ausgedrückten.

Lenin erklärte in seiner Schrift „Was tun?"(1902) der „Spontaneität" (s. d.) den Krieg; d. h. der Auffassung, daß das Proletariat selbst eine Revolution machen könne. Er bestritt allerdings nicht die Existenz der objektiven Gesetze, denn damit hätte er die marxistische Dialektik der Geschichte verworfen, die aufrechtzuerhalten er ehrlich bemüht war. Aber er wollte eine Revolution hervor-

---

[1] The Contemporary Doctrine of the Soviet State and its Philosophical Foundations, in: „American Political Science Review (Dezember 1954) S. 1053f.

bringen und hielt sie nur für möglich, wenn die Partei aus einer verhältnismäßig kleinen Zahl von verschworenen Berufsrevolutionären bestand. Solch eine Auffassung von der Natur der Partei mag in der Tat nicht die von Marx gewesen sein. Aber Lenin hätte darauf erwidern können, daß es keinen Grund gäbe, warum sie es nicht sein sollte. Denn die Form der Partei hinge von den Umständen ab. Wenn es keine revolutionäre Situation gäbe, wäre eine „Massenpartei", die Mitläufer einschloß, sicherlich erwünscht, da sie den höchsten Grad von Unterstützung herbeiführen würde; wenn aber eine revolutionäre Situation einträte, brauchte man, um sie auszunutzen, eine „enge Partei", wie auch Marx sie wahrscheinlich für nötig gehalten habe.

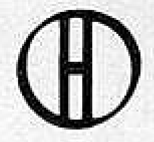
Lenin dachte als praktischer Revolutionär, der bemüht war, das für seine Zwecke geeignete Instrument zu schaffen. Aber seine These enthielt ernsthafte Verwicklungen. Nach Marx ist das Proletariat durch das kapitalistische System hervorgebracht worden, zu dessen „Totengräber" es bestimmt ist, und daher ist seine Rolle Teil eines unerbittlichen Prozesses. Die beiden stehen und fallen zusammen. Wenn aber richtig war, was Lenin sagte, und das war es tatsächlich, da Marx, wie Max Eastman nachgewiesen hat, dem Proletariat Haltungen und Urteile zuschrieb, die nur kleinen Gruppen von Revolutionären zukommen, so folgte, daß eine Gruppe von geschulten Agitatoren, falls ausreichend aufrührerische Umstände gegeben waren, jederzeit eine Revolution hervorrufen konnten, ohne Rücksicht auf die objektiven wirtschaftlichen Bedingungen, auf die Marx wenigstens in der Theorie solchen Wert gelegt hatte. Und so ist es in Wirklichkeit immer gewesen, denn alle kommunistischen Revolutionen sind tatsächlich von einem festgefügten Kern von Professionellen ausgeführt worden und sind nur insofern proletarisch gewesen, als natürlich ein Augenblick gewählt wurde, da jene Klasse und auch andere Teile der Arbeiterschaft besonderen Grund zur Unzufriedenheit hatten.

So gab Lenin der Lehre von Marx eine voluntaristische Wendung. Der primäre Grund für eine Revolution ist, daß die Partei sich zu ihr entschlossen hat. Theoretisch zwar kommt die Partei zu diesem Entschluß nur, wenn die „objektiven Bedingungen" für die Revolution eingetreten sind, aber ihr Erfolg wird natürlich als Beweis dafür betrachtet. Für die Bolschewisten waren daher diese Bedingungen ein zweitrangiger Faktor, während die Menschewisten sie als den wichtigsten ansahen und glaubten, daß keine proletarische Revolution versucht werden dürfe, bis ihre Existenz nachgewiesen werden konnte.

Stalin führte diese voluntaristische Tendenz noch weiter. Einige Jahre lang nach dem zweiten Weltkrieg wurden die Errungenschaften des Sowjetstaates so übermäßig gepriesen, daß die Illusion erweckt wurde, ihr sei nichts unmöglich. Aber am Vorabend des Neunzehnten Kongresses von 1952 veröffentlichte Stalin seine Schrift „Ökonomische Probleme in der UdSSR", in der er sich mit stärkster Betonung über die Existenz von objektiven wirtschaftlichen Gesetzen ausließ, durch die auch die Sowjetplaner gebunden waren; und ein Grund dafür, die Aufmerksamkeit auf diesen vernachlässigten Aspekt des marxistisch-leninistischen Bekenntnisses zu lenken, mag sehr wohl gewesen sein, die Öffentlichkeit davor zu warnen, allzuviel von dem lange erwarteten Kongreß zu erhoffen. Es folgte ein Artikel von Suslow in der „Prawda" vom 24. Dezember, der N. Wosnessenskij angriff, den Autor des verbreiteten Buches „Die Kriegswirtschaft der UdSSR in der Periode des großen patriotischen Krieges" und eines früheren Mitglieds des Politbüros, der von seinen Posten als Leiter der Staatsplanungskommission (Gosplan) und als stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats am 15. März 1949 entlassen worden war. Sein Werk wurde in einem Leitartikel des „Kommunist" vom Februar 1953 hingestellt als „ein Gemisch von subjektivistischen, idealistischen und voluntaristischen Ansichten", und er wurde beschuldigt, behauptet zu haben, daß „die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft bestimmt wird durch den Willen des Staates und seiner Planungsorgane, daß der Staat ‚die Quelle der Bewegung und Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft' und die geplante Lenkung durch den Staat ein Gesetz ihrer Entwicklung ist". Dieselbe Kritik wurde an einer Reihe von sowjetischen Wirtschaftlern geübt, die wegen der Vernachlässigung der „marxistischen Formel von der Objektivität der Gesetze des Sozialismus" des Voluntarismus angeklagt wurden, einer Haltung, die der oben erwähnte Artikel als „fremd und feindlich der marxistischen Weltanschauung, dem sowjetischen sozialistischen System und der Sache des Aufbaus des Sozialismus" bezeichnete, obwohl gerade sie von keinem mehr als von Stalin gefördert worden war, bis er sah, daß die hartnäckige „Verherrlichung der Errungenschaften des Sowjetstaates" für die Partei heikle Folgen haben könnte.

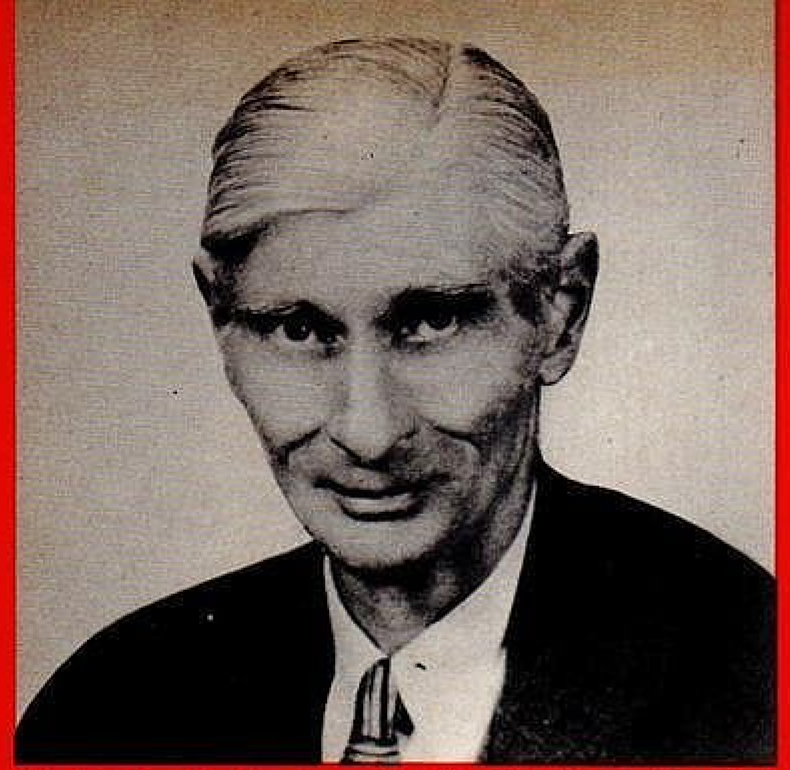
Dennoch ist die gegenwärtige kommunistische Anschauung weitgehend voluntaristisch. Revolutionen werden „von oben" auferlegt, obwohl natürlich versichert wird, daß sie von wirtschaftlichen Gesetzen regiert werden. Marx jedoch glaubte fest an die Dialektik der Gesellschaft, und das ist immer noch ein Glaubens-

artikel, da er der Bewegung eine pseudo-wissenschaftliche Philosophie verschafft, so daß in allen Zentren kommunistischer Gelehrsamkeit ihre Schwierigkeiten erforscht und ihre Widersprüche wegerklärt werden. Aber hier wie überall müssen die Theoretiker vorsichtig vorgehen. Wenn sie dem Willen, wie er sich in dem des Staates oder der Partei ausdrückt, zuviel Bedeutung beilegen, könnte man ihnen sagen, daß sie die objektiven Gesetze der Gesellschaft leugnen, von denen der Marxismus-Leninismus sagt, daß sie denselben Status wie die Gesetze der Naturwissenschaften besitzen; und wenn sie ungebührlich bei diesen Gesetzen verweilen, wird man ihnen wahrscheinlich sagen, daß sie die Bedeutung des menschlichen Elements unterschätzen, indem sie sich weigern, die schöpferische Rolle des Proletariats und seiner revolutionären Partei anzuerkennen.



HERDER-BÜCHEREI

1 Douglas Hyde · Anders als ich glaubte
2 Romano Guardini · Vom Geist der Liturgie
3 Edith Stein — eine große Frau unseres Jahrhunderts
4 François Mauriac · Natterngezücht, Roman
5 Thomas Urban · Herders Kleine Weltgeschichte
6 August Strindberg · Die Leute auf Hemsö, Roman
7 Reinhold Schneider · Die Rose des Königs, Erzählungen
8 Pius XII. · Von der Einheit der Welt
Herausgegeben von Karlheinz Schmidthüs
9 Was in Ungarn geschah (vergriffen)
10 J. P. Michael · Christen suchen Eine Kirche
11 Karl Schütte · Die Weltraumfahrt hat begonnen
12 Boris Simon · Abbé Pierre und die Lumpensammler von Emmaus
13 Henri Queffélec · Gott braucht die Menschen, Roman
14 Karl Färber · Heilige sind anders
15 Werner Bergengruen · Römisches Erinnerungsbuch
Kleine Ausgabe
16 Herders Kleines philosophisches Wörterbuch
17 Sigrid Undset · Frau Hjelde, Roman
18 Max Picard · Die Flucht vor Gott
19 C. S. Lewis · Dienstanweisung für einen Unterteufel
20 Josef Pieper — Heinrich Raskop · Christenfibel
21 Joachim Bodamer · Der Mensch ohne Ich
22 Wilhelm Hausenstein · Die Masken des Komikers Karl Valentin
23 G. K. Chesterton · Skandal um Pater Brown
24 Dr. med. Georg Volk · Arznei für Leib und Seele



HERDER-BÜCHEREI

R. N. CAREW HUNT gehört zu den bedeutendsten Sachkennern des internationalen Kommunismus in England. Nach einem Studium in Oxford stand er 1914/18 als Infanterie-Offizier im Heeresdienst und wurde dann ins Kriegsministerium übernommen. Als Regierungsbeamter gewann er Einblick in Ideologie und Praktiken des Kommunismus in Ost und West. Carew Hunt ist heute Fellow am St. Antony's College in Oxford. Zahlreiche Übersetzungen seiner Bücher über den Kommunismus machten ihn über die Grenzen Englands hinaus bekannt.